

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Ich eröffne die heutige Sitzung. Ich begrüße sie herzlich. Ich begrüße auch die Gäste, die hier anwesend sind und die Vertreter der Presse. Die Einberufung der Sitzung ist ordnungsgemäß erfolgt. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Als Protokollprüfer sind die Kollegin Felicitas Bauer und der Kollege Mag. Harald Philipps gemeldet. Die beiden nehmen diese Funktion an. Entschuldigt sind die Frau Vbgm. Friederike Mach, Frau GR Ingrid Weixlberger, Herr GR Richard Gollatsch, Herr GR Wilhelm Spöck, Herr GR Marco Vanek.

Wir kommen nun zur Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates. Herr GR DI Frank Mundorff hat schriftlich mitgeteilt, daß er mit 1. 3. 96 auf die Ausübung seines Gemeinderatsmandates verzichtet. Aufgrund dieser Mandatszurücklegung wird es heute zur Angelobung eines neuen Mitgliedes des GR der Stadt Steyr kommen. Bevor ich jedoch dazu übergehe, möchte ich noch einmal den politischen Werdegang des ausgeschiedenen GR DI Frank Mundorff in Erinnerung bringen. Herr GR Mundorff wurde am 7. November 91 in den GR der Stadt Steyr gewählt. Er war im Bauausschuß, Prüfungsausschuß, Verkehrsausschuß sowie im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen tätig. Ich habe Herrn GR Mundorff zu dieser heutigen Gemeinderatssitzung eingeladen, um ihn offiziell zu verabschieden und ein Erinnerungsgeschenk zu überreichen. Herr DI Mundorff hat mir aber mit Schreiben vom 4. 3. mitgeteilt, daß er, infolge eines kurzfristigen Auftrages seines Arbeitgebers, nicht erscheinen kann. Ich werde ihm bei einer anderen Gelegenheit dieses Ehrengeschenk überreichen. Aufgrund des eingelangten Mandatsverzichtes des Herrn GR Mundorff ist daher in der heutigen Sitzung als neues Mitglied des Gemeinderates, aufgrund der Meldung der F-Fraktion, Herr Arno Thummerer anzugeloben. Ich darf ihnen, Hr. Thummerer, die Gelöbnisformel vorsprechen. Wenn sie sich bitte erheben würden. Die Gelöbnisformel lautet: "Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern." Sie werden jetzt die Worte "Ich gelobe" sprechen.

GEMEINDERAT ARNO THUMMERER:

"Ich gelobe."

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bedanke mich herzlich. Ich begrüße das neue Mitglied im GR und ersuche sie um gute Zusammenarbeit.

APPLAUS

Infolge dieser Änderung kommt es auch zu einer Änderung in den gemeinderätlichen Ausschüssen. In der konstituierenden Sitzung des GR der Stadt Steyr vom 7. November 1991 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse, gemäß § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt. Nunmehr gibt die Freiheitliche Gemeindefraktion im GR der Stadt Steyr aufgrund des Ausscheidens des bisherigen GR DI Frank Mundorff und der Neuangelobung des Herrn GR Arno

Thummerer bekannt, daß in allen Ausschüssen Herr GR Thummerer dem ausgeschiedenen GR Frank Mundorff nachfolgen soll. Mit einer Ausnahme im Prüfungsausschuß, in dem Herr GR Hans Payrleithner von seiner bisherigen Funktion als Ersatzmitglied zum ordentlichen Mitglied aufrücken soll, und an seiner Stelle Herr GR Arno Thummerer als Ersatzmitglied fungieren soll. Darüber hinaus schlägt die Freiheitliche GR-Fraktion auch vor, in den Ausschuß für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor, anstelle des bisherigen ordentlichen Mitgliedes GR Hans Payrleithner, künftighin Herrn GR Arno Thummerer als ordentliches Mitglied in diesen Ausschuß zu entsenden. Da die Ausschußmitglieder grundsätzlich jeweils von der sie nominierenden Fraktion zu wählen sind, können im gegenständlichen Fall lediglich die Mitglieder der Freiheitlichen GR-Fraktion an der Wahl teilnehmen. Ich bitte nunmehr die Mitglieder der Freiheitlichen GR-Fraktion, wenn sie mit dem vorgeschlagenen Vorschlag einverstanden sind, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Ich danke ihnen! Gibt es eine Gegenstimme oder eine Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß hier die Zusammensetzung der Ausschüsse einstimmig in dieser vorgeschlagenen Form gewählt bzw. beschlossen ist.

Pkt. 4) - Behandlung von allfälligen Anfragen. Mit Schreiben vom 20. 2. 96 richtete Herr GR Fürweger folgende Anfrage an mich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gem. § 12 Abs. 2 des Statutes für die Stadt Steyr richte ich folgende schriftliche Anfrage an Herrn Stadtrat Ing. Dietmar Spanring, und ich ersuche sie, die Anfrage gem. § 12 Abs. 3 an Herrn Ing Spanring weiterzuleiten." Ich habe diese Anfrage an Herrn StR Spanring weitergeleitet und ersuche ihn, diese zu verlesen und die Beantwortung vorzunehmen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Die Anfrage lautet wie folgt: Wie viele Magistratsbedienstete beziehen derzeit eine Computerzulage? Und zweitens. Wieviel macht die Computerzulage insgesamt in Summe pro Jahr aus? Dazu sind genauso kurz und prägnant zwei Auskünfte zu geben. Mit Stand 26. Februar 96 beziehen 159 Magistratsbedienstete eine Computerzulage. Und hochgerechnet ergibt es eine Jahressumme von S 1.695.870,--. Eventuelle Krankenstände oder Karenzurlaube sind in dieser Summe nicht berücksichtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Eine weitere Anfrage richtete Herr GR Spöck mit Datum vom 28. 2. 96 an mich. Sie lautet: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Gem. § 12 Abs. 1 des Stadtstatutes haben die Mitglieder des Gemeinderates außer den, an anderen Stellen dieses Gesetzes vorgesehenen Rechten unter anderem auch das Recht, sich über alle Angelegenheiten des Wirkungskreises der Stadt zu unterrichten. Ich nehme an, daß die ÖVP-Fraktion an der Beantwortung trotzdem interessiert ist, obwohl der Kollege Spöck heute nicht anwesend ist. Sie lautet folgendermaßen: Schon seit dem Vorjahr wird in verschiedensten gemeinderätlichen Ausschüssen von der Beamtenschaft auf den Rechnungshofbericht Stadtwerke verwiesen. Zuletzt wird im Untersuchungsbericht der Arbeitsgruppe Verluststabilisierung-Versorgungsbetriebeverbund bei den allgemeinen Bemerkungen wieder auf die Rechnungshofprüfung hingewiesen. Da der Rechnungshofbericht anscheinend Teilen der Beamtenschaft und gewissen politischen Mandatsträgern schon zur Verfügung steht, stelle ich gem. § 12 Abs. 2 des Statutes bzw. nach § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates folgende schriftliche Anfrage an sie. Ab wann steht auch den übrigen GR der Rechnungshofbericht zu Einsichtnahme zur Verfügung? Da mit der Übersiedlung der Stadtwerke in das städtische

Betriebszentrum Tabor der Gemeinde in den nächsten Jahren noch Kosten von über 50 Millionen Schilling entstehen, wäre für uns GR vorweg die Stellungnahme des Rechnungshofes dazu von großer Bedeutung. Ich ersuche sie, dazu in der nächsten Gemeinderatssitzung Stellung zu nehmen. Ich kann folgendes dazu mitteilen: Fünf Mitarbeiter des Rechnungshofes haben in der Zeit von 23. 10. 95 bis 28. 11. 95 alle Teilbetriebe der Stadtwerke Steyr und des Versorgungsbetriebsverbundes Steyr überprüft. In einer Abschlußbesprechung am 15. 12. 95 wurden die einzelnen Untersuchungsergebnisse erstmals erörtert und erklärende bzw. korrigierende mündliche Stellungnahmen abgegeben. Im Anschluß an diese Besprechung haben die Mitarbeiter des Rechnungshofes einen vorläufigen Schlußbericht bis Anfang März d. Jahres angekündigt. Bis zum heutigen Tag ist dieser vorläufige Schlußbericht nicht eingelangt, weshalb ich den Herrn GR Wilhelm Spöck heute mit diesem Bericht auch nicht glücklicher machen kann. Er ist leider nicht da. Aber, wie gesagt, wir haben diesen Bericht noch nicht in Händen. Wir wußten das nicht. Es ist so, daß Rechnungshofberichte oder Untersuchungen so vor sich gehen, daß zunächst die Untersuchung stattfindet, dann eine Schlußbesprechung stattfindet, und daß im Anschluß daran ein Entwurf zum Bericht ergeht, damit zu diesem Entwurf seitens der Stadt Stellung genommen werden kann, und daß dann erst der Rechnungshofbericht ergeht. Und dieser ist dann unmittelbar dem GR vorzulegen. So werden wir auch in dieser Angelegenheit vorgehen.

Herr GR Josef Brandstötter richtete mit Schreiben vom 27. Februar eine weitere Anfrage an mich, sie lautet: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Gemeinderat Wilhelm Spöck hat am 22. Jänner 96 an den Bürgermeister die Anfrage gerichtet, ob seit Juli 95 die Zahlungen von Privatanschlüssen durch die Stadt an Politiker tatsächlich eingestellt wurden und wenn nein, wer in welcher Höhe noch Kosten ersetzt bekommt. Aus der Beantwortung in der Sitzung des GR vom 25. Jänner 96 geht hervor, daß die Kosten für den Privatanschluß des Bürgermeisters mit 1. Juli 95 aus der Liste des Magistrates der Stadt Steyr gestrichen und seit diesem Zeitpunkt seitens des Magistrates Steyr keine Privattelefonkosten für den Hrn. Bürgermeister übernommen werden. Für Frau Vbgm. Mach wurden zu keiner Zeit Kosten für einen Telefonanschluß bezahlt. Aus der Anfragebeantwortung geht weiters hervor, daß im 2. Halbjahr des Jahres 95 seitens des Magistrates daher nur mehr für Herrn Vbgm. Dr. Pfeil Kosten für seinen privaten Anschluß refundiert wurden. In den Medien hat Vbgm. Dr. Pfeil öffentlich erklärt, den Refundierungsbetrag für 95 einem kulturellen oder karitativen Zweck zu widmen. Ich ersuche daher um Mitteilung, ob dies geschehen ist und welche Institution sich über diese Zuwendung freuen kann. Darüber hinaus stelle ich die Anfrage, wie diese Aussage von Dr. Pfeil mit seinem im Schreiben vom 8. Jänner 96 gestellten Ersuchen zusammenpaßt, daß der Magistrat weiterhin die Bezahlung der Grundgebühr für sein Privattelefon im Jahresausmaß von ca. S 6.000,- übernehmen soll und warum nicht auch Dr. Pfeil zur Gänze auf die Refundierung seiner Privattelefonkosten verzichtet. Um geschäftsmäßige Behandlung wird höflich ersucht. Da ich lediglich bestätigen kann, daß Herr Vbgm. Dr. Pfeil mit Schreiben vom 8. 1. 96 erklärt hat, daß er nur die Grundgebühr für sein Privattelefon refundiert haben will - das ist ein Betrag von ca. S 6.000,- - jährlich - ersuche ich ihn selbst, zu dieser Anfrage Stellung zu nehmen. Bitte Herr Vbgm., wenn sie das tun würden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Ich bin schon etwas erstaunt. Fairer wäre es gewesen, wenn sie mich vorher, ein paar Tage vorher, wie dieses Schreiben eingelangt ist, davon informiert hätten, und daß sie mich offiziell gefragt hätten, dann könnte ich hier ein ordentliches Protokoll vorlegen, was mit dem Geld passiert ist, welchem kulturellen, sozialen Zweck es gewidmet wurde, bzw. warum ich es schon für sinnvoll erachte, daß man auf die Grundgebühr in diesen Bereichen nicht verzichtet, in denen Vbgm. und Stadträte, die die Stadt sich leistet oder nicht leistet, eben nicht hauptberuflich tätig sind. Es geht hier um das Grundsätzliche. Ich leiste mir keinen Geheimanschluß, wie der Herr Bürgermeister. Sie machen das hauptberuflich, ich mache das nebenberuflich. Ich finde, es ist als Verkehrsreferent, als Kulturreferent, als Referent für Markt- und

Veterinärwesen, für die Bezirksverwaltungsangelegenheiten - Polizei durchaus sinnvoll, und es ergibt einen Sinn, daß man rund um die Uhr und länger erreichbar ist. Daß man dann auch im Telefonbuch drinnen steht, finde ich bürgerfreundlich. Es geht mir nicht um die paar tausend Schilling, warum ich das aber aus grundsätzlichen Überlegungen gesagt habe. Als das in den Fraktionsobmännerbesprechungen besprochen worden ist, wurde von allen Fraktionen ein Sockelbetrag verlangt. Von allen Fraktionen! Ich war damals der Einzige, der gesagt hat: Okay, machen wir eine gemeinsame Vorgangsweise! Verzichten wir alle, oder nehmen wir eine Regelung in Anspruch, mit der wir alle vor dem Bürger bestehen können! Und ich glaube, das ist eine saubere Lösung. Ich glaube, Herr GR Brandstötter, sie hätten genug Möglichkeit gehabt, wenn sie da Nachholbedarf haben, daß sie das mit mir persönlich ausmachen oder bereden. Ich werde dann auch gerne in der Öffentlichkeit bekannt geben, welchem sozialen und kulturellen Zweck die Spende zugekommen ist. Und wir werden uns selbstverständlich auch über andere Privilegien in diesem Bereich Überlegungen machen. Das soll keine Retourkutsche sein, aber wir sollten uns schon auch über Dienstautos unterhalten, die hier noch immer in Verwendung sind und über die Tätigkeit dieser Leute außerhalb der Dienstfahrten! Da sollte man sie verwenden. Ich glaube, Herr Brandstötter, da hätten sie ein großes Betätigungsfeld. Ich habe den Eindruck, sie haben wahrscheinlich die neue Serie "Der ideale Kandidat" ein bisserl zu viel im Fernsehen gesehen. Das ist ein Abklatsch der Steyrer Situation. Wir könnten hier den Steyrer GR wirklich live filmen und dem Redakteur Schwabenizky übergeben. Und ich glaube, das wäre ideal gewesen und die Bevölkerung hätte eine helle Freude daran.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

Das Thema!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ist die Frage beantwortet?

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR

Ist die Frage ausreichend beantwortet?

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

War das die Beantwortung?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR

Nicht! Also bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, ich frage sie wirklich! Warum haben sie mir das nicht früher gegeben? Warum ist das nicht abgesprochen worden, daß ich hier heute die Möglichkeit zur Stellungnahme bekomme? Dann werde ich das dann auch genau erklären! Soll ich es ihnen genau erklären?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja. Schauen sie Herr Doktor, mir brauchen sie das nicht erklären. Das ist eine Anfrage gemäß Statut der Stadt Steyr, wie sie immer wieder von allen Fraktionen gestellt wird. Soweit ich informiert bin, hat sie der Kollege Schmidl als Magistratsdirektor über den Inhalt dieser Anfrage informiert. Also, so unvorbereitet trifft sie das nicht. Jede Anfrage, die an mich geht, leite ich an den Magistratsdirektor zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung weiter und der gibt das entsprechend weiter. In ihrem Fall ist das auch geschehen. Da habe ich meine Informationen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe daraufhin den Herrn Magistratsdirektor gefragt, ob der Bürgermeister wünscht, daß - darf ich bitte reden - ich persönlich darauf antworte. Es ist mir keine Antwort zugegangen. Ich werde zu den zwei angesprochenen Punkten Stellung nehmen: a) Spende - kultureller Zweck. Es ist letztes Jahr eine Summe in der Höhe von S 15.000,- an den Kunstverein und an die Kroatienhilfe ergangen. b) Warum wird auf die Grundgebühr nicht verzichtet? Ich kann es ihnen schon sagen! Das ist jetzt eine Sache, die ich in der Öffentlichkeit nicht besprechen wollte. Aber, sie zwingen mich dazu! Vor einem Jahr, nach den Bombenanschlägen in Oberwart und auch in Ebergassing, haben ich und meine Familie auch massive Bombendrohungen bekommen. Es gab dann zwei Anrufe an einem Samstag, zuerst einen Voranruf und dann um Mitternacht einen Nachanruf - eine akute Bombendrohung um Mitternacht, um ca. - ich glaube, wenn ich mich recht erinnere, um 24.00 Uhr etwa. Das Haus wurde evakuiert. Sie können sich vorstellen, was das bedeutet, ein Haus mit Familie, mit Kindern, in der Nacht von Samstag auf Sonntag, zu evakuieren. Es ist offensichtlich Mode geworden, daß man Politiker "pflanz", oder daß man sie bedroht. Ich habe das deshalb nicht in die Öffentlichkeit gebracht, weil das natürlich damals in der aufgeheizten Stimmung - Oberwart und Ebergassing natürlich Nachahmungstäter angeregt hätte. Ich glaube, ich habe den Herrn Bürgermeister davon informiert, er weiß darüber Bescheid. Und das ist alles aktenkundig. Ich habe das natürlich dann mit den Sicherheitsexperten der Polizei usw. und der Post besprochen. Es kam dann auch ein spezielles Telefon, darum auch diese Grundgebühr von S 6.000,- in etwa. Weil das natürlich auch dazu dient, zu verhindern, daß sich Leute ihren Spaß daraus machen, politisch engagierte Bürger zu erschrecken oder zu verunsichern oder die Kinder um Mitternacht auf die Straße zu treiben. Wir haben zwei Anrufer mit den Fangschaltungen gefangen. Es waren nicht die Bombendroher. Es waren andere Leute dabei. Wir leben in einer Zeit, in der man auch damit umgehen muß. Das ist auch ein Teil dessen. Jetzt sind sie hoffentlich befriedigt. Wenn sie zu mir gekommen wären, hätte ich ihnen das gerne vorher gesagt. Ich glaube, es ist nicht unbedingt gut, wenn man das in der Öffentlichkeit breittritt. Ich fürchte hier wirklich die Nachahmungstäter. Ich hoffe, sie sind jetzt zufrieden.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nur Zusatzfragen, Zwischenrufe sind nicht vorgeschrieben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jetzt sage ich ihnen noch etwas dazu. Ab dem 1. Januar 1996 werden die Grundgebühren und die ganzen Kosten von mir bezahlt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Damit ist diese Frage beantwortet. Ich komme zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich mitteilen, daß sich die Gesamtsumme der vorgemerkten arbeitslosen Personen im Jänner 96 gegenüber 95 um 296 Personen oder 7,6 % verringert hat. Dennoch ist der Gesamtbestand der arbeitslos gemeldeten Personen mit 3.619 im Jänner 96, das sind 8,6 %, natürlich sehr hoch. Zum Jugendgemeinderat darf ich berichten, daß nach erfolgreicher Premiere im Vorjahr, die Stadt heuer wieder allen Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren die Möglichkeit geben will, im Rahmen des Jugendgemeinderates, ihre Wünsche und Vorstellungen einzubringen und aktiv an der kommunalpolitischen Arbeit mitzuwirken. Es hat eine Auftaktveranstaltung am 30. Jänner im Museum Arbeitswelt stattgefunden. 30 Interessierte sind diesem Angebot zum Mitreden und Mitgestalten nachgekommen und werden in jeweils halbtägigen Arbeitssitzungen zu den Themen Soziales, Kultur, Verkehr, Umwelt, sowie Sport und Freizeit diskutieren und ihre Vorstellungen entwickeln. Zur Stunde findet übrigens ein solches Arbeitsgespräch im Stadtsenatssitzungssaal statt. Der Jugendgemeinderat, in dem die jeweiligen Anträge im Plenum diskutiert und beschlossen werden sollen, wird aller Voraussicht nach am 14. Mai dJ, um 14.00 Uhr, stattfinden. Ich bitte die interessierten Mitglieder des GR, sich diesen Termin vorzumerken. Zum Parkdeck beim Landeskrankenhaus Steyr darf ich berichten, daß über die letzten Finanzierungs- und Vertragsmodalitäten für das direkt unterhalb des Landeskrankenhauses Steyr geplante Parkdeck am 14.2. dJ mit Landesrat Dr. Walter Aichinger und den Vertretern der privaten Errichter- und Betreibergruppe und der Stadt Einigung erzielt wurde. Dr. Aichinger hat dabei zugesagt, daß das Land eine Etage des Parkdecks, mit rund 120 Stellplätzen fix für das Krankenhauspersonal anmieten wird und zudem einen Finanzierungszuschuß in der Höhe von S 6 Mio., für die mit dem Garagenobergeschoß verbundene Verbesserung der Eingangssituation zum Landeskrankenhaus, leisten wird. Zusätzlich mietet das Land auch die gegenüber dem Parkhaus gelegene Parkfläche von der Stadt um einen jährlichen Pauschalpachtzins von S 66.000,- an. Diese Parkfläche soll ebenfalls den Krankenhausbediensteten zur Verfügung gestellt werden. Zusammen mit den 440 Stellflächen des Parkdecks sowie den etwa 160 Parkplätzen auf den gegenüberliegenden Grundflächen, wird also dort nach Fertigstellung ein Angebot von etwas mehr als 600 Parkplätzen zur Verfügung stehen. Davon werden nicht nur die Bediensteten oder die Krankenhausbesucher profitieren, sondern auch die Anrainer aus den umliegenden Siedlungen, die derzeit natürlich durch die Krankenhausbesucher oder Bediensteten in ihrer Freiheit dort sozusagen beeinträchtigt wurden. Wenn die weitere Vorgangsweise planmäßig verläuft, dann wird dieses Projekt, das rund S 40 Mio. kostet, schon Ende des Jahres zur Verfügung stehen und in Betrieb gehen können. Damit bin ich mit den Mitteilungen am Ende. Unter Punkt 6) ersuche ich sie um Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates, die mit der Einladung und den Unterlagen zur Gemeinderatssitzung zugegangen sind. Es sind zwei Dringlichkeitsanträge eingegangen. Beide von der F-Fraktion. Ich bringe sie ihnen zur Kenntnis:

1) Gem. § 7 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr, stellt die Freiheitliche GR-Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag;

Der GR wolle beschließen:

Ab sofort haben für den Bereich des Magistrates Steyr Personalaufnahmen zu unterbleiben. Unerläßliche Ausnahmen können nur mit einem einstimmigen Beschluß im Stadtsenat bewilligt werden. Begründung: In einem Zusatzantrag zum Punkt "Haushaltsvoranschlag 95" in der Gemeinderatssitzung vom 21. Dez. 94 wurde ein allgemeiner Personalaufnahmestopp beschlossen. Die wirtschaftliche Lage der Stadt Steyr hat sich weiterhin verschlechtert. Sinkende Einnahmen stehen stark steigenden Ausgaben gegenüber. Daher scheint es legitim und richtig, den Neuaufnahmestopp bis auf weiteres zu verlängern. Die Freiheitliche GR-Fraktion hat das ausreichend unterstützt.

Zur Vorgangsweise schlage ich vor, wie wir das üblicherweise tun, daß wir darüber abstimmen, ob wir dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen. Ich würde vorschlagen, ihn am Ende der Tagesordnung einer Behandlung zuzuführen. Bitte, zur Geschäftsordnung einen Antrag?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Dringlichkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es gibt nur Dringlichkeit oder Nichtdringlichkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Dringlichkeit gibt es ja gar nichts.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zur Dringlichkeit wollen sie etwas sagen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren. Wir haben am 21. Dez. 1994 mit der Beschlußfassung zum Budget 1995 diesen Zusatzantrag gemeinsam beschlossen. Wir sind der Meinung, daß dieser Punkt weiter gelten soll. Es gibt ein Recht, eine Rechtsdiskussion, ob der Punkt noch gilt oder nicht mehr gilt. Ich möchte dieser Rechtsdiskussion kein Ende machen. Ich möchte aber, bevor Neuaufnahmen kommen, bevor man sich ganz absetzt von diesem Beschluß - und darum Dringlichkeitsantrag - diesen Antrag einbringen, um jetzt diesen Beschluß, den wir nach eingehender Diskussion am 21. Dez. 94 gefaßt haben, jetzt zu erneuern. Unabhängig, ob man mit einer

eventuellen Gesetzesprüfung oder Rechtsprüfung sowieso dann die Aussage bekommt, daß der Beschluß noch besteht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit? Keine weitere Wortmeldung!

Ich werde vielleicht selber noch dazu kurz Stellung nehmen, um hier den Hintergrund auszuleuchten. Wir haben tatsächlich im Dezember des Jahres 1994 als integrierenden Bestandteil der Budgetbeschlußfassung beschlossen, daß wir Personaleinstellungen im Jahre 1995 - auf diesen Budgetzeitraum bezieht sich das, jedenfalls meiner Ansicht nach - nur nach einstimmigen Beschluß im Stadtsenat vornehmen. Diese Vorgangsweise ist das ganze Jahr 1995 eingehalten worden. Da lege ich Wert darauf, daß das bei dieser Gelegenheit festgestellt wird. Natürlich hat dieser Beschluß - aus meiner Sicht jedenfalls - nachdem er integrierender Bestandteil der Budgetbeschlußfassung war, eine weitere Wirkung auf das Jahr 96 hinaus. Und es hat bei einer der letzten Stadtsensatssitzungen einen Anlaßfall gegeben, wo wir eine Sozialarbeiterin für ein familienbegleitendes Sozialprojekt aufnehmen mußten, sonst wäre dieses Projekt nicht mehr weiterführbar gewesen. Es hat im Bereich der Magistratsbediensteten keine Person mit der geeigneten Qualifikation gegeben. Daher haben wir diesen Beschluß gefaßt, in der Meinung, diesem Beschluß nicht zustimmen zu müssen. Das ist Anlaß offensichtlich für diesen Dringlichkeitsantrag. Mein Vorschlag ist, hier diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und am Ende der Tagesordnung über diesen Antrag zu debattieren. Wünscht noch jemand zur Dringlichkeit das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe! Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Der Antrag wird am Ende der Tagesordnung in Behandlung genommen.

Wir kommen nun zum Dringlichkeitsantrag Nr. 2). Er lautet folgendermaßen: Gem. § 7 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr, stellt die Freiheitliche GR-Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der GR möge die nachstehende Resolution beschließen. Der GR der Stadt Steyr spricht sich dagegen aus, Strom und Gas durch eine zusätzliche Steuer zu verteuern. Die Preise für diese Energieträger liegen in Österreich im Spitzenfeld. Österreich hat im weltweiten Vergleich den dritthöchsten Strompreis. Eine weitere Belastung der Bürger bei diesen Grundkosten der Lebensführung, insbesondere im Hinblick auf die Belastungen durch die Maßnahmen der Bundesregierung, ist nicht mehr zu vertreten. Insbesondere für die Pensionisten, die zum Großteil nicht einmal die Inflation abgegolten erhalten haben, wäre diese zusätzliche Belastung sozial nicht vertretbar. Freiheitliche GR-Fraktion, es ist ausreichende Unterstützung vorhanden. Wünscht jemand zur Dringlichkeit das Wort? Mein Vorschlag ist, wieder wie vorher, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und die Debatte darüber am Ende der Sitzung durchzuführen. Keine Wortmeldung zur Dringlichkeit? Dann komme ich gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Dringlichkeit zubilligt, möge ein Zeichen der Zustimmung geben. Bitte, ich möchte um ein eindeutiges Abstimmungsverhalten bitten! Wer ist gegen die Dringlichkeit? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 9 Stimmenthaltungen. (3 SPÖ, 6 ÖVP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen wir zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände, und ich darf den Vorsitz an Herrn Vbgm. Dr. Pfeil abgeben. Brauchen sie eine Tagesordnung?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, ich habe eine. Ich übernehme den Vorsitz und erteile zur Berichterstattung Herrn Bürgermeister Leithenmayr das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Die Finanzaufstellungen der Stadt Steyr für das Jahr 1995 liegen nun vor, und es ist nunmehr der Ausgleich des oH und des aoH 1995 durch Entnahme bzw. Zuführungen von Rücklagen vorzunehmen. Das Jahr 1995 hat sich in finanzieller Hinsicht zufriedenstellend entwickelt. Es hat sich gegen alle Erwartungen, die zunächst nicht unbegründet waren, hier eine Besserung ergeben. Es ist sogar eine sehr bedeutsame Verbesserung eingetreten. Ich möchte sie erinnern, daß wir damals 100 Stunden debattiert haben. Wir haben ein "Sparpaket" - so haben wir es genannt - vorgelegt. Gegenüber diesem Budget konnte der Abgang im oH um mehr als S 30 Mio. reduziert werden. Die Einsparungen auf der Ausgabenseite sowie auch Mehreinnahmen, die sich im Zusammenhang mit seriöser Budgetierung ergeben haben, haben auch heuer bei der Budgetdebatte eine große Rolle gespielt. Es wurde mehrmals gesagt und publiziert, daß die Einnahmen zu optimistisch eingeschätzt wurden. Es hat sich gezeigt, daß wir seriös und eher vorsichtig eingeschätzt haben. Aufgrund unserer Sparmaßnahmen einerseits und Mehreinnahmen andererseits, hat sich ergeben, daß sich der mit rd. S 41,7 Mio. veranschlagte Abgang im oH, auf S 30 Mio. also um S 11,4 Mio. deutlich verringert werden konnte. Parallel dazu wurde im aoH mit Einnahmen von S 178,5 Mio. und Ausgaben von S 177,1 Mio. ein rechnerischer Überschuß von S 1,4 Mio. erzielt. Dieser Überschuß wurde ebenfalls den Rücklagen zugeführt. Durch gleichzeitige Schuldentilgung in Höhe von S 63,1 Mio., beträgt der Darlehensstand der Stadt Steyr mit Ende 1995 insgesamt S 734,9 Mio. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist hier eine rechnerische Verringerung der Schuldenlast um S 44 Mio. Wir brauchen aber zur Finanzierung der laufenden Projekte, die noch in Arbeit sind bzw. deren Abrechnung noch nicht vorgenommen werden konnte, natürlich auch die entsprechende Übertragung und die Übertragungsbeschlüsse wie in den Vorjahren. Der tatsächliche Gesamtschuldenstand der Stadt beträgt rd. S 770 Mio. Das bedeutet gegenüber dem Budget 1995 eine Reduzierung von rd. S 8 Mio. Auch der Rücklagenstand, welcher in diesem Zusammenhang nicht unbedeutend ist, liegt mit einer Summe von S 84,7 Mio. um mehr als S 34 Mio. deutlich über dem für 1995 angenommenen Wert von rd. S 50 Mio. Meine Damen und Herren, das ist das positive Ergebnis der vorläufigen Jahresrechnung 95 für die Stadt Steyr. Es sind alle Zahlen in diesem Werk bereits beinhaltet. Ich bedanke mich bei unserer Finanzabteilung für die Erstellung dieses Zahlenwerkes. Ich bedanke mich aber auch bei allen verfügbaren, verantwortlichen Geschäftsbereichsleitern und Fachabteilungsleitern, die die Spargesinnung, die wir diskutiert, beschlossen und gepredigt haben, auch tatsächlich mit ihrem Handeln umgesetzt haben. Darauf kommt es letzten Endes an. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einige Worte zum laufenden Budget sagen. Ich möchte sie daran erinnern, daß das laufende Budget, was den oH anbelangt, in den Zahlen etwa gleich ist. Im aoH haben wir einen um rd. 20 % reduzierten Ansatz. Dh, wenn wir weiterhin so konsequent, wie im vergangenen Jahr, vorgehen, ist hier mit keiner desaströsen Entwicklung des Budgets zu rechnen, sondern es ist dann mit einer seriösen bzw. planbaren Entwicklung zu rechnen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich sie bitten, solche Argumentationen, wie "Schwindelbudget" oder "Panikbudget", angesichts der Zahlen eher zu vermeiden. Es ist ein mühsames Unterfangen, meine Damen und Herren, im Budgetvollzug viele Millionen einzusparen. Wir haben es im vergangenen Jahr geschafft, im heurigen Jahr müssen wir es noch schaffen. Wir sind darauf angewiesen, daß unsere Mitarbeiter im Magistrat die letzte Motivation nicht verlieren, wenn hier so sorglos mit solchen doch recht belastenden Begriffen umgegangen wird. Das ist ein Appell, da es hier wirklich um unsere Verantwortung geht und um die seriöse Finanzgestaltung unserer Stadt geht. Es wird immer unterschiedliche Auffassungen geben. Es liegt hier in der Natur der Sache, daß es auch Auseinandersetzungen gibt und ich bin hier auch nicht empfindlich. Es wird immer unterschiedliche Betrachtungsweisen geben. Auf den Rechnungsabschluß, der uns später vorliegen wird, können wir gemeinsam stolz sein, weil er in einer schwierigen Zeit passiert, und weil wir eigentlich mit dem Bremseziehen um ein Jahr jedenfalls gegenüber der Bundesebene vorausgeeilt sind, und zwar mit einem recht akzeptablen Ergebnis. Ich möchte ihnen nun den Antrag vortragen. Er lautet wie folgt: Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den GR:

1) Fin-120/95 Ausgleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 1995 durch Entnahmen bzw. Zuführungen von Rücklagen;

Der GR möge beschließen:

Zum Ausgleich des oH wird eine Entnahme aus der Allgemeinen- und Betriebsmittelrücklage in Höhe von S 4.225.203,29 und eine Entnahme aus den Zweckrücklagen in Höhe von S 9.449.120,95 sowie eine Zuführung an Zweckrücklagen zum teilweisen Ausgleich des Rücklagenstandes bei den TA 8110 (Kanal S 1,2 Mio.) und 8130 (Müllabfuhr S 1 Mio.) S 2.200.000,00 im Saldo eine Entnahme aus Rücklagen in Höhe von S 11.474.324,24 bewilligt. Zum Ausgleich des außerordentlichen Haushaltes werden Entnahmen aus der Allgemeinen- und Betriebsmittelrücklage in Höhe von S 550.245,88 sowie Zuführungen an Zweckrücklagen (im aoH durch den Ausgleich je Teilabschnitt erforderlich) in Höhe von S 1.964.274,82 in Saldo einer Zuführung an Rücklagen in Höhe von S 1.414.028,94 bewilligt. Zum Ausgleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes werden somit die Rücklagen in Saldo um insgesamt S 10.060.295,30 vermindert. Für die Zuführungen an Rücklagen werden bei den angeführten VASt nachstehende Kreditüberschreitungen bewilligt: 1/8110/298100.6 Kreditüberschreitung S 1.200.000,--, 1/8130/298100.4 Kreditüberschreitung S 1.000.000,--, 5/4130/298100.9 Kreditüberschreitung S 100.000,--, 5/4200/298100.0 Kreditüberschreitung S 1.864.000,-- und 5/6121/298100.6 Kreditüberschreitung S 200,--. Die Kreditüberschreitungen betragen in Summe S 4.164.200,--. Diese Überschreitungen wurden gegenüber dem Voranschlag berechnet. Ich bitte sie, Herr Vizebürgermeister, über diesen Antrag die Debatte zu eröffnen bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Wer meldet sich dbzgl. zu Wort? Herr StR Holub. Ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren des GR, werte Kolleginnen und Kollegen. Es ist zweifelslos gut für Steyr, daß es möglich ist, den Haushaltsausgleich, wie in der vorgelegten Form, durchführen zu können. Wenn wir mit offenen Augen durch unsere Stadt gehen, sehen wir auch den Preis, den wir dafür bezahlen. Viele Sanierungen, welche dringend notwendig gewesen wären, wurden nicht durchgeführt. Es ist einiges nicht geschehen, was zur Weiterentwicklung unseres Sicherheitssystems notwendig gewesen wäre. Es ist vieles nicht geschehen, was die Gebäudesubstanz in der Stadt - auch die stadt eigene - nicht vor größeren Schäden geschützt hat. Ich glaube, ich brauche hier nicht eine Vielzahl von Dingen aufzählen. Es genügen die Stichworte „Theater und Bürgerspital“. Es genügt auch der Zustand diverser anderer städtischer Objekte. Denken sie nur an das eigene Amtsgebäude in der Redtenbachergasse, wo verstopfte Dachrinnen nicht gerichtet werden, weil ja heuer die Dachrinnen saniert werden. Wasserschäden, sind bereits sichtbar. Wenn man einen Behördengang zu diesem Amtsgebäude macht, kann man sich das an den Plafonds anschauen. Meine Damen und Herren, so ist die Spargesinnung nicht zu verstehen. Kleine Schäden werden nicht behoben, damit man unter dem Strich Sparsamkeit vorzutäuschen kann. Der Schaden wird aber erhöht durch das Nichtangriffnehmen von Reparaturmaßnahmen. Ist euch das nicht geläufig? Reicht uns das nicht, was im Hallenbad passiert ist? Es ist durch „Nichtreparieren“ soweit gekommen. Wohin wollen wir die Stadt noch kommen lassen? Dem vorliegenden Antrag wird meine Fraktion selbstverständlich zustimmen, aber ich möchte den Damen und Herren des GR wirklich ins „Gedankenbuch“ schreiben: „Sparen wir doch dort, wo es wirklich sinnvoll ist! Sparen wir nicht dort, wo kurzfristig Effekte zu erzielen sind! Sparen wir nicht dort, wo dann die Kosten durch nachträgliche Schadensbehebung noch höher werden, und somit in Summe der volkswirtschaftliche Schaden höher

ist als bei sofortiger Behebung des Schadens!“ Das nenne ich einen ungeordneten Fortgang, der sich derzeit in Steyr bewegt. Es ist bemerkenswert, daß wir auf einer Seite das Aufzeigen von verschiedenen strittigen Punkten - nennen wir es jetzt einmal so - durch den Herrn Bürgermeister zur Kenntnis nehmen müssen. Es sei sein gutes Recht, zu sagen, die und die Äußerung gefällt ihm nicht. Man muß aber auf der anderen Seite eine gewisse koordinierende Hand schon auch einmahnen, wenn zur selben Sekunde ein Sporthallenneubau gefordert wird, und auf der anderen Seite öffentliche Gebäude in einem desaströsen Zustand sind. Darüber sollte auch die ordnende Hand des Bürgermeisters walten. Das wäre mein Wunsch für dieses Jahr 1996. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Als nächste hat sich Fr. GR. Lohnecker zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister. Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Der Herr StR Holub hat schon von der Zustimmung der ÖVP, also meiner Partei, zum Antrag gesprochen. Ich stelle fest, seitdem ich im GR tätig bin, geht es sehr oft um die Beschaffung von Geldern. Wir brauchen wesentlich mehr Geld, als wir haben. Es wäre für mich logisch, daß ich Geldquellen, wo immer ich sie entdecke, aufgreife und erschließe. Deshalb auch diese Wortmeldung. Die Stadt Steyr hat am 20. Februar ein Schreiben erhalten, in dem die Stadt aufgefordert wird, sich an einem neuen EU-Projekt zu beteiligen. Dieses Projekt nennt sich "Pakte 3" und ist nur für Gebietskörperschaften gedacht und bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten, wie ich mir Geld beschaffen könnte. ZB im Bereich der öffentlichen Verwaltung, in der Raumordnung, bei der Wirtschaftsentwicklung, Verkehr, Forschung, Technologie und Umwelt, Kultur, Soziales usw. Es gibt eine Fülle von Bereichen. Bei diesem Programm geht es um kooperative Maßnahmen. Ich brauche dazu zusätzlich zwei Partner aus einem EU-Land. Jedes Projekt wird in der Höhe von S 1,2 bis S 1,5 Mio. kofinanziert. Man versucht, Verbesserungen gemeinsam mit anderen, ähnlich gelagerten Städten zu erreichen. So ein Projekt dauert nicht länger als 1 ½ Jahre. Ich weiß sehr wohl, S 1,5 Mio. sind nicht sehr viel, aber es ist immerhin besser - wir haben für unsere Leute Entwicklungskonzepte - als wir haben es gar nicht. Meine Frage also: Was gedenkt die Stadt Steyr hier zu tun, und vor allem in welchem Bereich - das interessiert mich natürlich besonders - wird die Stadt Steyr sich von der EU aus diesem Programm Geld holen? Das würde mich sehr interessieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Ich werde mich vom Vorsitz aus selber zu Wort melden. Ich werde aber zum Rednerpult gehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das geht aber nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das geht jetzt nicht anders.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das geht schon anders.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das geht nicht anders, wenn die Frau Vizebürgermeister Ski fahren geht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Normalerweise, wenn ich das kurz erklären darf, müßten sie mir den Vorsitz wieder übertragen, worauf ich ihnen das Wort erteilen würde.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, ich habe zuerst mit ihrem obersten Beamten, Herrn Dr. Schmidl, das ausgesprochen. Er sagte, er weiß es nicht. Es geht nur so.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Das habe ich nicht gesagt, Hr. Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben gesagt, das geht nur so.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Ich habe gesagt, man soll den Vorsitz zurückgeben an den Antragsteller. Normalerweise spricht dann der Vorsitzende vom Tisch aus.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Soll ich mich niedersetzen oder soll ich von hier aus sprechen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist nicht so wichtig. Wichtiger ist, was sie zu sagen haben.

STADTRAT KARL HOLUB:

Wir sind nicht bei den "Pradeler Ritterspielen", sondern im GR! Das wollte ich in Erinnerung rufen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Richtig.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben uns bei der Abstimmung und bei der Diskussion über den Nachtragsvoranschlag von 1995 der Stimme enthalten, weil wir haben gesagt, dieser Voranschlag ist nicht seriös durchgerechnet. Wenn man nun hergeht und das Ende des Nachtragsvoranschlages mit dem Ende des Finanzjahres 1995 vergleicht, sieht man, daß wir Recht gehabt haben. Es ist nun leicht zu sagen, daß wir besser dastehen, als im Nachtragsvoranschlag. Ich bin der Meinung, daß die Stadt Steyr die schmerzhaften Einschnitte noch vor sich hat. Sie haben gesagt, daß der Bund ein Jahr später diese Maßnahmen trifft. Ich bin der Meinung, daß die Stadt Steyr noch ein großes Stück vor sich hat. Wir wissen, daß die ganz großen Projekte noch nicht begonnen wurden, wie zB die Nordspange oder das Bahnhofsparkdeck. Auch bei der Hallenbadsanierung kommt noch einiges auf uns zu. Auch im APT ist noch einiges offen. In anderen strukturellen Bereichen haben wir noch einen extremen Nachholbedarf. Es genügt nicht einfach, daß wir sagen: Wir hören jetzt einfach zum Arbeiten auf. Wir sparen und machen keine Neuaufnahmen. Okay, das gehört alles dazu. Mir fehlen dabei aber die strukturellen Maßnahmen. Da hilft auch keine Geldbeschaffungsaktion, wie es der Bund jetzt macht. Man muß von der Stadt verlangen, daß sie strukturelle Maßnahmen setzt, und daß die Stadt wieder handlungsfähig wird. Diese Handlungsfähigkeit ist uns nun abhanden gekommen bzw. wird uns abhanden kommen. Sie, Herr Bürgermeister, haben sich vorhin so gelobt, indem sie sagten, sie haben alles eingehalten was wir gesagt haben. Nichts haben sie eingehalten! Wenn ich ihnen einige Zeilen aus dem Protokoll vorlesen darf. Wir haben es alle gemeinsam im GR beschlossen. Da waren sie dabei, da waren alle dabei. Ich möchte nur die wichtigsten Punkte vorlesen, die sie nicht eingehalten haben. Es sollte bis Ende 1995 ein Dienstpostenbewertungssystem entwickelt und vorgelegt werden. Der Termin für die neuen Beförderungsrichtlinien wäre der 30. 6. 1995 gewesen. Dieser Termin gilt auch für das mittelfristige Finanzkonzept. Jetzt genügt es nicht, wenn sie sagen, wir warten aber auf das Stadtentwicklungskonzept des Herrn Prof. Breitling. Das haben wir ausgemacht und wenn das nicht möglich ist, hätten sie es uns rechtzeitig sagen müssen. Sie können jetzt nicht sagen, mich freut es jetzt nicht mehr, oder ich warte auf etwas anderes. Das mittelfristige Finanzkonzept ist für mich überhaupt der wichtigste Punkt. Das heißt, nur "weiterwurschteln", so wie wir es jetzt machen, von einem Budget, von einem Desaster zum anderen. In der Budgetklausur wurde vereinbart, daß eine Arbeitsgruppe zur Verlustminimierung im Versorgungsbetrieb installiert wird. Dieser Punkt kam erst jetzt, viel zu spät, zum Abschluß. Jetzt liegt, dankenswerterweise der erste Bericht vor. Es wird wirklich sehr schwierig, Herr Bürgermeister, wenn wir uns zusammensetzen in einer Klausurtagung und uns die Spielregeln vorgeben, und dann wird nichts eingehalten. Auch auf Rücksprachen bekommt man keine Antwort. Wir haben in der letzten

Stadsenatsklausur ausgemacht, auch auf meinen Vorschlag hin, daß wir Überlegungen hinsichtlich der Bewertung der Immobilien vornehmen. Das wurde sogar fotokopiert und fotografiert. Alles haben wir gemeinsam ausgemacht. Alle haben die Hand gehoben. Wir haben sogar ein Datum dazugesetzt. Der Herr Referent Tatzreiter wollte es selber machen. Wir haben gesagt, mit Wertung am 31.1.1996, ohne Wertung am 3.1.1996. Ich habe bis heute noch keine Liste bekommen. Ich glaube, den übrigen StS-Mitgliedern geht es ähnlich. Sie haben auch keine Liste bekommen. Ich habe nur Anrufe bekommen, daß es Listen in Steyr geben soll. Offensichtlich haben schon einige Leute diese Listen, wo Immobilien verkauft werden können. So kann es nicht gehen. Ich habe kein Verständnis dafür, wenn schon überlegt wird, wer und wo jetzt in die Bezirksverwaltungsbehörde einzieht, wenn wir sie jetzt gerade EDV-mäßig neu ausgestattet haben, die Infrastruktur neu gemacht haben und jetzt heißt es, jetzt ziehen wir dort wieder aus. Hier fehlt das Raumkonzept, Hr. Bürgermeister. Dieses Raumkonzept wurde auch schon längst eingefordert. Wir leben nur von einer Tasche in die andere Tasche. Wir stopfen auf einer Seite ein Loch und auf der anderen geht ein neues auf. Ein Loch aufmachen, das andere Loch zumachen. Ich kann diesen Abschlußbericht nur zur Kenntnis nehmen, ich kann ihm aber nicht die Zustimmung geben. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Herr StR Tatzreiter, bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Wertes Präsidium. Ich möchte einige Worte zur Immobilienliste sagen. Herr Dr. Pfeil, wir möchten nicht überhastet eine Liste vorlegen. Wenn sie dann draußen ist, dann stimmt sie mit Sicherheit nicht. Eine Liste in dieser Form muß erst bewertet werden. Es ist leicht und schön gesagt: Wir nehmen einfach eine Liste auf, bewerten es, und schreiben es dann zum Verkauf aus. So einfach ist das nämlich dargestellt worden. Wir müssen davon ausgehen, daß in den Häusern, die wir verkaufen, jemand wohnt. Die sind nicht leer.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Termin ist der 31. 3. 1996. Da haben sie noch 14 Tage Zeit.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Da habe ich noch 14 Tage Zeit. Sie werden in den nächsten 14 Tagen eine Liste bekommen, wo alles darauf ist, einschließlich der Grundstücke. Wir haben in diesem Zusammenhang etwa S 50 Mio. zur Verfügung, zumindest aus der Sicht der Fachleute im Haus. Wenn es dann bewertet wird, sehen wir, wie weit wir daneben liegen. Aber ich glaube kaum, weil es ziemlich genau aufgelistet wird, soweit ich das bis jetzt gesehen habe. Wir werden das ganz genau sagen können und auch relativ genau betreiben können. Was ich nicht möchte ist, daß man irgend etwas auflistet und vorlegt und dann sagt, das ist es gewesen. Aber wir können damit nichts anfangen. Es muß einen Wert ausweisen, mit dem wir auch etwas anfangen können. Herr Dr. Pfeil, noch einmal. Ich habe bei niemanden, in keinem Ressort in unserer Stadtgemeinde festgestellt, daß irgend jemand, irgend etwas einbringt. Es ist mein Ressort. Ich weiß, daß ich dafür zuständig bin, und ich habe auch gesagt, wir werden es tun. Ich habe auch alle Stellen beauftragt, daß das wirklich schnell gemacht wird. Natürlich kann ich nicht einfach sagen, geht hin, schaut euch das an, meßt es und sagt den Mietern da drinnen sofort, daß sie ausziehen müssen, weil es verkauft wird. So kann es ja nicht gehen, das muß man ordentlich aufbereiten. So ist das. Und in 14 Tagen haben sie die Liste, und dann können sie sehen, was sie beinhaltet. Wir müssen das doch beschließen. Wir müssen dann auch noch die eidesstattliche Erklärung vom Schätzgutachter miteinbringen, nämlich, daß das dann auch wirklich verkauft wird.

Wir können nicht so tun, wir verkaufen einfach aus „Jux und Tollerei“. Wir müssen mit den Leuten ordentlich reden und das ist auch in ordentlicher Vorbereitung. Die Listen gibt es zum Teil, aber das was jetzt draußen ist, ist falsch und nicht richtig.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Und warum haben sie das nicht beschlossen?

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Glauben sie ja nicht, daß das leicht ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es hat sich Hr. GR Lengauer zu Wort gemeldet. Meldet sich noch jemand zu Wort?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR, sehr geehrte Gäste. Nun, so einfach ist es denn nun wirklich nicht, einfach zu sagen, daß das Schlagworte und böse Worte sind, die wir über das Budget 96 gesprochen oder geschrieben haben. Die Debatte jetzt zeigt es. Wenn wir die Presseberichte ernst nehmen, wenn wir die Berichte über das Bürgerspital ernst nehmen, wenn wir gar nicht wissen, ob das Bürgerspital nun zur GWG oder zur Liegenschaft gehört bzw. wer verantwortlich ist, dann zeigt das sehr wohl, daß wir mit unseren Eigentümern nun nicht allzu gewissenhaft umgehen. Ich möchte einfach noch anschließen an all die Dinge, die fehlen, daß auch noch die Liste der städtischen Objekte fehlt. Wie schauen die denn aus? Was müßte denn damit geschehen? Was ist da dringend sanierungsbedürftig? Was müßten wir in der nächsten Zeit tun? Und, wo müßten wir doch nur den Standard verbessern? All das zeigt sehr wohl, daß die Vorbereitung für 96 doch nicht ganz so ist. Sicherlich, dem Ausgleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes von 1995, den werden wir zustimmen, wie Kollege Holub schon gesagt hat. Die Zahlen stimmen hier. Aber das Weiterdenken, das fehlt uns. Wir stellen mit Nachdruck fest, daß wir die Liste dieser städtischen Objekte sehr wohl einfordern werden, und wirklich aus der Verantwortung für die Zukunft sehr sehr dringend ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR. Herr Holub hat gesagt, vieles ist nicht geschehen. Er hat vollkommen recht, vieles ist nicht geschehen. Und das war immer schon so, daß nicht alles geschehen kann. Es ist auch vor allen Dingen im Raum gestanden: „Sparen, sparen, sparen“. Keine Neuverschuldung! Ideen haben wir alle. Realisieren ist das Wichtigste, darauf kommt es an. Und daher muß ich schon sagen, daß ich von der Problematik, die da versucht wird ins Gespräch zu bringen, nicht sehr beeindruckt bin. Das Bürgerspital will niemand in diesem Haus herinnen verkommen lassen. Niemand will das, ich kenne keinen. Ich muß allerdings sagen, daß im Herbst des vergangenen Jahres - vielleicht noch im September, Oktober - die Probleme beim Bürgerspital

sich auf schadhafte Dachsituationen und Dachrinnen beschränkt haben. Jedenfalls war das offizieller Informationsstand. Später dann, wobei der Herr Dr. Kaiser sogar die Schadhaftheit des Daches - wie das dramatisiert wurde - auch in Frage gestellt hat. Später wurde mitgeteilt, daß es sich infolge von Fundamentierungsarbeiten oder Arbeiten im Fundamentierungsbereich, als dieser große Kanal gebaut wurde, wahrscheinlich Setzungen stattfanden. Es hat eine Sitzung gegeben, als das vernommen wurde. Nicht eine Sitzung, sondern eine Verhandlung, eine Lokalverhandlung, so nennt sich das Ding. Der zuständige Sachverständige aus dem Bauamt hat dort vor Ort festgestellt, daß Risse aufgetreten sind, und er hat angeordnet, daß diese zu beobachten sind und eine Vermessung durchgeführt werden soll, ob noch weitere Setzungsvorgänge stattfinden. Worauf ein Bescheid ergangen ist, daß Gefahr in Verzug sein könnte und die dortigen Bewohner ausziehen sollten. Das ist dann also vollkommen zu Recht an die GWG gegangen. Manchen scheint entgangen zu sein, daß wir im Jahre 94 offiziell, bitte sehr, von der Liegenschaft die Verwaltung des Bürgerspitals an die GWG übertragen haben. Das ist nämlich beschlossen worden. Und daher hat der Geschäftsführer, Herr Ing. Haratzmüller, einen Brief an die Bewohner geschrieben, worin steht, die Nutzer sollten das Gebäude räumen, weil dieser Bescheid ergangen ist. Ich habe das eigentlich erst von den Nutzern dieses Gebäudes erfahren. Mir hat das weder der zuständige Stadtrat, noch die zuständige Behörde, noch sonst irgend jemand gesagt. Das habe ich also von den Bewohnern erfahren.

ZWISCHENRUF STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Darüber hat es im Vorjahr einen Streit gegeben. Das ist sogar im Aufsichtsrat der Gemeinde behandelt worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das mag schon sein, aber ich bin nicht im Aufsichtsrat. Ich bin ja dort Eigentümerversorger, wie du weißt. Jedenfalls sind die gekommen, woraufhin ich sofort angeordnet habe, daß hier ein Gutachten erstellt wird und damit wurde sofort am nächsten Tag begonnen. Seine erste Feststellung am ersten Tag, zu einer unverfänglichen Person, die in diesem Hause Nutzer ist, war: "Das Haus steht noch hundert Jahre". Ich sage das bei dieser Gelegenheit einmal deutlich. Ich kann euch auch sagen, wer derjenige ist, - nur unter vier Augen - ich möchte hier nicht öffentlich zitieren. Vielleicht denken es sich manche. Also, so schaut das aus! Der Herr Dr. Kaiser hat hier als Experte für alte Häuser - das wird ihm ja niemand absprechen - erklärt, daß seines Erachtens die Gefahr nicht sehr groß ist, weil die Gewölbe zum Glück entlang der Steyr gespannt sind, also keine resultierenden Kräfte auf die Außenmauern drücken und daher die Gefahr, daß ein Mauerstück nach außen gedrückt wird, nicht vorhanden ist. Zudem kommt, daß dieser Baukörper, in dem dieses Geschäft ist, ein völlig selbständiger ist, der in keinem statischen Zusammenhang steht. Das wurde auch im Gutachten schon bestätigt. Ich nehme an, daß das Gutachten, wenn es vorliegt, zu einer Überlegung der Bescheidsituation führen wird und auch Vorschläge zur Sanierung unterbreitet werden. Das wird selbstverständlich gemacht. Weil das eines der wertvollsten Häuser ist und zum Ensemble der Stadt gehört, wie sonst nichts anderes aus dem 12. Jh. Das ist selbstverständlich. Aber, das konnte vorher eigentlich nicht geschehen. Und wenn es in der Redtenbachergasse irgendwelche wirklichen Probleme mit dem Dachrinnenausputzen gibt, bitte sehr, betrachte ich es nicht als die Aufgabe des Finanzreferenten darauf zu achten. Das ist eigentlich Sache der Liegenschaft. Die sollen die Dachrinnen ausputzen, wenn sie verlegt sind, dafür werden sie nämlich bezahlt. Ich habe auch in Zukunft nicht die Absicht, in die Dachrinnen der städt. Objekte hineinzuschauen. Da sehe ich das Budget nicht in Gefahr! Beim Hallenbad ist die Geschichte natürlich etwas anders. Das haben wir ja schon zweihundertmal diskutiert. Da habe ich mir erlaubt - im Jahr 91 - vorzuschlagen, bitte sehr, das Hallenbad als erstes Objekt zu sanieren, und das war nicht die allgemeine Meinung. Leider bin ich damit nicht durchgekommen. Man hat es damals als ein Prestigeobjekt von mir bezeichnet. In

der Zwischenzeit hätte man manches besser instand halten können, und müssen. Dem pflichte ich ausdrücklich bei. Das befindet sich allerdings auch nicht in meinem Zuständigkeitsbereich. Ich möchte nur Wert legen auf die Feststellung, daß ich niemanden in den Arm gefallen bin, wenn man sich als Funktionär dieser Stadt um städtische Einrichtungen, Objekte oder sonst etwas bemüht hat. Ich habe niemanden dabei aufgehalten, wenn er etwas hätte machen wollen. Das möchte ich bei der Gelegenheit schon auch noch sagen. Die Kollegin Lohnecker hat EU-Gelder angesprochen. Da gebe ich ihr vollkommen recht. Wir müssen alle diese Möglichkeiten nutzen. Es ist dieses Schreiben der OÖ Landesregierung ergangen. Es befindet sich im Wege über die Magistratsdirektion, in Bearbeitung bei den Geschäftsbereichsleitern. Ich hoffe, daß Möglichkeiten gefunden werden, die auch für uns passend sind, und daß etwas getan werden kann.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das ist dem Herrn Magistratsdirektor bekannt. Der Nachtragsvoranschlag vom Hrn. Dr. Pfeil war nicht seriös, weil sich jetzt wieder eine Änderung ergeben hat. Ich kann dazu nur sagen, daß natürlich das alles sehr "lebhaft" ist. Daß sich Zahlungen erst zum Schluß ergeben, daß sich Mitteilungen des Finanzamtes erst zu einem fortgeschrittenen Zeitpunkt ergeben, zB im Hinblick auf die Gewerbesteuerberechnung bei BMW usw. Daraus resultieren diese Veränderungen. Zu dem Zeitpunkt, an dem der Nachtragsvoranschlag erarbeitet und vorgelegt wurde, war das der Stand der Dinge. Aber es lebt weiter und es hat sich zum Glück in die von mir berichtete Richtung entwickelt. Weil sie sagen: "Nichts eingehalten". Ich kann ihnen nur sagen, offen ist die Geschichte. Es tut mir auch leid, daß es so lange zu keinen Gesprächen über diese Beförderungsrichtlinien gekommen ist. Es gibt einen Termin, da sind sie eingeladen. Da werden alle Fraktionen mit der Personalvertretung beisammen sitzen. Ich mache nur aufmerksam, daß mein Wissensstand der ist, daß wir uns mit unseren Beförderungsrichtlinien etwa - ein bißchen besser in dem einen oder anderen Fall, und ein bißchen schlechter in dem einen oder anderen Fall - in den Richtlinien des Landes OÖ, die für 445 Gemeinden gelten, befinden. Ich bin schon dafür, wenn wir "Ausreißer" haben, daß man dort wirklich etwas tun muß. Aber es wird dann jede Fraktion Gelegenheit haben, ihre Vorstellungen zu äußern. Mittelfristiges Finanzkonzept, das sei bis Mitte des Jahres versprochen worden. Das ist richtig, daß wir das machen wollten, das gebe ich unumwunden zu. Ich darf erinnern, daß wir auch gemeint haben, wir können vor dem Sommer des vergangenen Jahres noch das Stadtentwicklungskonzept beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das haben sie gemeint, nicht wir?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ich habe es gemeint. Das hätte auch etwas früher vorliegen können, das ist eben später gekommen. Aber zu dem Zeitpunkt, wie wir über das geredet haben, das war ja schon mehr als ein halbes Jahr vorher, wie wir das Budget 95 gemacht haben, haben wir auch über das mittelfristige Finanzierungskonzept gesprochen, das ist ja logisch, Herr Dr. Pfeil. Es hat sich eben das Stadtentwicklungskonzept hinausgezogen, und wir beraten jetzt noch. Und es haben mehrere

Fraktionen darum gebeten, noch Spielräume für ihre Beratungen zu bekommen. Wir werden uns also noch länger damit beschäftigen müssen. Nur, wenn sie allen Ernstes glauben, Herr Dr. Pfeil, daß man ein mittelfristiges Finanzkonzept für die Stadt Steyr machen kann, ohne das Stadtentwicklungskonzept zugrunde zu legen, da fehlt mir, mit „Verlaub“ gesagt, die Phantasie. Wir reden hier von einer Summe von ungefähr S 1,5 Mrd. bitte sehr, nicht wahr, die da aufzubringen sein wird. Wenn man sich überlegt, das war nämlich das, was sie als "Wunsch Katalog" von meinem Amtsvorgänger bezeichnet haben. Wenn man über solche Summen spricht, dann muß man natürlich genau werden, und das sehr korrekt abhandeln. Da muß man zunächst wissen, und da muß der GR sagen, wir stellen uns die Entwicklung der Stadt in eine ganz bestimmte Richtung vor, und wir wollen ganz bestimmte Projekte abwickeln. Dann müssen wir die Kosten zuordnen, und davon muß ein mittelfristiges Finanzkonzept abgeleitet werden. Und nicht vorher ein Finanzkonzept, wenn man nicht weiß, was man dann als Stadtentwicklungskonzept beschließen möchte. Das ist also ein sehr wesentlicher Unterschied. Ich kann sicher kein mittelfristiges Finanzkonzept ohne Zugrundelegen eines Stadtentwicklungskonzeptes machen. Und da sind wir gemeinsam noch nicht so weit. Was die Immobilienliste anbelangt, bitte, zuständig für diesen Bereich ist der zuständige Stadtrat, das ist der Kollege Tatzreiter. Sie sind ja nicht der oberste Liegenschaftsverkäufer dieser Stadt. Wir wollen ja, wenn wir überhaupt verkaufen, zu Marktpreisen verkaufen. Ich habe überhaupt kein Interesse. Es täte mir sehr leid, wenn jemand schon vorweg irgendwelche Preisvorstellungen hinausspielt. Wir müssen nämlich wirklich klug verhandeln, genauso, wie das jeder andere tun würde, der Immobilien verkauft.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es hat keinen Sinn, daß wir uns wieder zusammensetzen, wenn alles nicht eingehalten wird. Das hat überhaupt keinen Sinn.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte! Sie reden einfach wie der „Blinde von der Farbe“. Das macht mich ganz krank. Man muß sich ja bitte vorstellen, daß eine ganze Reihe von Häusern und Grundstücken zu bewerten sind.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja bitte, dann muß das der Referent ... Ja, natürlich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es geht auch darum, diese Daten vertraulich zu behandeln und nicht schon vorher den möglichen Interessenten zuzuspielen. Wir wollen verhandeln und wir wollen Marktpreise erzielen. Wir haben es auch nicht nötig, das wir das Familiensilber verkaufen. Überhaupt nicht.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir können uns in aller Ruhe, und das ist seriös - wir könnten uns auch in Deutschland VW's bestellen und dann weiterverkaufen. Wir haben um S 250 Mio. Gründe, Liegenschaften, Objekte gekauft. Es ist daher ganz logisch, daß wir Teile von Liegenschaften oder Objekten, die wir im Umfeld der Stadt nicht brauchen, auch wieder veräußern. Das ist ein ganz logischer Vorgang. Nur muß das korrekt geschehen und mit der gebotenen Vertraulichkeit. Daher verstehe ich diese Art und Weise nicht, weshalb man unbedingt jedes Haus haben will, aus ihrer Sicht. Herr Dr. Pfeil, eines möchte ich ihnen zum Schluß noch sagen. Herr Dr. Pfeil, ich möchte ihnen zum Schluß noch etwas sagen. Wissen sie. Er kann sich nicht selber zur Ordnung rufen. Eines möchte ich ihnen noch sagen, Herr Dr. Pfeil. Für eines, was das Abstimmungsverhalten anbelangt, das sie für ihre Fraktion angekündigt haben, fehlt mir für eines auch die Begründung, die logische Begründung. Sie haben dem Budget für 95 in ihrer Fraktion zugestimmt. Wir haben ein Ergebnis, das um S 30 Mio. besser ist, als dieses Budget. Und jetzt stimmen sie plötzlich dem Rechnungsabschluß für dieses Budget, dem sie zugestimmt haben, nicht zu. Da fehlt mir die Möglichkeit, ihnen geistig zu folgen. Und zum Kollegen Lengauer nur ein Wort. Panik ist etwas, das ausbricht, wenn man keine Zeit hat. Sind wir uns da einig? Wir haben für das Budget Zeit genug gehabt. Wir haben damit im August angefangen, und wir haben es erst im Jänner beschlossen, zum Unterschied aller Vorjahre. Also, es war keine Panik, die uns bewegt hat, dieses Budget zu beschließen. Ich möchte daher bitten, daß dieser Rechnungsabschluß, dem ein Budgetbeschluß mit so großer Mehrheit vorausgegangen ist, auch jetzt als Rechnungsabschluß, noch dazu wo er um S 30 Mio. besser ist, eine große Mehrheit erhält.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, ich danke für das Schlußwort. Die Begründung könnte - ich bitte um Aufmerksamkeit - ich gerne noch nachliefern. Ich wiederhole es noch einmal. Es fehlen die Zusagen, das mittelfristige Finanzkonzept und das Stadtentwicklungskonzept, wenn sie es verknüpfen. Für beides sind sie verantwortlich. Beides ist nicht eingehalten worden. Zum Bürgerspital hätte ich auch noch viel zu sagen, über die Risse, und wer als erster darüber gesprochen hat. Aber, daß die Maßnahmen, die über das Budgetjahr 95 Bedeutung haben, nicht eingehalten worden sind, das ist die Begründung dafür, warum ich mich der Stimme hier enthalte. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 1) Ausgleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 95, durch Entnahme bzw. Zuführung von Rücklagen. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Wer enthält sich der Stimme? 7 (F). Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2) Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1995 in das Finanzjahr 1996.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Wie bereits angekündigt, muß es auch zu einer Übertragung von Budgetmitteln kommen, die wir im Jahr 95 aus technischen oder abwicklungstechnischen Gründen nicht zur Auszahlung bringen konnten. Deshalb ergeht der Antrag des Stadtsenates an den GR:

2) Fin-120/95 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1995 in das Finanz - Finanzjahr 1996;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 20. Februar

1996 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen in Höhe von insgesamt S 48.949.800,-- genehmigt. Die Deckung der Kreditüberschreitungen erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel. Ich bitte um Debatte und um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meldet sich jemand zu Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Wer enthält sich der Stimme? Gegenprobe. Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag ist ein Sammelantrag. Er betrifft Gewerbeförderungen, und zwar, Mittelfreigabe für bereits beschlossene Gewerbeförderungen im Gesamtausmaß von S 1.620.400,-- und zusätzlichen S 80.600,--, die im Rechnungsjahr 1996 plangemäß ausbezahlt werden sollen.

3) Ge-4362/88 Mittelfreigabe für diverse bereits beschlossene Gewerbeförderungen:

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 19. Februar 1996 wird der Auszahlung der nachstehend angeführten Wirtschaftsförderungen nach Vorlage der entsprechenden Unterlagen zugestimmt. Zu diesem Zweck werden für das Rechnungsjahr 1996 folgende Mittel freigegeben: bei VASt.

5/7820/756000.9 S 1.620.400,--

5/7820/776010.4 S 80.600,--

Ich bitte auch hier um Debatte und Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Dr. Tilman Schwager. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren. Der Antrag bedarf meines Erachtens nur einer ganz kleinen Abänderung. Wir werden uns erlauben, Herr Vizebürgermeister, diesen Abänderungsantrag auch einzubringen. Nämlich in der Liste derjenigen Firmen, die hier mit Förderungsmittel bedacht werden sollen, ist auch eine Firma enthalten, die längst in Konkurs ist. Ich glaube nicht, daß es sehr sinnvoll ist, eine Gewerbeförderung einer Konkursmasse zuzuführen. Die Lington oder wie sie heißt.

ZWISCHENRUF:

Wie bitte?

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Ich schaue gerade. Die "Lington" oder wie sie heißt: "Lingtos". Das ist nicht die?

ZWISCHENRUF:

Das ist eine andere! Das sind zwei verschiedene Firmen, mit ziemlich gleichem Wortlaut.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Um Gottes willen. Dann ist das gegenstandslos. Ich danke vielmals.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe. Wer enthält sich der Stimme? 1 (VP, StR Ing. Othmar Schloßgangl, enthält sich der Stimme, wegen Befangenheit). Wer ist gegen diesen Antrag? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung angenommen. Wir kommen nun zum nächsten Antrag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren. Der nächste Antrag betrifft hier die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations-, Sekretariatsaufgaben, der im GR der Stadt Steyr vertretenen GR-Fraktionen. Wir haben hier eine Vereinbarung abgeschlossen für diese Funktionsperiode des GR, welche die Auszahlung entsprechender Beträge aufgrund der Stärke der Fraktionen im GR, aber auch einen Sockelbetrag, vorsieht. In Anbetracht des Umstandes, daß wirklich überall versucht wird zu sparen und auch die Vereine 20%-ige Kürzungen ihrer

Subventionen in Anbetracht der Finanzknappheit akzeptieren müssen, ist es selbstverständlich, daß wir auch eine solche Kürzung bei den Parteifinanzierungsbeträgen ins Auge gefaßt haben. Also ein Kürzung von 20%. Und es ergeht aus diesen Gründen der Antrag:

4) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der - im GR der Stadt Steyr vertretenen

Gemeindefraktionen:

Der GR möge beschließen:

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen erhält jede im Gemeinderat vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 1996 über einen durch die jeweilige Fraktion an den Magistrat der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag einen Finanzierungsbeitrag in der nachstehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus dem mit Grundsatzbeschluß vom 3. Juli 1992 festgelegten Ansätzen, valorisiert um die Indexsteigerung von Dezember 1991 auf Dezember 1995 in Höhe von 12,7 %.

Im einzelnen ergeben sich demnach für die einzelnen Gemeinderatsfraktionen nachstehende Förderungsbeiträge:

SPÖ

S 239.487,50 (Sockelbetrag)

S 383.180,--

(pro Mandat S 22.540,--)

S 287.385,-- (Fraktionsumlage)

S 910.052,50 Gesamtbetrag

FPÖ

S 239.487,50 (Sockelbetrag)

S 202.860,--

(pro Mandat S 22.540,--)

S 152.145,-- (Fraktionsumlage)

S 594.492,50 Gesamtbetrag

ÖVP

S 239.487,50 (Sockelbetrag)

S 180.320,--

(pro Mandat S 22.540,--)

S 135.240,-- (Fraktionsumlage)

S 555.047,50 Gesamtbetrag

GAL

S 239.487,50 (Sockelbetrag)

S 45.080,00

(pro Mandat S 22.540,--)

S 33.810,00 (Fraktionsumlage)

S 318.377,50 Gesamtbetrag

Im Zuge der Erstellung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1996 wurde der gegenständliche Voranschlagsposten der Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen gegenüber dem Ansatz von 1995 einer 20%igen Reduktion unterzogen. Resultierend daraus werden daher im Rechnungsjahr 1996 die oben dargestellten rechnerisch ermittelten Beträge lediglich mit einem um 20 % verminderten Ansatz zur Auszahlung gebracht, sodaß sich im einzelnen für die jeweiligen Gemeinderatsfraktionen für 1996 nachstehender Auszahlungsbetrag ergibt.

SPÖ

S 910.052,50 - 20% = 728.042,00

FPÖ

S 594.492,50 - 20% = 475.594,00

ÖVP

S 555.047,50 - 20% = 444.038,00

GAL

S 318.377,50 - 20% = 254.702,00

Geamtbetrag

S 2.377.970,00 - 20% =

S 1.902.376,00

-

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen Gemeinderatsfraktion, der an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten ist, zur Ausbezahlung. Die Gemeinderatsfraktionen sind verpflichtet, die widmungsgemäße Verwendung der Mittel in der von ihnen gewählten Form nachzuweisen. Zu

diesem Zweck steht jeder Fraktion einmal pro Jahr zumindest eine halbe Seite des Amtsblattes der Stadt Steyr zur Verfügung.

Durch die gegenständliche Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs- Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre, die aufgrund des Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung vom 14. 11. 1985, Gem-70.607/13-1985, i.d.g.F. Erlasses d. Amtes der OÖ Landesregierung vom 1. 11. 1995, Gem-21/80-1995, jährlich zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiterbestehen. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 1.902.400,00 (Einmillionneunhundertzweitausend-vierhundert) werden bei der VAS. 1/0000/757000.3 freigegeben. Ich bitte um Debatte und Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben den Antrag gehört. Ich möchte mich selber zu Wort melden. Wie wollen sie es haben?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Machen sie es so, wie sie es zuerst gemacht haben. Sie sind ja schon ein Profi.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte namens der freiheitlichen GR-Fraktion folgenden Abänderungsantrag zum Verhandlungsgegenstand Nr. 4 einbringen.

Der GR wolle beschließen:

Der Gesamtbetrag des gegenständlichen Voranschlagspostens zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen, wird gegenüber dem indexbezogenen, valorisierten Ansatz von 1995 um 30% (nicht um 20%) gekürzt. Statt S 2.377.970,-- soll der Auszahlungsbetrag an die vier Gemeinderatsfraktionen somit um 30 % auf S 1.664.579,-- gesenkt werden, wobei der Sockelbetrag um 50 %, der Betrag pro Mandat sowie die Fraktionsumlage um 16,5 % gegenüber dem bisherigen Status gekürzt wird. Dies ergibt für die einzelnen Gemeinderatsfraktionen:

SPÖ:

S 119.743,75 (Sockelbetrag)

S 319.908,89

(pro Mandat) S 18.818,17)

S 239.948,36 (Fraktionsumlage)

S 679.601,--

FPÖ :

S 119.743,75 (Sockelbetrag)

S 169.363,53

(pro Mandat S 18.818,17)

S 127.037,47 (Fraktionsumlage)

S 416.144,75

ÖVP:

S 119.743,75 (Sockelbetrag)

S 150.545,36

(pro Mandat S 18.818,17)

S 112.910,89 (Fraktionsumlage)

S 383.200,00

GAL

S 119.743,75 (Sockelbetrag)

S 37.636,35

(pro Mandat S 18.818,17)

S 28.253,15 (Fraktionsumlage)

S 185.633,25

FPÖ-Abänderung: Gesamtaufwendungen

S 1.664.579,-- = Einsparung 30%

Zum Vergleich:

Amtsvorschlag (Antrag Nr. 4)

S 1.902.376,-- = Einsparung 20 %. Bisheriger Status: S 2.377.970,--

Ich begründe diesen Antrag wie folgt: Wir haben bei der Diskussion 1992 bewußt einen hohen Sockelbetrag eingesetzt, damit sich die einzelnen Parteien und Fraktionen das logistische Umfeld schaffen können. Das ist mittlerweile geschehen, alle GR-Fraktionen und Parteien haben Büros außerhalb des Rathauses. Und dort soll die Fraktions- bzw. politische Arbeit gemacht werden. Und deshalb erscheint es nicht mehr notwendig, den Sockelbetrag in voller Höhe aufrecht zu erhalten. Es kommt dann noch dazu, daß zwei Fraktionen es geschafft haben, hier im Hause weitere Büros zu errichten. Nämlich, es gibt ein GAL-Büro hier im Hause und es gibt ein ÖVP-Büro hier im Hause.

Das ist nirgends beschlossen oder besprochen worden. Ich frage den Herrn Bürgermeister: Wie werden diese Kosten der Extrahonorierung für diese beiden Fraktionen hochgerechnet? Wie werden diese eingebaut, in diesen Antrag? Es kann ja nicht so sein, daß hier zwei Fraktionen eine Doppelförderung bekommen. Aber, wenn man die Grundstruktur für ein Büro draußen geschaffen hat, dann hat man ja nicht mehr die hohen Subventionen. Deshalb ergibt es Sinn, daß wir diesen Abänderungsantrag gestellt haben, und daß sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, in Zeiten wie diesen, wirklich Sparwillen zeigen und diesem Abänderungsantrag zustimmen. Ich habe auch wenig Verständnis gehabt, für einen Antrag, der im letzten Stadtsenat in aller Heimlichkeit beschlossen worden ist. Wo zwischen "Rot" und "Schwarz" eine weitere Erhöhung der Parteienfinanzierung um 13 % beschlossen worden ist. Nämlich hier sind S 333.144,-- beschlossen worden, die gänzlich eingespart werden können. Schließlich sehen wir nicht ein, daß hier insbesondere die Landesparteien gesponsert werden, die von diesem Betrag - eben von diesen Schulungsgeldern - S 121.788,-- kassieren. Die Landtagsparteien haben sich 1992 ohnedies ein sehr gutes, für sie gutes, Parteienfinanzierungsgesetz geschaffen, das den Landesorganisationen S 154 Mio. jährlich bringt. Sagenhafte S 154 Mio. jährlich. Ich meine, das reicht aus, um auch nicht zusätzlich von den einzelnen GR oder Gemeinden Geld zu kassieren. Ich ersuche sie, diesem Abänderungsantrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wer wünscht dazu das Wort? Herr GR Mag. Philipps, ich erteile es ihnen.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wertees Präsidium und werte junge Gäste, die heute sicher schon einiges dazulernen konnten oder auch nicht. Wenn ich jetzt diesen Antrag höre, ich spreche jetzt vom Zusatzantrag der FPÖ und muß dabei vernehmen, daß es sich dabei um eine Reduktion des Sockelbetrages um 50 % handeln kann. So kann es doch nur um eine populistische Äußerung gehen. Wenn ich nämlich hier das ganze weiter hochrechne und weiter verfolge, kann das doch nur soweit gehen, daß die Fraktion, die hier im GR mit noch nicht genügenden Vertretern versehen ist, offensichtlich eliminiert werden soll. Ich weiß nicht, vielleicht ist es ein kleines Dankeschön für budgetvernünftige Zustimmung. Ich kann es mir nicht anders erklären. Es kann doch demokratiepolitisch nur äußerst bedenklich sein, wenn man durch eine Reduktion des Sockelbetrages einer kleineren Fraktion offensichtlich den Boden unter den Füßen wegzieht. Anders kann ich das jetzt allerdings nicht erklären. Ich warne daher davor

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Herr StR. Schloßgangl, bitte.

STADTRATING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren. Es hat im Jahre 1992 sehr lange gebraucht, bis alle Fraktionen sich einig waren, ein Konzept für die Parteifinanzierung zustande zubringen. Und ich glaube, wir sollten dieses gute Konzept jetzt nicht leichtsinnig über Bord werfen. Wir haben uns bereiterklärt, im Jahr 1995 und im Jahr 1996, je 10% einzusparen und sind nun auf

diese verminderten Sätze, die im Amtsbericht angeführt sind, gekommen. Wenn Hr. Dr. Pfeil heute eine Reduzierung um 30 % fordert und eine Reduzierung des Sockelbetrages um 50 %, dann glaube ich ...

ZWISCHENRUF:

Da müssen sie kurz aufpassen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Den Sockelbetrag um 50 %. In Summe um 30 %.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In Summe um 30%! Um 16,5 %.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

In Summe um 30%, ja! Und 50%, das habe ich gesagt, genau das habe ich gesagt. Dann ist das meiner Meinung nach vollkommen undemokratisch. Weil zum Handkuß kommt in erster Linie die GAL. Als zweites wurde von Hrn. Dr. Pfeil angeführt, daß die ÖVP und die GAL ein Büro hier herinnen hätten. Das ist richtig. Wir haben auch sehr lange darum gekämpft. Jahrelang! Ich möchte aber dazu bemerken, ich habe keinen Neid: Ich finde, daß es auch den anderen zusteht, daß die SPÖ zwei große Büros mit Sekretariat hat, für Bürgermeister und Vizebürgermeister, wo man auch Besprechungen abhalten kann oder könnte. Diese werden auch abgehalten. Und daß auch der Vbgm. Dr. Pfeil so ein Büro hat. Also, daher ist es doch gut und billig, wenn auch die anderen Fraktionen hier im Hause ein derartiges Büro haben. Ich bin dafür, daß wir diesen wirklich populistischen Antrag, der wieder einmal von den Freiheitlichen kommt, nicht die Zustimmung geben und so, wie der Antrag hier angeführt wurde, diesen auch beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im GR, werte Gäste. Es ist ja schon interessant, was sich so in letzter Zeit und vielleicht auch in den letzten Jahren in dieser Richtung hier entwickelt hat. Mir ist direkt abgegangen, daß der Kollege Payrleithner jetzt hier spricht, aber für ihn hat das anscheinend der Herr Dr. Pfeil gemacht. Das ist ja auch ein Lieblingsthema dieser beiden Herren hier. Wenn es darum geht, daß man in Richtung Demokratie und den demokratiepolitischen Maßnahmen der

einzelnen Parteien versucht, hier ein paar Nadelstiche zu versetzen. Bis hin zu: "Naja, dann geben wir der GAL halt nur mehr die Hälfte, etc." Auf der anderen Seite freut es mich aber wiederum, daß auch zu beobachten ist, daß hier anscheinend eine Zweimannfraktion die "F" in ihrer politischen Arbeit so derartig verunsichert. Dh, daß dieser Betrag, der für die Partei ausgegeben wird, anscheinend schon auf fruchtbaren Boden fällt, und daß jetzt die "F" versucht, auf diese Art und Weise die Politik oder die politischen Aussagen der GAL zu unterminieren. Das ist auch nicht schlecht. Da habe ich ein gutes Gefühl dabei, weil sie jetzt anscheinend schon Wirkung zeigt. Das schon über ein bis zwei Jahre hindurch. Was das Büro betrifft, Herr Dr. Pfeil, wir haben keinen Stadtratsessel hier in der Gemeinde. Wir haben ein Stüberl gehabt, oben beim Archiv. Ich war mit dem auch zufrieden, bin aber natürlich auch zufrieden, daß wir herunten auch ein Büro haben. Ich denke, das gehört eben auch zu einer gewissen Bürgernähe, daß man hier den Bürgern Gelegenheit geben kann, die Parteien zu besuchen, und daß sie nicht in den vereinzelt Parteilokalen oder Parteisekretariaten auftauchen müssen. Sondern, wenn sie ins Amt kommen, dann können sie auch eine politische Partei besuchen. Alles in allem, es ist schon gesagt worden: Sehr populistisch! Meiner Ansicht nach, wenn die "F" glaubt, daß sie diese Beträge kürzen muß, dann kann ich mir vorstellen, sie weiß nicht, was sie damit anfangen soll. Wir wissen es sehr wohl und sind auch sehr dankbar! Ich denke, es hat schon seine Richtigkeit, daß es so ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Als nächstes hat sich Hr. GR Payrleithner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR. Ich wollte mich eigentlich heute wirklich nicht zu Wort melden, nachdem der lange Winter meine Stimmbänder schon sehr angegriffen hat, und ich kaum sprechen kann. Ich bitte daher um Entschuldigung. Aber ganz so ist das doch nicht, lieber Kollege Apfelthaler und dein Koalitionsgenosse Philipps, wie sie hier die Dinge darstellen. Erstens einmal, wie wir noch in diesem Haus mit einem oder mit zwei Mandaten vertreten waren, haben wir auch kein Parteilokal in diesem Rathaus betrieben. Und wir haben auch dieses Zimmer, das der Herr Dr. Pfeil jetzt hier bezogen hat, nicht als Parteilokal bezogen. Sondern das ist immer der zweitstärksten Partei zugestanden, bzw. es hat ja auch die Frau Vbgm. Mach ein Büro hier herinnen. Und das hat eigentlich mit dieser Regelung überhaupt nichts zu tun. Das möchte ich schon einmal hier ganz klar stellen. Aber vielleicht, weil der Herr Kollege Philipps unseren Antrag hier als populistisch, oder ich glaube, in dieser Richtung, abqualifiziert hat. Populistisch kommt ja bekanntlich von populär. Es dauert immer eine gewisse Zeit, bis unsere Anträge auch hier zu einer gewissen Einsicht gelangen. Das ist im Land so gewesen, wie wir die Abschaffung der Pensionen, Abfertigungen verlangt haben. Jetzt heftet sich das der Herr Landeshauptmann Pühringer auf seine Fahne, als großen Erfolg. Und so war es auch hier. Wir haben vor einem Jahr einen Antrag auf Reduzierung der Parteienfinanzierung gestellt. Damals sind wir vom großen, vorletzten Zyniker in diesem Haus, der jetzt inzwischen abgewandert ist, noch recht beschimpft worden. Und jetzt ist man allgemein auch zu dieser Ansicht gelangt, daß man hier etwas tun muß. Also, es wird wahrscheinlich ein Jahr dauern, dann wird der restliche GR wahrscheinlich dem Abänderungsantrag nicht nur zustimmen, sondern ihn wahrscheinlich auch selber einbringen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr StR Eichhübl, bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werter Herr Bürgermeister! Ich verrate auch bestimmt kein Geheimnis, daß ich bei der letzten Fraktionsobmännerbesprechung anstelle von Hrn. Dr. Pfeil anwesend war, und daß dieses Thema, nämlich die veränderte Parteienfinanzierung, sprich die Reduktion um 20 %, dort behandelt wurde. Ich habe auch dort sehr deutlich gesagt, daß wir nicht nur mit dieser Kürzung leben können, sondern auch davon ausgehen, daß wir einen Abänderungsantrag einbringen werden, der eine wesentlich höhere Kürzung vorsieht. Nun, meine Damen und Herrn, ich glaube, man kann sicherlich davon ausgehen, - das war auch die ursprüngliche Überlegung bei Einführung dieser Parteienfinanzierung - daß jetzt zwar 20% weniger an die Parteien ausbezahlt werden soll, was diese Parteienfinanzierung betrifft. Das heißt im Klartext, daß der Steuerzahler dafür im Jahr S 1.902.376,- zusätzlich zu bezahlen hat. Zusätzlich zu der von Hrn. Dr. Pfeil bereits genannten bestehenden Förderung, nämlich die Beiträge, die für Schulungen bezahlt werden an die Parteien, in einer Größenordnung von S 333.000,-. Die wiederum gerade erst in der vorigen Woche um 13 % angehoben wurden. Ich sage das eher wertneutral. Jeder hat seinen Bezug zum Geld, jeder soll die Auffassung vertreten, in welcher Größenordnung man die Steuerzahler belasten kann, oder nicht kann. Wir gehen davon aus, meine Damen und Herren des GR, daß man auf allen Ebenen von den Bürgern Einsparungen verlangt, daß höhere Gebühren und Tarife eingehoben werden und eine große Belastungswelle auf unsere Bürger zukommen wird. Ich glaube daher, daß wir mit gutem Beispiel vorangehen sollen, und wenn hier Vorredner von anderen Fraktionen gemeint haben, daß das ein populistischer Gag ist, dann darf ich sie nur daran erinnern, daß wir bei Einführung dieser Parteienfinanzierung im Jahre 1992 bereits gesagt haben, daß wir uns vorstellen können, daß etwa S 100.000,- vom Sockelbetrag ausgehend, oder auch eine andere Regelung für uns vorstellbar wäre. Wir haben auch darauf verzichtet. Ich darf sie daran erinnern, daß wir S 100.000,- der Arbeitsstiftung gegeben haben. Ich darf sie auch daran erinnern, daß das auch zu Reaktionen geführt hat, daß beispielsweise Kollegen von der sozialdemokratischen GR-Fraktion Leserbriefe schreiben ließen. Wir haben einen Sozialfond eingerichtet. Ich fordere sie auf, machen sie das auch. Wenn sie jetzt glauben, das habe ich auch im Stadtsenat gesagt, daß es uns darum geht, daß jetzt die kleine Fraktion sozusagen finanziell aushungern wollen, dann kann ich ihnen sagen, da sind sie im Irrtum. Uns geht es darum, daß wir die Bürger nicht weiter belasten können, und daher haben wir diesen Antrag gestellt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Lohnecker. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister. Störungen haben Vorrang, daß habe ich in einer Schulung gelernt. Kostenpunkt dafür waren S 15.000,-.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bitte um Ruhe und Aufmerksamkeit.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Ich bedaure das wirklich sehr, was da passiert. Wir wundern uns, daß man hört, die Menschen sind politikverdrossen, sie sind parteiverdrossen. Wissen sie, was mich so ärgert? Weil wir uns selber schlecht machen oder schlecht machen lassen. Und ganz ehrlich, das sage ich vor allem den jungen Gästen, und das sage ich auch ihnen, meine Damen und Herren, ich will da nicht dazugehören! Ich mache nicht Parteipolitik weil ich da Geld bekomme. Ganz ehrlich, diese S 3.000,- und auch dieses Schulungsgeld, machen sie ein Seminar, reden sie mit dem Herrn Pöchhacker, der Magistrat Steyr veranstaltet ein super Symposium mit guten Referenten und die Zahlungen sind gigantisch. Da kostet die Teilnahme S 2.500,- ohne Nächtigung. Das heißt, es ist alles teurer geworden. Das heißt, ich mache diese Arbeit wirklich nicht aus Geldgründen! Ich mache das, weil ich glaube, daß ich etwas beitragen kann für die Bürgerinnen und Bürger von Steyr. Das mache nicht nur ich so, sondern das machen auch meine Kollegen und Kolleginnen von den anderen Fraktionen, nehme ich an. Es ist nicht lustig, daß man über kein Wochenende frei verfügen kann oder sich nach sehr vielen Anforderungen und Regelungen richten muß. Ich will aber auch, daß sich mehr Menschen um die Sache der Stadt annehmen. Ich rede draußen, und da bin ich auch wieder nicht alleine, ich kann es von mir sagen und behaupten, ich ermutige Frauen und Männer mitzumachen. Ich engagiere mich bei den Jugendlichen und sage: "Bitte, macht mit, redet mit!" Es ist leicht zu kritisieren, wenn ich mich nicht selber hinstellen und sagen: "Ich treffe die Entscheidungen". Ich dulde absolut nicht, Herr StR Eichhübl, und Herr Vbgm. Pfeil, daß man dann die Politik, die Parteipolitik, so "runter" macht. Ich weiß schon, daß Parteipolitik nicht einen sehr guten Ruf hat. Ich weiß, daß sie selber auch, und so wird es auch sehr vielen anderen gehen, mit diesen oder jenen Entscheidungen nicht zufrieden sind. Nur, es gibt auch ein Parteiengesetz und Parteien und wenn ich Demokratie will, dann habe ich einfach nur die Möglichkeit, Parteien zu wählen. Ich habe nur die Möglichkeit, entweder wir leisten uns Parteien oder wir leisten uns Diktatur. Und etwas anderes gibt es bitte nicht!

HEFTIGER BEIFALL

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Wenn ich sage, ich leiste mir Parteien, dann muß ich auch sagen, dann muß ich auch etwas tun. Ich kann auch nicht sagen, ich will mir ein Haus bauen, ich will mir ein Haus leisten, aber zahlen werde ich nichts dafür. Diese Gelder sind jetzt also wirklich nicht großartig: Wir reden von den Fraktionszimmern. Ich gestehe das jeder Fraktion zu, wenn die Freiheitlichen ein Fraktionszimmer wollen, ja bitte, dann beantragen sie es. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Hr. Bürgermeister oder wir sagen: "Ihr bekommt das nicht!". Ich glaube, daß jede politische Fraktion das Recht hat, hier im Rathaus auch ein Sitzungszimmer zu haben. Noch einmal! Wirklich an sie, an die Gäste der Schulen, bitte! Gehen sie nicht hinaus und sagen: "Politiker, die brauchen wir nicht, und eigentlich machen sie sich eh selber schlecht und gestehen sich selber die Parteien nichts zu". Ich glaube, daß die Parteien auch wirklich gute Arbeit leisten. Natürlich passieren auch Fehler. Dazu gibt es auch die Verschiedenartigkeit, das hat auch mit der Weltanschauung zu tun. Jeder hat den anderen zugewinkt. Wenn ich sage, ich will Parteien, und ich vertrete Parteien, dann heißt das, daß wir uns nicht herstellen dürfen und sagen: "Eigentlich gehört uns eh nichts mehr!". Dann sage ich, es wäre der folgerichtige Antrag für mich, dann streichen wir sie überhaupt und gehen sammeln. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Als nächstes Herr StR Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Liebe Gäste, meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Fr. Brigitte Lohnecker für die Wortmeldung aus ganzen Herzen dankbar, damit nicht ewig ich das selbe erzähle. Ich glaube, ich habe hier schon öfters zum Ausdruck gebracht, daß für die Demokratie des 20. Jhd. die politische Partei wesentlicher Bestandteil ist. Wesentlicher! Es hat in diesen Tagen - ich weiß nicht, wer gestern um etwa 22.30 Uhr ferngesehen hat - eine Bilderreihe über eine Zeit gegeben, die wir hoffen, überwunden zu haben - nämlich über den "größten Führer" aller Zeiten und über die Strategien, mit denen dieser "größte Führer" aller Zeiten, aus Braunau in OÖ kommend, seinen Marsch durch Deutschland angetreten hat. Gestern hat es mit dem Zug durch die "freie Welt", wie wir sie heute nennen, oder den Rest derselben, geendet. Ich will gerade den Jüngeren diese Beitragsreihe wirklich sehr zum Anschauen empfehlen, weil man die eine oder andere Ähnlichkeit und Parallele mit dem heutigen tagespolitischen Geschehen - ich sage jetzt nicht in Steyr, sondern überhaupt - feststellen kann. Die Leitlinie die sich von 1928 weg durch die Deutsche Republik gezogen hat, war das Verächtlichmachen der politischen Parteien. Die haben, weiß Gott, alles dazu beigetragen, um verächtet zu werden. Das ist eine Schande. Auch in Österreich hat es Ähnliches gegeben. Die Auswüchse, die dann im Umgang mit dem zarten Kind, das so krank war - "Demokratie". So zart! Deutschland hat Demokratie lernen müssen, Österreich hat Demokratie lernen müssen. Beides waren Monarchien. Beide haben einen Krieg verloren. Aus der schlimmen wirtschaftlichen Situation hat eine bestimmte Richtung; die in Aufbau befindliche neue Form miteinander umzugehen, mit all den Fehlern, die gemacht wurden, verächtlich gemacht, schlecht gemacht. Und dann über die Figur der "starken Hand" zu dem geführt, was die ganze Welt 1945 letztendlich dann beklagen mußte. Ich warne wirklich davor. Aus diesen Grund warne ich wirklich davor, die politischen Parteien als unnützen Apparat darzustellen. Ich warne wirklich davor, die kleinen Gruppen als weniger unterstützenswürdig zu bezeichnen. Denn die Vielfalt ist noch immer besser für eine Demokratie, als die Einfalt. Daran sollte der eine oder andere auch denken! Die Einfalt hat zwei Gesichter, sie hat das des Dummen, und sie hat das des Skrupellosen. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, vor wem ich, als Bürger dieser Stadt Steyr und als Bürger dieser Republik Österreich, mehr Angst haben muß: Vor dem Dummen oder vor dem Skrupellosen? Ich weiß nicht! Beides ist gleich gefährlich! Und beides ist gleich unberechenbar. Wenn jemand nur um des eigenen Vorteils willen Dinge entscheidet, so begiebt er sich weit über die Grenzen von Demokratie. Wenn jemand aus Unvermögen entscheidet, so ist das eine läßliche Sünde. Wenn jemand aus Dummheit Entscheidungen trifft, dann hat das in der Politik nichts verloren! Das möchte ich bitte auch einmal anmahnen. Wir haben es aber offensichtlich nicht mit der zweiten Form zu tun, weil sonst würde ich ja jemanden, der hier im GR ist, den Verstand absprechen. Also kann es nur an der Skrupellosigkeit liegen, die diesen Antrag stellen läßt. Denn die Verantwortlichkeit, die für die Finanzen dieser Stadt vorgeschützt wird, ist meiner Meinung nach - und gestatten sie mir das bitte wirklich, daß ich das so sage - wirklich der Vorwand dafür, daß man das System "madig" macht. Nicht das System als "Heilige Schrift", sondern das System als die gelebte Demokratie in dieser Bundesrepublik Österreich, die wir sind, und die wir sein wollen, und die wir bleiben müssen, wenn wir Dinge oder Zustände vermeiden wollen, welche 1938 die Welt mit Krieg überzogen haben. Denken wir doch bitte auch darüber nach, und fragen wir doch ehrlich unsere Bürgerinnen und Bürger, ob das Vermeiden einer Diktatur die paar hunderttausend Schilling nicht doch wert sei. Das glaube ich wirklich, ganz ernsthaft! Ich sage nicht, daß die Mandatare der freiheitlichen Partei dieser Diktaturgesinnung angehören. Ich will nur damit sagen, daß die Verächtlichmachung von Systemen und das Zerstören des Zusammenhaltes der sich politisch betätigenden Gruppen, durchaus diese Gefahren provozieren könnte. Nur, damit nicht wieder recherchiert werden müßte, ob ich nicht gegen irgend jemanden, irgend etwas Böses gesagt hätte. Ich stehe dazu, die Demokratie lebt von den politischen Parteien. Und jedes Land, das versucht hat, Demokratie ohne Parteien zu leben, ist an diesem Versuch zugrunde gegangen. Die alten Griechen haben die Form des Areopages gehabt, das Scherbengericht. Wo man einfach gewürfelt hat, mit bunten Tonkugeln. Und wohin der Herr den Schimmel lenkte, dort war die Entscheidung. Ich glaube, daß das auch nicht die Qualität ist, die wir haben wollen. Es hat Zeiten gegeben, in denen Entscheidungen nach dem Vermögen derjenigen, die

im Beschlußgremium saßen, getroffen wurden. Das hat es tatsächlich gegeben. Stimmen nach Vermögen! Heute reden wir in einer Gesellschaft, die aus den beiden Kriegen soviel gelernt haben sollte, daß ihr die Vielgliedrigkeit etwas wert sein muß. Über diese Vielgliedrigkeit, meine Damen und Herren, möchte ich mich wirklich nicht hinwegsetzen, weil sie das reizvolle an unserem Staat ist. Ich glaube, ich glaube es wirklich, daß man mit den öffentlichen Geldern in dieser Richtung durchaus bewußt umgeht, wenn man Parteienvielfalt fördert. Es mag sein, auch etwas bewußter, als wenn man aus eingerichteten Sozialfonds Härtefälle im eigenen Freundeskreis erledigt, oder aus öffentlichen Geldern Möbel und Bekleidung kauft, oder Vereins- und Kulturförderung betreibt, mit Mitteln, die man für Fernsprechanchlüsse erhält.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Holub, diese Verbindung, die sie zwischen dem gestrigen Film und der Steyrer Parteienfinanzierung hergestellt haben, die kann ich nicht nachvollziehen. Es ist schon etwas stark, was sie da gesagt haben und von sich gegeben haben. Ich muß diese Verbindung entschieden zurückweisen.

ZWISCHENRUF STR. KARL HOLUB:

So ist es nicht richtig zitiert. Ich habe deutlich gesagt, ich meine nicht die FPÖ in Steyr. Ich habe gesagt, daß man es provoziert. Bitte bleiben sie bei der Wahrheit.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir reden über die Parteienfinanzierung in Steyr. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Schwager.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, dann fangen wir aber bei ihnen an, die Schulungsbeiträge zu streichen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Das ist nicht mein Geld. Überhaupt nicht. Aber es ist meine Demokratie und mein Heimatland Österreich! Und das lasse ich mir bitte nicht "madig" machen!

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich verstehe die Aufregung des Herrn StR Holub nicht ganz. Ich teile mit dir jede Sorge um eine Demokratie, wo sie angebracht ist. Aber die Sorge um die Demokratie - dort wo sie angebracht ist, wollen wir dabei bleiben. Die Demokratie in Österreich wird nicht darunter leiden oder davon gewinnen, ob jetzt diesem Abänderungsantrag in der vorliegenden Form Folge geleistet wird oder nicht. Was wir damit sagen wollten, ist an sich ganz klar gesagt worden. Nämlich, daß wir einfach Geld sparen wollen, dort wo man Geld sparen kann! Und es liegt bitte am System.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Darf ich vielleicht einmal ausreden! Herr Vorsitzender, vielleicht können wir einmal ein bisschen „Sitzungspolizei“ üben, wie es so schön heißt. Das System der Finanzierung als solches wird ja auch nicht in Frage gestellt. Sondern, was wir hier mit unserem Abänderungsantrag wollen, ist, daß die Beträge - einerseits Sockelbetrag und andererseits die Beträge pro Mandat - herabgesetzt werden. Na bitte, ist das nichts anderes als sparen. Daß man das jetzt mit Dummheit oder Skrupellosigkeit in Kombination bringt, das finde ich nicht sehr in Ordnung. Dummheit müssen wir leider hin und wieder erleben. Ich hoffe, nicht hier in diesem Raum. Ich darf nur darauf verweisen, daß wir immer wieder auch mit Postillen konfrontiert werden, die einen Art „quasi, nicht nur quasi“, sondern „De-facto-Analphabetismus“ aufzeigen, das man nicht einmal in der Lage ist, einen Namen irgendwo abzuschreiben, ich meine, das trifft auch rosa Zeitungen. Ich möchte ihnen schon nahelegen, diesem Abänderungsantrag nahe zu treten. Denn wir verstehen die Politik auch in der Form, und das gehört für uns auch zur Demokratie, daß man Gruppen nicht ausgrenzt, egal ob sie jetzt zwei Mandate haben oder acht oder neun. Das ist richtig, das wäre der verkehrte Weg. Es geht meines Erachtens nicht darum, daß wir über die Gemeinde Gelder beschließen, sondern es geht um die Umgangsformen untereinander. Auch wenn der Rückzug, der formell sicher und verbal und rethorisch vollkommen in Ordnung war, von der Distanzierung der Freiheitlichen Partei zu den Vorgängen 1938 in Österreich und ab 1928 im Reich hier vorgenommen wurde, so ist doch die Argumentation sehr - sagen wir einmal - coloriert in der Richtung, als wäre hier unsere Demokratie in Gefahr, wenn wir hier diese Beträge jetzt nicht kürzen, so wie wir uns das vorstellen. Demokratie ist eine Auffassungssache, aber nicht eine reine Geldsache! Es kann uns keiner unterstellen, wie wir hier sitzen, daß wir dieses Mandat vielleicht des lieben Geldes willen ausüben! Da weiß ich mir ehrlich gesagt etwas Besseres in dieser Zeit zu tun. Das bedarf keiner langen Nachrechnerei. Und wenn wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Beträge in Summe natürlich die Stadt entlasten, so ist das auch in dieser Form ernst zu nehmen und wird nicht als populistisch abgetan. Das möchte ich aufs äußerste zurückweisen. Wir verstehen uns dazu, daß man Finanzierungen auch auf eine andere Weise zustande bringen muß, als auf Kosten des Staatsbürgers. Ich bitte sie daher nochmals, überlegen sie sich, ob sie dem Staatsbürger immer auf der Tasche liegen wollen. Oder, ob man nicht doch auch dort anfangen kann zu sparen, wo es um einen selbst geht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Als nächster hat sich Herr GR Fürweger zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

GEMEINDERAT GÜNTHER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Eigentlich geht es um S 237.000,--. Um ein Minus von 20 % auf 30 %. Ich glaube, der Bürgermeister sollte uns dankbar sein, wenn meine Fraktion sagt:

"Wir können auch weniger erhalten!". In Zeiten des Sparens glaube ich, ist dies angebracht. Wir könnten auch die einzelnen Fraktionen einmal befragen, ob sie ein Nullbudget anstreben, wie wir es beim allgemeinen Budget immer wollen. Ich stelle die Fragen: „Was müßte eine neue Partei machen?. Hat die da überhaupt eine Chance?“ Da sich nur die alten Parteien, die hier herinnen sitzen, das Geld aufteilen. Haben die eine Chance? Haben die einen Sockelbetrag? Haben die ein Büro? Von wem bekommen die dann das Geld? Müssen die dann betteln gehen? Wir müssen auch das einmal hinterfragen. Aber es geht nicht an die Substanz. Ich glaube, sicher nicht! Es geht um S 237.000,--. Für die jungen Zuhörer; es geht im Stadtsenat um S 110.000,--, die hier herinnen nicht besprochen werden. Es geht um neue Fenster beim Minigolfplatz im Resthof, weil es dort im Winter so hineinzieht. Minigolf spielt man aber nur im Sommer. Dort wird eben ein Gasthaus ausgebaut, auf Kosten der Steuerzahler. Das muß man auch einmal sagen! Hier geht es um andere Beträge, die aber hier überhaupt nicht diskutiert werden. Es geht hier um S 237.000,--, die wir einsparen wollen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, als nächster hat sich Herr StR Bremm gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es bleibt mir nicht erspart. Ich wollte mich eigentlich nicht in der Diskussion, die durch einen solchen Antrag entstanden ist, zu Wort melden. Es wurde schon vieles gesagt. Die Situation dazu zubenützen, um hier wirklich sinnvolle Einrichtungen, die im Interesse unserer Bevölkerung, gerade im Interesse unserer Jugend hier geleistet werden so darzustellen, wie wenn Fenster in einem Sportheim, in einem Klubheim eines Sportvereines in Verbindung gebracht werden mit Parteienfinanzierung, ich glaube, daß ist, so wie es bereits angesprochen wurde Populismus. Populismus steht hier hinter diesem Antrag. Ob es das wirklich rechtfertigt, ich glaube, daß das äußerst unseriös ist, hier zu sagen, daß der Minigolfklub Resthof Fenster in das Klubheim einmauert, damit dort - daß ist auch die Disziplin in ihrem Verein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich glaube, daß war der Herr Holub. Es ist aber egal.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Weil er nie zuhört, einmal dreht er sich nach vorne und einmal nach hinten. Ich habe es mir gemerkt, ich bin gespannt, ob ihre Kollegen einmal zuhören - auch zur Sache. Zu sagen, daß der Minigolfklub Resthof dort ein Gasthaus betreibt, ist eine enorme Unterstellung, ich weise dies auf das Äußerste zurück. Eine Reihe von ehrenamtlichen Funktionären haben dort eine Sportstätte errichtet, und betreiben sie für die sporttreibende Jugend und für die sporttreibenden Menschen. Das dann so abzuqualifizieren, daß dort ein Wirtshaus betrieben wird, das entbehrt jeder Grundlage. Ich kann das wirklich nur zurückweisen. Ich würde schon im Interesse des Sportes ersuchen, sich zu überlegen, was man hier sagt, wenn man sich hier zu Wort meldet. Damit dienen wir keinem guten Zweck.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ja, doch noch eine, Herr Oppl bitte. Gibt es dann noch weitere Wortmeldungen? Nein.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren. Nur ganz kurz zu den angesprochenen Kürzungen von 30 %. Ich habe mir jetzt während der Debatte erlaubt, schnell - wie man so schön sagt "zu Fuß" - die tatsächlichen Prozente auszurechnen, die zwischen den ursprünglichen Beträgen, die seinerzeit ausgehandelt wurden und dem Vorschlag, den die F jetzt eingebracht hat, bestehen. Wenn ich mich nicht extrem verrechnet habe, dann würde das für die SP-Fraktion ein Minus von 25%, für die F ein Minus von ziemlich genau 30%, für die ÖVP ein Minus von 30,9 % und für die GAL ein Minus von 41 % bedeuten. Soviel zu der Ausgewogenheit und von der immer wieder dargestellten Gleichberechtigung der Fraktionen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir zum Schlußwort. Der Herr Bürgermeister wird wahrscheinlich ein Schlußwort dazu sagen. Ich sage nur dazu: „Offensichtlich sind hier einige am "falschen Fuß" erwischt worden, daß die Debatte so lang gedauert hat“. Herr Bürgermeister, bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte es ganz kurz machen. Erstens glaube ich, daß es ohne Parteien keine Demokratie gibt und ohne Demokratie keine Freiheit. Zweitens glaube ich, daß die einzige seriöse Finanzierung der Parteien eine solche ist, die sich aus Mitgliedsbeiträgen zusammensetzt und aus der öffentlichen Parteienfinanzierung. Ich akzeptiere es natürlich auch noch, wenn die Parteien ihr eigenes Vermögen auch dazu benutzen, um sich zu finanzieren. Zu andere Formen der Parteienfinanzierung, möchte ich eigentlich nicht zurück. Ich spreche das deswegen an, weil der Kollege Schwager nämlich gesagt hat, daß man sich auch in anderer Weise finanzieren kann. Diese Form der Parteienfinanzierung, durch Parteispenden von irgend welchen Unternehmungen und ich weiß nicht was alles, das haben wir ziemlich hinter uns gelassen. Gott sei Dank! Und es war nur möglich, das möchte ich zum Schluß sagen, weil man sich durchgerungen hat, eine öffentliche Parteienfinanzierung durchzuführen. Und daher möchte ich bitten, hier diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Ich glaube, daß der Antrag im Ansatz seriös ist, weil er mit derselben "Meßlatte" sozusagen bestimmt wurde, so wie auch andere Vereinigungen, Institutionen in ihrer Subventionszuteilung gekürzt werden. So soll es auch bei uns bei den Parteien geschehen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Nach dem Statut kommt nun der Abänderungsantrag zuerst zur Abstimmung. Ich lasse zuerst über den Abänderungsantrag der Freiheitlichen GR-Fraktion auf Reduzierung der Parteienfinanzierung um 30 % abstimmen, in Summe um 30 %. Wer ist für den eingebrachten Abänderungsantrag? 9 (F). Danke! Gegenprobe: Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Wer ist

dagegen? Dieser Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Wir kommen nun zum Hauptantrag über die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit. Es kommt nun zur Abstimmung. Wer ist für den vorliegenden Hauptantrag? Gegenprobe: Wer enthält sich der Stimme? 1 (F). Ich bitte, keine Diskussion in der Abstimmung! Herr Obrist, bitte keine Diskussion in der Abstimmung! Ich mache nur eine Gegenprobe. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? 1 (F). Bei einer Stimmenthaltung ist dieser Antrag angenommen. Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, ich bitte um Aufmerksamkeit für einen Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, der an den GR gerichtet ist, in dem die unterzeichnenden Mandatare des GR der Stadt Steyr gemäß § 12 (1) des StS in Verbindung mit § 6 der GO folgenden Antrag stellen.

5) Präs-71/96 Antrag der F-Gemeinderatsfraktion betreffend Resolution betreffend Einführung eines bundesweiten Tierschutzgesetzes;

Der GR möge beschließen:

Resolution:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr unterstützt alle Bestrebungen hinsichtlich der Einführung eines bundesweiten Tierschutzgesetzes. Er empfiehlt daher allen stimmberechtigten Steyrer Bürgerinnen und Bürgern dem beantragten Volksbegehren ihre Zustimmung zu geben. Eintragungsfrist vom 18. 3. 1996 bis einschließlich 25. März 1996. Es ist auch ein Beiblatt angeführt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Ich möchte mich zu diesen Antrag selbst zu Wort melden. Ich gehe wieder zum Podium, wenn es recht ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des GR, Herr Bürgermeister. Es gibt jahrzehntelange Bestrebungen in Österreich ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz zu haben. Es gibt die unterschiedlichsten Bestrebungen, das zu widerlaufen. Es gibt aber auch quer durch alle Fraktionen, den Gedanken, für ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz. Nach 15a der österreichischen Bundesverfassung obliegt derzeit der Tierschutz dem "Selbständigen Wirkungsbereich" der einzelnen Länder. Neun, in vielen Bereichen sehr unterschiedliche Landestierschutzgesetze, machen das Tierschutzrecht unübersichtlich und in mehreren Bereichen widersprüchlich, vor allem aber in vielen Bereichen ungerecht. Zum jetzigen Zeitpunkt kann das Thema Tierschutz in keinem Bundesland, in keinem Bereich als zufriedenstellend geregelt angesehen werden. Wir haben in OÖ

ein neues Landestierschutzgesetz, das nach viel "Bauchweh", nach jahrelangem Verschieben, nach fünf Jahren Diskussion und dann doch überstürzt und überhastet, mehrheitlich - nur mehrheitlich, das ging auch quer durch alle Fraktionen und Parteien - letztes Jahr beschlossen worden ist. Es tritt am 1.3.1996 in Kraft. Aber selbst hier hat man zum Anlaß genommen und das war der Anlaß dafür, warum ich mich auch sehr einsetze, daß man OÖ nicht als Pilotprojekt hernimmt - das nicht zum Anlaß genommen, mit Experten der veterinärmedizinischen Universität ein Modell "Tierschutzgesetz" auszuarbeiten und hier einmal einen Beschluß zu fassen, an dem sich dann die anderen Bundesländer anhängen können. Derzeit sind nämlich bundesweit nur einzelne Dinge geregelt, wie zB ein grundsätzliches Verbot einem Tier ungerechtfertigt Leiden, Schmerzen oder Schaden zuzufügen, oder das bundesweite Tiertransportgesetz, oder die Vereinbarung über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft. Das ist ja auch erst letztes Jahr endgültig von allen Bundesländern unterschrieben worden. Das hat auch jahrelang gedauert, die gesetzlichen Regelungen im StGB - § 222, § 285a und § 1332a - das Tierversuchsgesetz und die gesetzliche Bestimmung für das Halten von Tieren im Rahmen gewerblicher Tätigkeit und Transportvorschriften für Post und Bahn zu beschließen. Alles andere obliegt, ich sage es fast bewußt, der "Willkür" des Gesetzgebers in den einzelnen Ländern. Ein bundesweites Tierschutzgesetz könnte zB auch die Probleme verhindern, die durch Verhängung eines nur in einem Bundesland geltenden Tierhaltungs- oder Umgangsverbotes entstehen, beseitigen. Eine Umgehung eines solchen Verbotes, durch Ausweichen in ein anderes Bundeslandes, wäre unmöglich. Wir leben sogar hier in Steyr unmittelbar an der Grenze zu NÖ. Etwas, das hier erlaubt ist oder hier nicht erlaubt ist, kann 5 km weiter erlaubt oder nicht erlaubt sein. Natürlich muß Bedacht genommen werden auf die Verfassungsmäßigkeit eines solchen Bundestierschutzgesetzes und auch auf die Richtigkeit in der Verfassung. Und zweitens muß natürlich auch Bedacht auf eine mögliche Kollision mit Bestimmungen der EU gemacht werden. Tierschutzexperten der veterinärmedizinischen Universität sollen dann einen Katalog erarbeiten und alle neun Bundesländer sollen dann gemeinsam eine bundesweite Diskussion beginnen, wo dann als Endergebnis ein bundesweites Tierschutzgesetz herauskommen soll. Ich fordere sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, höflich und dringend auf, dieses Volksbegehren zu unterstützen bzw. zu unterschreiben. Das Volksbegehren liegt vom 18.3.1996 bis einschließlich 25.3.1996 in den Gemeindeämtern auf. Unterstützen sie diese Resolution. Machen sie Werbung im Bekanntenkreis. Tiere haben keine Lobby, sie brauchen eine Lobby. Ich danke ihnen. Als nächstes hat sich Hr. StR Holub zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, der Herr VbGm. Dr. Pfeil hat uns aufgefordert eine Resolution zu beschließen, die in ihrem Wortlaut unter anderem heißt, daß der GR allen stimmberechtigten Steyrer Bürgerinnen und Bürgern empfiehlt, dem beantragten Volksbegehren ihre Zustimmung zu geben. Genau das möchte ich ihnen nicht empfehlen, diese Resolution zu fassen. Es mag sein, ich kann es nicht beurteilen, daß über das Tierschutzgesetz eine Diskussion zweckmäßig ist. Es mag sein, ich kann es nicht beurteilen, daß die Volksbefragung auf Bundesebene über die bundesweite Gestaltung des Tierschutzgesetzes zweckmäßig ist oder nicht. Der Bürger ist aufgerufen, im Rahmen einer Volksabstimmung darüber zu sprechen. Ich bitte sie wirklich, über die Materie, die im einzelnen bei uns im GR nicht in der vollen Breite bekannt ist, keine Resolution zu fassen, weil ich glaube, daß wir damit unsere Bürgerinnen und Bürger mit dieser "Ratgebung" zu unrecht beeinflussen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Als nächstes hat sich Herr StR Spanring gemeldet.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, liebe Gäste! Es steht in der Resolution: „Der GR empfiehlt daher allen stimmberechtigten Steyrer Bürgerinnen und Bürgern dem beantragten Volksbegehren ihre Zustimmung zu geben“. Ich denke, grundsätzlich bekennen wir uns alle zu einem umfassenden Tierschutz. Ich glaube, daß viele meiner Kolleginnen und Kollegen dieses Volksbegehren auch unterschreiben werden. Ich auch. Wahrscheinlich werde ich gehen, und es unterschreiben. Aber so eine Resolution oder eine Aufforderung finde ich in dieser Form demokratiepolitisch bedenklich, wenn ein öffentliches Gremium, wie der GR, eine Empfehlung für ein Volksbegehren oder eine ähnliche demokratische Form abgibt. Dies sollte vielmehr, meiner Meinung nach, ausschließlich Vereinen, Privatpersonen oder aber auch Parteien überlassen bleiben. Aber nicht einem öffentlichen Gremium, wie es der GR ist. Und daher wird die sozialdemokratische Fraktion Stimmenthaltung üben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meldet sich noch jemand zu Wort? Herr Dr. Tilman Schwager, bitte!

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich möchte nur der Form halber ankündigen, warum ich mich der Stimme enthalten werde. Das ist ganz einfach deswegen der Fall, weil ich als Ausschußmitglied der Rechtsanwaltskammer eine Stellungnahme zum OÖ Landestierschutzgesetz abzugeben hatte, und ich mich damals auch mit entsprechenden Verfassungsfragen herumschlagen mußte, die eben hier eingreifend wirken. Daher kann ich nicht über meinen Schatten springen. Ich bitte um Verständnis.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im GR. Ich bin mir vollkommen sicher, daß sie, Herr Dr. Pfeil, und auch ihre Fraktion, diesen Antrag positiv und gut meinen. Ich darf sie aber nur erinnern - weil der Kollege StR Spanring gesagt hat, es sei demokratiepolitisch bedenklich, und so ähnlich, glaube ich, hat es auch der Herr StR Holub gemeint,. Wir haben voriges Jahr einen Antrag der SPÖ ablehnen müssen, der so ähnlich gelaftet hat. Und auch in Richtung EU, wo wir gesagt haben, es kann nicht Aufgabe des GR sein, hier Empfehlungen auszusprechen. Ich könnte mir aber denken, nachdem ich glaube, daß dieser Antrag von Grund her gut ist, wenn wir diesen Satz hier hinausstreichen, daß wir unter Umständen dieser Resolution zustimmen könnten. Dieser lautet: "Er empfiehlt daher allen stimmberechtigten Steyrern". Wenn man das herausstreicht. Der GR unterstützt Bestrebungen hinsichtlich der Einführung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn das ein Abänderungsantrag gewesen ist, dann sollte er schriftlich erfolgen. Dann würde ich sie bitten, streichen sie das durch und geben sie mir den Zettel. Dann ist der Form genüge getan. Dann können wir darüber abstimmen. Ich möchte selber noch einmal kurz dazu Stellung nehmen, weil mir dieses Thema schon sehr wichtig ist und ich - fern von jeder Art dieses zu verniedlichen oder wegzuweisen bin. Ich bin schon über einige Stellungnahmen erschüttert. Das geht uns alle nichts an. Das ist Sache des Bürgers. Dafür machen wir uns nicht stark. Man sollte das ernst nehmen. Ich glaube, wir sind jene, die in der Öffentlichkeit stehen. Wir sind Vorbilder. Ich kann ihnen gerne jetzt oder nachher, jederzeit auch noch Unterlagen geben. Wie zB: "Zu welchen Problemen die einheitlichen Regelungen führen". Darüber gibt es eine ganze Diplomarbeit. Besonders betrifft es natürlich die Nutztiere. Schlachtung, Tötung, Eingriffe ohne Betäubung sind in manchen Bundesländern erlaubt. Das muß man sich einmal vorstellen! Das muß man sich vorstellen! Bei erwachsenen Tieren Eingriffe, wie Kastrationen ohne Betäubung. In anderen Bundesländern ist das verboten. Also es ist hier dringend notwendig, in dieser Sache, den Gesetzgeber wirklich aufzufordern, hier etwas zu tun. Da finde ich überhaupt nichts dabei. Ich finde es sogar richtig und wichtig, daß der GR der Stadt Steyr hergeht und sagt: Wir unterstützen das! Aber ich kann auch gut leben wenn wir den Satz, wenn es der Sache hilfreich ist, herausstreichen. Wenn wir den abgeänderten, also einen Abänderungsantrag, über den wir zuerst abstimmen, zur Kenntnis nehmen. Herr StR. Holub, bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren des GR. Wenn sie dem Vorschlag Folge leisten, den zweiten Absatz der Resolution entfallen zu lassen, bleibt folgendes stehen: Der GR der Stadt Steyr unterstützt alle Bestrebungen hinsichtlich der Einführung eines bundesweiten Tierschutzgesetzes. Eintragsfrist vom 18.3.1996 bis einschließlich 25. März 1996. Nicht nur, weil es nicht deutsch ist, halte ich das nicht für sehr zweckmäßig, sondern weil ich auch nicht glaube, daß der GR der Stadt Steyr als Körperschaft alle Bestrebungen hinsichtlich der Einführung eines bundesweiten Tierschutzgesetzes unterstützen kann. Er weiß ja nicht, wie sich die Bestrebungen ausformen. Das sollte man nicht machen! Man soll so eine Resolution mit diesem Text, wenn der zweite Absatz fehlt, überhaupt nicht fassen. Wenn sie eine Resolution fassen wollen, dann könnten sie höchstens die Bürgerinnen und Bürger auffordern - im Fall, daß sie das unterstützen - sich auch wirklich durch Beteiligung an der Volksbefragung zu äußern. Aber sonst gar nichts! Das ergäbe einen Sinn, weshalb der GR Resolutionen an seine Bürger verfassen kann. Alles andere überschreitet schlicht und einfach seine Kompetenzen. Woher maßen wir uns denn an zu wissen, wie alle Bestrebungen hinsichtlich der Einführung eines bundesweiten Tierschutzgesetzes ausschauen. Woher wissen wir denn das? Einfach zum Nachdenken, sage ich das jetzt. Wenn sie eine Resolution beschließen wollen, dann formulieren sie bitte als Aufruf an die Bürger, sich an der Befragung zu beteiligen.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF STADTRAT KARL HOLUB:

Ich beteilige mich auch an einer Befragung in der Form, indem ich nicht zustimme, indem ich nicht hingehe. Aber, wenn ich zustimme, dann gehe ich hin. Also, wer zustimmt, soll hingehen. Das ist eine Resolution, die der GR aus seinem Demokratieverständnis her fassen kann. Alles andere ist "Schall und Rauch"!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Man findet natürlich bei jedem Antrag ein "Haar in der Suppe", bzw. kann Argumente dafür liefern, warum man gerade dem nicht zustimmt. Ich weiß schon, die ÖVP hat hier Probleme dem zuzustimmen, weil es um ihre Bauern geht. Hier gibt es Probleme bei dem Artikel 15a, weil die glauben, sie schützen damit die Bauern und die können dadurch die Tiere billiger halten. Das ist das Problem. Da muß man über den eigene Schatten springen. Es gibt hier keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich bringe nun zuerst den abgeänderten Antrag der Resolution zur Abstimmung. Dieser besagt nurmehr, daß der GR der Stadt Steyr alle Bestrebungen hinsichtlich der Einführung eines bundesweiten Tierschutzgesetzes unterstützt. Ich ersuche sie, wer für diesen Antrag stimmt, ein Zeichen mit der Hand zu geben. 9 (1 GAL, 8 F) Danke! Wer enthält sich der Stimme?

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist der Abänderungsantrag! Es geht um den Abänderungsantrag - Enthaltung der Stimme. Wer enthält sich der Stimme? Danke. Wer ist dagegen? 4 Gegenstimmen_(VP). Müssen wir jetzt noch über den Hauptantrag abstimmen, Herr Magistratsdirektor?

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Ja, es muß noch abgestimmt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir kommen nun zur Abstimmung des ursprünglichen Antrages. Der andere war der abgeänderte Antrag. Wer ist für diesen Antrag? 7 (F). Danke. Wer enthält sich der Stimme? Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? Beide Anträge haben nicht die Mehrheit gefunden, ist das richtig? Ich bedanke mich und gebe den Vorsitz dem Hrn. Bgm. Leithenmayr zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und rufe 15 Minuten Pause aus.

PAUSE VON 16.40 BIS 16.58

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR, wir setzen unsere unterbrochene Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 6) fort. Den Antrag wird hier Hr. StR Spanring zum Vortrag bringen. Ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER ING. DIETMAR SPANRING ANSTELLE VON FRAU VBGM. FRIEDERIKE MACH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was ist hier für eine Ordnung? Da hat man es schwer! Frau Kollegin, setzen sie sich nieder!

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Meine Damen und Herren des GR, ich darf den Antrag in Namen der Referentin Frau Vbgm. Friederike Mach vorlegen. Es handelt sich dabei um eine gesetzliche Pflichtleistung. Der Antrag an den GR lautet wie folgt:

6) Fin-1/96 Rettungsbeitrag 1996:

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 22. Januar 1996 wird der Rettungsbeitrag für 1996 in Höhe von S 2.124.198,- in zwei gleichen Teilen zu je S 1.062.099,- am 1. April und am 1. Oktober an das Österr. Rote Kreuz, Landesverband Oberösterreich, entrichtet. Zu diesen Zweck werden die erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 2.124.200,-- (in Worten: zweimillioneneinhundertvierundzwanzig-tausendzweihundert) bei der VASSt. 1/5300/757000.2 freigegeben. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Entschuldigung, Rettungsmenschen bitte vortreten. Herr Hans-Dieter Götz kommen sie an das Rednerpult.

GEMEINDERAT HANS-DIETER GÖTZ:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben jetzt hier einen Antrag vor uns, von dem ich glaube und mit Recht annehmen kann, daß er mit Sicherheit hier einstimmig beschlossen werden wird. Ich habe dazu einige Anmerkungen. Es ist sicherlich viel Geld und trotzdem immer wieder zu wenig, was wir für diese Organisationen ausgeben können. Denn der Bürger verlangt mit Recht, von uns allen, die dort arbeiten, daß er rund um die Uhr, Samstag, Sonntag usw. immer betreut wird. Diese Dinge kosten einfach sehr, sehr viel Geld. Es werden sehr viele Geldleistungen

durch freiwillige Leistungen ersetzt. Dazu möchte ich folgendes kurz anmerken. Wir haben in diesem Jahr das Jahr der Freiwilligkeit. Da glaube ich, sollte man wieder einmal über die Freiwilligen einige Worte sagen, und auch die Leistungen, die erbracht werden, würdigen. Ich möchte ihnen dazu nur einige Zahlen mitteilen. Wir haben im Bezirk Steyr, 134 aktive, freiwillige Helfer. Männer und Frauen gemeinsam, welche eine Stundenleistung von 31.400 Stunden unentgeltlich zur Verfügung stellen. Für die Stunden alleine, wenn man die nur mit einem Betrag von ca. S 300,- ansetzt, ergibt sich eine Summe, die gespart wird von rd. S 6,3 Mio. In diesen 31.400 Stunden sind die Stunden noch nicht integriert, die noch zusätzlich von diesen Leuten geleistet werden. Dies sind insgesamt ca. 8.000 Stunden, die zur Ausbildung bzw. für den KHD dh. Katastrophendienst oder ähnliche Hilfsdienste aufgewendet werden und selbstverständlich auch unentgeltlich geleistet wurden. Dh., das von diesen Mitarbeitern im Jahresschnitt ca. 295 Stunden geleistet werden. Ich glaube, das ist eine Leistung und eine Zurverfügungstellung der Arbeitskraft, die man nicht genug würdigen kann. Danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Lob für das Rote Kreuz vom Steyrer GR, ich bitte dies zu übermitteln. Weitere Wortmeldungen? Keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Antrag, bitte Herr Dr. Pfeil.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, in meinen einzigen Antrag heute geht es um eine Adaptierung eines Konzertlokales - um eine Förderung, in der Höhe von S 50.000,- im Bereich der ehemaligen Kassenhalle, die wir sobald wie möglich durchführen sollen. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den GR. Dieser möge beschließen:

7) Fin-136/95 Museum Industrielle Arbeitswelt; Adaptierung eines Konzertlokales; Förderung;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 14. Februar 1996 wird dem Verein Museum Arbeitswelt, 4400 Steyr, Wehrgrabengasse 7, eine Subvention in der Höhe von S 50.000,-- (fünfzigtausend) zuerkannt. Zu diesem Zwecke ist eine Kreditübertragung von S 50.000,-- (fünfzigtausend) von der VASSt 5/2590/010000.5 auf die neuzuschaffende VASSt 5/2590/777000.8 und die Freigabe des genannten Betrages aus dieser Voranschlagsstelle notwendig. Ich bitte um Diskussion bzw. um positive Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Ich sehe, das nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Tagesordnungspunkt - Herr StR Bremm bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. In meinen ersten Antrag geht es um einen Nachtragsvertrag zur Vereinbarung betreffend der Übernahme von Biomüll der Stadt Steyr durch den Bezirksabfallverband Steyr-Land. Es sind hier Ergänzungen gemacht worden. Unter Punkt 1 die Kosten für die Kompostierung von biogenen Materialien bei Anlieferung durch Private sind der Stadt Steyr zusätzlich zu verrechnen und unter Punkt 12, der Vertrag bzw. die Vereinbarung bedarf zu seiner Wirksamkeit der aufsichtsbehördlichen Bewilligung.

8) ÖAG-4183/89 Kompostierung biogener Abfälle; Vereinbarung betreffend Übernahme von Biomüll der Stadt Steyr durch den Bezirksabfallverband Steyr-Land; Vereinbarung vom 24. 6. 1994; Abschluß eines Nachtragsvertrages;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des gemeinsamen vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilungen für Privatrechtsangelegenheiten sowie Umweltschutz und Abfallwirtschaft vom 23. Januar 1996 wird dem Abschluß eines Nachtrages zu der zwischen dem Bezirksabfallverband Steyr-Land und der Stadt Steyr am 24. 6. 1994 abgeschlossenen Vereinbarung, folgenden Inhalts zugestimmt:

1) Punkt II. letzter Satz wird gestrichen und dafür folgender Passus eingefügt:

Die Kosten für die Kompostierung von biogenen Materialien bei Anlieferung durch Private sind der Stadt Steyr zusätzlich zu verrechnen.

2) In Punkt XII. wird folgender Satz eingefügt:

Der Vertrag bzw. die Vereinbarung bedarf zu seiner Wirksamkeit der aufsichtsbehördlichen Bewilligung. Ich ersuche hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Keine Gegenstimme. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

Beim zweiten Antrag geht es um die Änderung der Richtlinien für die Gewährung der Freilernmitteln. Die Richtlinien sind im Antrag angeführt. Es ist auch der gewünschte Zusatz für das Merkblatt angehängt. Ich ersuche auch hier um die Zustimmung.

9) Schu-12/96 Gewährung von Freilernmitteln für bedürftige Schüler; Änderung der Richtlinien;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 19. 2. 1996 werden für die Gewährung von Freilernmitteln an bedürftige Steyrer Schüler folgende Richtlinien beschlossen:

Richtlinien für die Beistellung von kostenlosen Lernmitteln an bedürftige Steyrer Schüler durch die Stadt Steyr

1. Schülern, die eine Pflichtschule in Steyr besuchen, deren Eltern bedürftig sind und die ihren Hauptwohnsitz in Steyr haben, werden Lernmittel kostenlos zur Verfügung gestellt.
2. Bedürftigkeit liegt dann vor, wenn das monatliche Familiennettoeinkommen die jeweils gültigen Richtsätze der OÖ. Sozialhilfeverordnung 1993 i.d.g.F. nicht übersteigen.
3. Zur Einkommensbemessung werden nur Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr berücksichtigt. Kinder, die eine Lehrlingsentschädigung erhalten bleiben unberücksichtigt.
4. Zweckgebundene Zuwendungen, wie Familienbeihilfen, Hilflosenzuschüsse, Pflegegeld, Blindenbeihilfen u.ä. werden nicht zum Einkommen gerechnet.
5. Bei Alimentationsleistungen eines Elternteiles für Kinder, die nicht dem gemeinsamen Haushalt angehören, ist der zu leistende Unterhaltsbeitrag vom Familieneinkommen in Abzug zu bringen.
6. Das nach der Geschäftseinteilung zuständige Mitglied des Stadtsenates kann bei Vorliegen berücksichtigungswürdiger Umstände Überschreitungen der Richtsätze im Einzelfall genehmigen.
7. Diese Richtlinien treten erstmals für das Schuljahr 1996/97 in Kraft.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher auch in diesem Fall gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Teile der ÖVP stimmen gar nicht mehr mit. Was ist denn da los?

ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie sind dafür, der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Berichterstatter ist Hr. StR. Eichhübl. Ich bitte ihn vorzutreten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister; meine Damen und Herren des GR. Beim ersten Antrag, den ich ihnen vorzutragen habe, geht es um einen Verlustersatz für 1995 - betreffend Stadtbad und Kunsteisbahn. Ich darf ihnen den Antrag des Stadtsenates verlesen.

10) Stw-72/95 Stadtwerke Steyr; Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn; Verlustersätze 1995;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 18.01.1996 wird dem teilweisen Ersatz der im Rechnungsjahr 1995 in den Teilbetrieben Stadtbad und Kunsteisbahn erwirtschafteten Verluste (Gesamtverlust ca. S 9.440.000,--) zugestimmt. Zum genannten Zweck wird der Betrag im Ausmaß von S 4.000.000,--(in Worten: Schilling viermillionen) bei der VSt. 1/8790/759200.5 (Rechnungsjahr 1996) freigegeben.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über meinen Antrag vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt. Das ist nicht der Fall. Die Verluste werden zur Kenntnis genommen. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den Verlust zu ersetzen, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der zweite Antrag, den ich ihnen vorzubringen habe meine Damen und Herren des GR, werter Herr Bürgermeister, betrifft unsere Wasserversorgung und die damit verbundenen Überprüfungen des Wassers und die Einhaltung desselben. Im Amtsbericht werden die Kosten angeführt, auf die ich, glaube ich, vorerst nicht näher einzugehen brauche. Es handelt sich, das darf ich nur anmerken, in erster Linie um die wöchentlichen Untersuchungen. Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

11) Stw-2/96 Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung der Kosten 1995;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 1. 2. 1996 wird der Refundierung der Kosten zum Zwecke der Reinhaltung der Wasserversorgung für das Jahr 1995 in der Höhe von S 777.000,-- (in Worten

siebenhundertsiebenundsiebzigtausend) an die Stadtwerke Steyr zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Außermaß von S 777.000,-- bei VSt. 1/8790/728000.7 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diesen Antrag. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Eine Gegenprobe. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der dritte Antrag betrifft den Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr der Stadtwerke und einen damit in Verbindung stehenden Investitionskosten-zuschuß, sprich Kapitaleinlage für 1996. Da darf ich vorweg das sagen, was ich im Stadtsenat bereits berichtet habe. Nämlich, daß der Amtsbericht insofern einer Berichtigung bedarf, als daß ich veranlaßt habe, nachdem die genauen Kosten über die gelieferte Gasmenge an unsere Kunden für das Jahr 1995 noch nicht abgerechnet wurden, trotzdem eine Art Zwischenbilanz gezogen wird. Weil eben in diesem Amtsbericht ein drastischer Rückgang bei den Gewinnen auf Seiten des Gaswerkes auf etwa S 13,2 Mio vorerst registriert wurde. Aufgrund, wie gesagt, der nunmehr vorläufigen Abrechnung, schaut das doch etwas besser aus. Und zwar werden die Erträge im von mir genannten Gaswerkbereich etwa S 18,5 Mio betragen. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist natürlich die, daß in diesem Versorgungsbetriebeverbund auch teilweise die Erträge aus dem Gaswerk für die Verlustentwicklung im Verkehrsbetriebebereich verwendet werden. Einen Grund darf ich anführen, der sicherlich zu einer Reduzierung des Gewinnes im Bereiche der Gasversorgung geführt hat. Das war eine Vertragsänderung mit der OÖ Ferngas GesmbH. Und zwar hatten wir einen fast 5 jährigen leistungsfreien Zeitraum, der aber vertraglich eingeschränkt war. Das hat zwar in dieser Periode 5 Jahre gedauert. Minderaufwendungen von S 15 Mio bedeuten aber jetzt, nachdem diese Leistungsfreiheit nicht mehr gewährt werden kann, daß Mehraufwendungen von S 3.759.275,-- zu leisten sind. Das betrifft den damaligen Bericht vom 8. 11. 1994 und wurde auch im Ausschuß für kommunale Betriebe behandelt

12) Stw-3/96 Stadtwerke Steyr - Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr; Investitionskostenzuschuss (Kapitaleinlage) 1996;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 5. Februar 1996 wird den Stadtwerken Steyr/Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr zwecks Realisierung der im Jahre 1996 vorgesehenen Investitionsvorhaben ein Investitionskostenzuschuß in der Höhe von S 7.400.000,-- als Kapitaleinlage gewährt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 7.400.000,-- in Worten: Schilling siebenmillionen-vierhunderttausend bei der VAS 5/8790/779000.6 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fertig? Ich danke vielmals. Eine Wortmeldung? Herr Kollege Holub bitte. Ich erteile es ihm.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich möchte über die letzten Anträge in einem sprechen. Dr. Schwager hat sie mir mit auf den Weg gegeben. Da sind die beiden "Reizunterschriften" darauf, auf allen dreien? Muß ich das bemerken. Ja; selbstverständlich sind sie oben. Ich möchte noch einmal vorausschicken, das was ich jetzt sage, hat mit dem Referenten, mit seiner Person, nichts zu tun, sondern mit dem Geist, der in den dortigen jetzt gegenständlichen Betrieben herrscht. Man hat sich über die Finanzsituation in der Gemeindevertretung seit vielen Jahren Sorgen gemacht. Diese Sorgen sind aber in der befaßten Betriebsführung eher nicht sehr ernst genommen worden. Letztendlich ist dann eine Arbeitsgruppe „Verluststabilisierung“ eingerichtet worden. Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: "Verluststabilisierung". Dies wurde jetzt erst wieder, bei der letzten Ausschußsitzung für die Angelegenheiten der Stadtwerke in Umlauf gebracht. Mittlerweile heißt das ein bißchen anders. Aber es wissen alle, was ich mit dem Stadtwerkeausschuß meine. Mit dem "Deckblatt" Arbeitsgruppe zur Verluststabilisierung. Der Herr Kollege Schloßgangl hat das vor sich liegen.

Wenn man mit dem Geist an ein Thema herangeht und vielleicht dann erst noch Politiker aufmerksam machen muß, daß Verluststabilisierung nicht das Ziel sein kann - das heißt nämlich, auf der "Verlustschiene" weiterfahren wie bisher - sondern, daß es heißt, die Verluste zu minimieren.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Minimierung?

STADTRAT KARL HOLUB:

Es müßte Verlustminimierung heißen. So heißt es aber nicht. Das ist der "Jammer" dabei. Solange man sich nicht einmal dazu findet, den Namen zu ändern - das ist eine interne Arbeitsgruppe, diese Gruppe tagt im inneren Dienst. So also muß ich schon sagen: „Lieber innerer Dienst, korrigiere dein Vokabular, dann wirst du auch deine Einstellungen verändern können“! Wenn man die Einstellung nicht korrigiert, spannt sich die Serie noch viel weiter, als sie das ohnehin schon tut. Dann kommen so weise Ratschläge, wie Linien einstellen. Das ist schon klar, Linien einstellen bedeutet Verlust minimieren. Am effektivsten wäre so "christlich" gesehen, der öffentliche Verkehr dann organisiert, wenn er nicht stattfindet. Dann ist der Verlust auf "Null" minimiert. Jetzt glaube ich nicht, daß es richtig ist, das ohne gewissen volkswirtschaftlichen Blickwinkel zu sehen. Und so verstehe ich den Kommentar der Stadtwerke nicht - wieder ausdrücklich die Direktion der Stadtwerke - den sie zu Antrag Nr. 10) - Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn Verlustersätze 1995 - von sich gibt, daß seitens der Direktion jedoch zur Kenntnis genommen wird, daß für das Rechnungsjahr 1995 aus budgetären Gründen hier eine Teilverlustabwicklung in der Höhe von S 4 Mio. seitens der Stadt vorgesehen ist. Das mag sein, daß die Direktion das sieht, aber sie müßte jedenfalls mahnen, daß der Eigentümer der Betriebe eine Kapitalverantwortung hat. Es wird zwar bemerkt, daß entsprechend der bisherigen Vorgangsweise der Verlust zur Gänze ersetzt werden sollte, aber "die Direktion nimmt zur Kenntnis". Da liegt das "Kreuz". Wenn man nicht bereit ist, Dinge nicht zur Kenntnis zu nehmen, sondern tatsächlich zu bewegen, dann entwickelt sich das immer weiter. Es muß so sein, Zwangsläufig. Ganz logisch. Ich finde das auch sehr schlecht, daß zu diesem Zeitpunkt, in dem die Verlusthöhe den Stadtwerken schon bekannt war. Die kaufmännische Wahrheit ist auch nicht die von heute, daß man Verluste aus Regiebetrieben bedecken muß. Das ist die Wahrheit, bitte. Es ist jedenfalls ein dramatischer Fehler nur die Hälfte dieses Verlustausgleiches zu budgetieren. Wie wenn man damit ein Problem aus der Welt schaffen könnte, indem man es nicht zur Kenntnis nimmt. In diesem Geist habe ich auch verschiedene Äußerungen des ersten noch nicht veröffentlichten Papiers gesehen. Die Mitglieder des Ausschusses werden, so hoffe ich, wenn sie mitgetagt haben, über sehr vieles den Kopf geschüttelt haben. Was da an Vorschlägen an die staunende, jetzt noch nicht Öffentlichkeit herangetragen wird. Ich werde es nicht zitieren, was hier an Kuriositäten drinnen steht, weil es eben ein nicht öffentliches Papier ist. Ich stehe aber sehr gerne, unter vier Augen und außerhalb des Protokolls, mit Zitaten zur Verfügung, damit man auch erkennt wohin die gerichteten Tendenzen gehen.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

STADTRAT KARL HOLUB:

Nein! Das meine ich eher nicht! Aber, wenn du schon ein Beispiel hören willst, dann meine ich die

Erhöhung von Schlüsselkautionen als Gewinn zur Steigerung der Einnahmen. Irre ist das! Und in dem Geist geht es weiter! Und wir können uns gerne - so im Zuruf - über ein paar Sachen noch unterhalten. Ich halte es nur nicht für sehr gescheit, wenn man alles zitiert. Ich nehme an, daß der Ausschuß eine Äußerung der Empörung von sich gegeben hat. Ich bin nämlich Mitglied im Ausschuß. Sollte er es nicht getan haben, so nehme ich an, daß er diesen Ausruf sehr schnell nachmachen wird; Wenn er sich das Papier noch einmal genau vor Augen führt. Die Arbeitsgruppe „Verluststabilisierung“ ist schon aufgerufen, wirklich Sinnvolleres zu tun, als was sie bisher von sich gegeben hat. Vor allen Dingen, ihren Namen zu ändern! Das wäre mir ein sehr großes Anliegen. Das Werbekonzept der Stadtwerke, das ist ein uraltes Thema! Ein Werbevorschlag wurde vorbereitet. Aber leider war kein Marketingkonzept dahinter! Ich meine, mir tut der Roman Eichhübl, meine Damen und Herren, als Referent leid. Ich weiß nur nicht, wie lange ich das noch sagen muß. Irgendwie wäre es auch an der Zeit, nicht alle Schuld der Dienstaufsicht beim politischen Referenten zu suchen, sondern auch die internen Vorgänge sehr wohl zu durchleuchten. Ja, irgendwann müßte das der Referent auch tun. Das schon.. Du hast also wirklich das Pech, daß du dich in einer Loyalität zu deinen Beamten befindest, die von dort her sehr mißbraucht wird. Wirklich sehr mißbraucht wird! Du weißt das selber auch. Ich kenne dich gut genug, daß ich weiß, du leidest darunter. Ich glaube nur, du müßtest das denen auch einmal sagen, daß es so nicht weiter geht. So führen sie unsere Stadtbetriebe wirklich über den Jordan! Man zitiert gelegentlich aus Rechnungshofberichten - auch die Direktion der Stadtwerke tut das gelegentlich - wobei aber die Gegenrede zu dem Zitat nicht möglich ist, weil man die Berichte ja nicht kennt. Es ist also in höchstem Ausmaß merkwürdig, was sich jetzt vom hohen Tabor, wie vom Olymp im alten Athen, an Äußerungen herunterzieht über die Niederungen der Stadt bis herunter zum Rathaus. Und die Präpotenz, die von der Taborobrigkeit auf uns herunterströmt ist hier schon unbegreiflich! Es ist, glaube ich, nicht ganz unbekannt, was ich jetzt meine. Nur wenn wir hier den Tendenzen nicht wehren, die - nein, nicht wer dort am Tabor wohnt, sondern wer dort oben jetzt sein Büro hat und früher in der Färbergasse war, so müßte man das sehen. Wenn man den Tendenzen, die so ungebrochen weitergehen, nicht wehrt, dann werden wir uns noch ganz schön über den Niedergang der Stadtwerke wundern. Eigentlich muß man sich auch wirklich wundern, wie halbherzig die Stadt selbst ihre Kapitalverantwortung für ihren eigenen Betrieb wahrnimmt. Ein privater Betriebseigentümer, der mit seinem Betrieb so umginge, daß er zuerst die Verlustabdeckung zusichert und dann nur die Hälfte gibt, der würde sich einer strafbaren Handlung schuldig machen. Und wenn er dann noch so tun würde, als wäre das Ganze nicht wahr, dann wäre das der Sachverhalt der Krida. Kein anderes Thema wäre es! Ich nehme Dr. Tilman Schwager zum Zeugen. Jemand anderen über die schlechte Situation eines Unternehmens bewußt zu täuschen, bedeutet den Sachverhalt der Krida. Eindeutig!. Es gibt keinen anderen Ausdruck. Und ich warne davor, daß man in diesem Sachverhalt einmal auch wirklich in ein Verfahren hineingezogen werden könnte. Wie lange das so weitergehen soll, stelle ich ihnen allen selber zur Diskussion. Ich meine, daß die Bilanzen der Stadtwerke nicht nur ein schriftstellerisches Werk sind, sondern auch die kaufmännische Wahrheit über einen sehr großen Betrieb darstellen, die für die Stadt in seiner Dienstleistung unendlich wichtig ist. Ich glaube, es ist höchste Zeit, daß es Reformen gibt und keine Verluststabilisierung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als nächster hat sich Herr Dr. Pfeil zu Wort gemeldet. Bitte sehr!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren. Herr Holub, mir tut es leid, daß sie bei der Abschlußbesprechung, welche über die Prüfung des Rechnungshofes am 6. Dezember abgehalten wurde, nicht dabei waren. Da wurden viele dieser Probleme angesprochen, und es wurde auch auf die Ursachen eingegangen. Mir

ist auch noch kein Rechnungshofbericht bekannt. Also, soweit ich weiß, gibt es noch keinen! Aber ich habe ein sehr gutes Gedächtnis, und ich habe auch einige handschriftliche Aufzeichnungen von dieser Sitzung. Und da wurde schon sehr deutlich auf die Ursachen eingegangen, warum wir in einer derartigen fatalen Situation sind, besonders eben im Bereich unserer Verkehrsbetriebe. Ich darf nur ein Wort zitieren, daß sich der Rechnungshof einfach gewundert hat, daß es hier keine Trennung zwischen der wirtschaftlichen Notwendigkeit und einem politischen Auftrag gab. Bei der Einführung von Linien seit 1992 oder seit 1993 ist es zu einem stark steigenden, einem extrem steigenden Defizit gekommen, eben durch diese Einführung von neuen Linien. Der Rechnungshof hat sehr richtig bemängelt und festgestellt, daß es keine einzige Untersuchung dafür gab. Da gab es nur eine politische Weisung an die beiden Direktoren: Jetzt fährt dort! Jetzt brauchen wir neue Linien, neue Autobusse, Citybusse! Jetzt fährt doch dort hin, das haben wir versprochen!" Das ist das Problem. Das zieht sich strukturell vom Verkehrsbetrieb bis zum Altenheim durch. Es muß uns gelingen, strukturell etwas zu ändern. Strukturell, dh. die Verantwortlichkeit klären. Und, wenn eine wirtschaftliche Notwendigkeit vorliegt, dann kann und darf es nicht sein, daß durch eine politische Weisung ein wirtschaftliches Fortkommen behindert oder verhindert wird. Ich möchte die beiden Direktoren überhaupt nicht in Schutz nehmen und nichts beschönigen. Aber ich finde diese Behauptung höchst unpassend. „Verluststabilisierung“, da stellt es bei mir auch alle Haare auf! Aber das Papier, aus dem ich heute schon zitiert habe, aus dem Zusatzantrag bei der Budgetsitzung für das 95-iger Budget, haben wir hier alle gemeinsam beschlossen - ich darf diesen Absatz vorlesen, unter Punkt 8: "Wie in der Budgetklausur vereinbart, ist unverzüglich eine interne Arbeitsgruppe für die Erarbeitung von Maßnahmen zur Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs und zur Begrenzung des Defizits beim Versorgungsbetriebe-verbund einzusetzen". Wir haben es damals „Begrenzung des Defizits“ genannt. Die Unglücksraben haben es dann "Verluststabilisierung" genannt. Das Ergebnis ist in den letzten Tagen mit massiver Verspätung auf unsere Tische gekommen und sagt eigentlich genau aus, daß wir Handlungsbedarf haben. Extremen Handlungsbedarf! Da gehört auch dazu, daß wir den Mut haben, Leistungsrücknahmen zu diskutieren. Das gehört einfach dazu, weil wir unter extremer Nichtauslastung bei einigen entfernteren Strecken leiden. Man muß auch dieses Problem angehen oder alternative Systeme finden. Da bin ich auch der Meinung.. Aber sie werden das ja sicherlich auch gelesen haben, den Stand der Anrufsammeltaxis, die Diskussion darüber, wie weit das nicht gediehen ist. Nur strukturell muß es uns langsam in dieser Stadt gelingen, daß wir etwas ändern. Und ich komme zum Schluß noch einmal darauf zurück. Wer auch immer dort Direktor eines solchen Wirtschaftsunternehmens ist, muß die Handlungsmacht haben. Und das muß uns gelingen, politisch gelingen, daß wir dazu stehen. Und dann muß er auch die Einführung oder die Rücknahme einer Verkehrslinie vertreten können. Und dann muß er auch zum Verlust stehen, wenn er einen baut. Dann werden wir ihn fragen, warum er ihn gebaut hat und sagen, wie hoch der sein darf. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen?. Keine. Schlußwort Herr StR bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich danke. Meine beiden Vorredner haben ja bereits sehr viel vorweggenommen. Vor allen Dingen, was den Bereich der Verlustminimierung im Verkehrsbetrieb betrifft. Da hat ja der Herr Dr. Pfeil bereits darauf hingewiesen, daß das Vereinbarungen für das Budget 1995 waren, die damals getroffen wurden. Daß eben eine Projektgruppe errichtet wird, die konkrete Überbrückungen der derzeitigen Situation durchführt und daraus Rückschlüsse und Ergebnisse präsentiert. Daß man im Verkehrsbetrieb nicht nur den Verlust stabilisiert, sondern auch minimiert. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß es sich um ein sehr umfangreiches Konzept handelt. Wir haben das erst vor

kurzem im Ausschuß für kommunale Betriebe behandelt und sind so verblieben, daß wir den Fraktionen die Gelegenheit geben bis am 11.4., bis zur nächsten Kommunalausschußsitzung, das Thema neuerlich zu behandeln. Ich darf vielleicht doch einen Nachsatz anbringen, was die Situation der Verkehrsbetriebe betrifft, nämlich rechtliche, politische Situation. Und das erinnert mich sehr stark an die jetzt in den Fraktionen geführten Diskussionen über die mögliche Ausgliederung des APT. Ich habe dort nach diesem Vortrag auch sehr deutlich gesagt, es war nur unsere Fraktion, deshalb wiederhole ich meine Aussage: "Es dürfen keine ähnlichen Konstellationen geschaffen werden, wie das derzeit im Stadtwerkebereich ist!" Denn dann kann das nur so verlaufen, wie es jetzt läuft. Ich glaube, das kann nicht im Interesse der Mandatäre und auch der Bevölkerung der Stadt sein! Aber abschließend darf ich nur eine Bemerkung machen -nachdem ich ja auch zwischendurch mit den Herren vom Rechnungshof konfrontiert wurde und mit ihnen diskutiert habe - daß sie den Betrieb vorerst gar nicht überprüfen wollten, als sie nämlich den Status der Stadtwerke erkannt haben und vor allen Dingen den politischen Einfluß. Sie haben sich vorgestellt, daß es sich dabei um einen Betrieb handelt, bei dem die tatsächliche Verantwortung in erster Linie bei den dortigen Direktoren liegt. Natürlich, die politischen Entscheidungsträger sollen nicht und können auch nicht ausgeschlossen werden. Das ist schon klar, aber das Verhältnis ist sehr unausgewogen! Damit bin ich schon fertig, was diesen einen Bericht betrifft.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Das war das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag Nr. 12) stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Im Zusammenhang mit einer Finanzausweisung des Bundes, die ja jährlich bekannterweise für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke erfolgt, wird in diesem Antrag ersucht, daß eine Grundleistung von seiten der Stadt vorerst von S 1,2 Mio. an die Stadtwerke ausgefolgt werden soll. Daher lautet der Antrag des Stadtsenates an den GR:

13) Präs-31/83 Finanzausweisung des Bundes gem. § 20 Abs. 3 Z. 1 FAG 1993 für das Jahr 1996; Verkehrsbetriebe der Stadtwerke; Zuerkennung einer Grundleistung;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 8. Februar 1996 wird als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke für das laufende Rechnungsjahr 1996 ein Betrag von S 1.200.000,- bewilligt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 1.200.000,- (einmillionzweihunderttausend) bei der VSt. 5/8790/779000.6 bewilligt. Herr Vizebürgermeister, ich darf sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über meinen vorgetragenen Antrag durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe mittlerweile den Vorsitz übernommen. Gibt es Wortmeldungen dazu? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den vorgelegten Antrag? Danke. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Der nächste bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der letzte Antrag hat ja insoferne besondere Bedeutung, als daß dies der erste konkrete Schritt, untermauert durch einen Gemeinderatsbeschluß in Richtung Sanierung des Hallenbades ist. Allerdings, und das darf ich gleich auch vorweg sagen, wird das nicht nur mir so ergehen, sondern ich nehme an, vielen anderen Gemeindemandataren auch. Ich habe mir die Sanierung des Hallenbades Steyr unter anderen Voraussetzungen vorgestellt habe, nämlich unter Berücksichtigung des Beschlusses des GR der Stadt Steyr vom Dezember 1991, der ja eine Generalsanierung des Hallenbades vorgesehen hat. Inzwischen ist aber ein Ereignis eingetreten. Wie sie alle wissen, mußte das Hallenbad vor allen Dingen deshalb gesperrt werden, weil die täglichen Wasserverluste nahezu 30 m³ erreicht haben. Das war der Anlaß für die zuständige Behörde, eine weitere Betriebsgenehmigung für dieses Hallenbad zu untersagen. Ich bedaure, daß in den letzten Jahren die Verantwortungsträger auf politischer Ebene offensichtlich dieses Problem nicht so erkannt haben, sodaß es zu dieser Sperre gekommen ist. Aber wir stehen nun einmal vor der Tatsache, daß wir eine wesentlich eingeschränkte Sanierung in Kauf nehmen müssen. Dh. es sollen mehrere Etappen für diese Hallenbadsanierung vorgesehen werden. Jetzt geht es um die erste Ausbaustufe. Es soll vor allen Dingen das große Becken hergerichtet werden, um den Wasserverlust entsprechend einzudämmen. Die Sanitäreinrichtungen sollen erneuert werden, ebenso die Bodenheizung in der Schwimmhalle, deren Erneuerung ja inzwischen abgeschlossen wurde. Dann sollen auch entsprechende Verbesserungen in technischer Hinsicht einhergehen, was die Wasseraufbereitung betrifft. Die Lüftung der Schwimmhalle soll ebenfalls entsprechend erneuert werden. Ich darf ihnen aber nun den Antrag des Stadtsenates an den GR in diesen Zusammenhang verlesen.

14) Bau5-3862/88 Generalsanierung Hallenbad; Vergabe von Architektenleistungen; Änderung des Vertrages der Fa. Berndorf Metall- und Bäderbau GesmbH;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 19. 2. 1996 wird erstens der Auftrag an die Fa. Berndorf nach Abzug der Leistungen für die Ausschreibung des gegenständlichen Projektes die Vertragssumme von S 1.800.000,-- auf S 1.260.000,- reduziert, des weiteren die Honorierung der Vorleistungen in Höhe von S 500.000,-- genehmigt, 2. das Büro Tischler/Fischer, Linz, mit Ziv. Ing. Leistungen in Höhe von S 2.598.280,-- beauftragt, 3. für die Begleichung der Honorare nach Pkt. 1 und 2 vorerst die Freigabe der im Budget 1996 vorgesehenen Mittel in Höhe von S 4.358.280,-- bei VSt. 5/8330/010140.4 genehmigt. Ich darf sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR. Bremm. Bevor ich es ihm erteile, möchte ich anmerken, daß auch hier der Rechnungshof bei seiner Schlußbesprechung massive Kritik hat an den Stadtvätern geübt hat, die vor uns waren. Sie haben Beweise ausgegraben, wo der damalige Architekt hinweist, daß dieses Hallenbad eine Lebensdauer von nur 15 bis maximal 20 Jahre hat. Entweder, so wörtlich, wird es dann abgerissen oder generalsaniert. Es ist in Billigvariante gebaut worden mit mangelnder Bauaufsicht, Baumängel, Kältebrücken und mangelhafte Wärmedämmung.

STADTRATGERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Thema ist schon sehr abgedroschen und das Hallenbad wird ja schon sehr viel strapaziert, aber wenn man hier zündelt, dann kann man das nicht unbeantwortet lassen. Ich hätte wirklich nichts dazu gesagt. Wenn aber der Roman Eichhübl hier nicht zur Kenntnis nehmen will und immer wieder damit beginnt, daß die Mehrheitsfraktion und die Verantwortlichen in der Stadt, und da meint er natürlich die Sozialdemokraten, die Schuldigen und die Verursacher sind, daß das Hallenbad heute in diesem Zustand ist, daß es im Winter nicht benützt werden kann, dann ist das wiederum zurückzuweisen, lieber Roman.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es hat es ja heute schon der Herr Bürgermeister schon angeschnitten, was deine politische Aussage zu diesem Thema im Jahr 1991 gewesen ist. Ich glaube, es dient und hilft keinem, wenn wir hier jetzt Forschung betreiben, ob 1966, oder wann das Hallenbad erbaut worden ist, ob das damals schon technisch so mangelhaft ausgeführt worden ist, daß es schon zu erwarten war, daß es 1995 zur kommt. Ich glaube, das hilft uns nicht, sondern wir sollten hier gemeinsam die Bestrebungen anstellen, daß es so rasch wie möglich für die Öffentlichkeit wieder geöffnet wird. Wenn du vielleicht hier etwas dazu beitragen willst, lieber Roman, dann muß ich auf den Stadtsenat zurückkommen und da muß ich Karl Holub beipflichten, wenn hier schon eine Auflistung von Namen genommen wird, dann wäre es deine Aufgabe als zuständiger Referent, daß du das dann vollständig machst. Ich weiß schon, der Sieg hat viele Väter, die Niederlage nur einen. Wenn er schon viele Väter haben soll, dann sollen wirklich auch alle Väter angeführt werden. Du weißt es, Karl Holub, du hast es ja selber auch im Stadtsenat von der humoristischen Seite her betrachtet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es noch Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke. Ein kurzes Schlußwort darf ich mir erlauben. Der Kollege Bremm ist ja derjenige, der ansich immer wieder in Erinnerung rufen möchte, daß ja die Freiheitlichen, damals war ich allerdings alleine hier im Gemeinderat, die Verhinderer der Hallenbadsanierung gewesen sind. Ich bin dir dankbar dafür, weil das gibt mir Gelegenheit wieder aus einem Protokoll zu zitieren. Es betrifft das Protokoll des GR vom 20. September 1990, und da war auch unter anderem der Kollege Bremm anwesend. Was ich hier von dieser Stelle aus gesagt habe, ich habe mich auf die Stellungnahme in der Öffentlichkeit der Freiheitlichen Partei damals bezogen und habe zur Situation Hallenbad folgendes ausgeführt: Ich habe damals empfohlen, in zwei Schritten vorzugehen. Einerseits zu klären, von wo die finanziellen Mittel zu erhalten sind, denn die Stadt kann sich sicherlich ein solches Vorhaben, damals waren ja Beträge zuerst von über S 100 Mio. dann S 60 Mio. genannt usw., in dieser Finanzsituation nicht leisten. Zweitens eine Volksbefragung durchzuführen, ob die Bevölkerung einen Umbau oder eine Sanierung des Hallenbades wünscht. Das ist die Tatsache der damaligen Geschichte, also nicht verhindern, sondern wir waren serwohl der Auffassung, besonders ich als Gemeindemandatar, daß in diesem Bereich etwas zu geschehen hat. Ich darf jetzt wirklich sehr deutlich sagen, daß das Hallenbad, welches am 12. November 1970 damals eröffnet wurde und auch in den Unterlagen der damaligen Architekten schriftlich festgehalten - ich habe mich sehr intensiv damit befaßt - sehr eindeutig hervorgeht, daß das Hallenbad eine Lebensdauer von 15 bis 17 Jahre maximal haben wird. Daher hat es auch bereits 1987 von seiten der Direktion der Stadtwerke

entsprechende Anforderungen in finanzieller Hinsicht gegeben, die an die Stadt gerichtet wurden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe. Wer enthält sich der Stimme? Wer ist gegen diesen Antrag? Ich darf Einstimmigkeit protokollieren lassen und gebe ich den Vorsitz wieder an Hrn. Bürgermeister Leithenmayr zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz. Nächster Antragsteller, Hr. StR. Karl Holub bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

Ich habe ihnen einen eigenen und einen fremden Antrag aus dem Ressort Alten- und Pflegeheim Tabor vorzulegen. Der erste betrifft die Aufnahme eines Förderungsdarlehens für das Alten- und Pflegeheim Tabor, mit dem der Umbau von Schwesternstützpunkten, also die zusätzliche Errichtung und die Umbauten von Schwesternstützpunkten finanziert werden soll. All jene, die in der letzten Zeit so forsch waren, in der Öffentlichkeit auszusagen, daß ich mich nicht um die Finanzierung von Vorhaben kümmere, sei in das Stammbuch geschrieben, daß ich es war, der die Dienstnehmer darauf aufmerksam gemacht hat, daß es für den Aus- und Umbau von Heimen auch Wohnbauförderungsmittel gibt. Ich habe auch denen, die die Anträge machen müssen, die Höhe genannt, und ich habe ihnen auch gesagt, wie man das beantragt. Ich habe letztendlich auch durch mein persönliches Einschreiten beim Amt der OÖ. Landesregierung bewirkt, daß die ursprünglich negative Stellungnahme in eine jetzt positive umgewandelt wurde. Letztendlich haben wir dann doch 50 % der Mittel für den Förderanteil der Maßnahmen bekommen. Wenn sie jetzt zustimmen, wird ein Förderungsdarlehen in Höhe von S 3.459.000,-- aus Wohnbauförderungsmitteln uns helfen, das Alten- und Pflegeheim weiter zu sanieren. Ich bitte um Zustimmung.

15) BauH-143/94 Aufnahme eines Förderungs- darlehens für das Alten- und Pflegeheim Tabor; Umbau Schwesternstützpunkte;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 3. 1. 1996 wird der Aufnahme eines Wohnbauförderungsdarlehens in Höhe von S 3.459.000,-- beim Land Oberösterreich zur Durchführung der Sanierung von Schwesternstützpunkten im Alten- und Pflegeheim Tabor zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag das Wort gewünscht wird? Das ist nicht der Fall. Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegen ihren Antrag stimmt niemand. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

Ich bedanke mich für die einstimmige Zustimmung. Als nächstes liegt ein Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion vor, den ich als Berichterstatter an den GR der Stadt Steyr vorzutragen haben. Die unterzeichnenden Mandatare des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen gem. § 12 (1) des StS in Verbindung mit § 6 der GO folgenden Antrag:

16) Präs-74/96 Antrag der F-Gemeinderatsfraktion betreffend Schaffung von 2 Zimmern im APT als sogenannte Tagesstätte für ältere pflegebedürftige Steyrer Bürgerinnen und Bürger;

Der GR möge beschließen:

Im Altenpflegeheim Tabor sollen 2 Zimmer als sogenannte Tagesheimstätte für ältere pflegebedürftige Steyrer Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden. Begründung: Der Trend in der Altenbetreuung geht erfreulicherweise derzeit in die Richtung „Pflege zu Hause“ zu ermöglichen. Dadurch kommt es immer häufiger zu Pflegeengpässen bei vorübergehender Abwesenheit der Pflegepersonen oder vorübergehender intensiver Pflegenotwendigkeit bei Krankheit.

Das ist unterzeichnet mit zwei Unterschriften, von denen ich annehme, daß das die Unterschriften von Hrn. Roman Eichhübl und Hrn. Dr. Leopold Pfeil sind.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

Eigentlich bin ich mit dem Berichterstaten noch nicht fertig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Redner ist noch fertigreden zu lassen: Ich ersuche sie, ihn reden zu lassen. Ich bitte sie, fahren sie fort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Erstens Kommentar zum Antrag und dann zweitens zur Geschichte. Den motiven Bericht nach selbst, meinen offensichtlich die beiden Antragsteller unter Tagesheimstätte die Kurzzeitpflegemöglichkeit, oder die Kriseninterventionsplätze. Ich wäre recht froh und glücklich, wenn man am Antragsweg das hineinschreiben könnte, was man meint. Es wäre förderlich für den Fortgang. Aber es läßt sich schließlich durchs Lesen alles klären. Nur in Zukunft bitte, wäre ich froh, wenn man da präziser wäre. Es wäre auch präziser, wenn ich die Erledigungen, die amtsintern über diesen Antrag gelaufen sind, früher bekommen hätte. wobei ich aber anmerken möchte, daß ich diese Erledigung nicht gebraucht hätte, da sie sich genau mit meiner eigenen Wahrnehmung als Referent deckt. Das waren einige Worte zum zeitlichen Hergang. Ich bin schon länger der Meinung, - auch vor meiner Zeit als Referent - daß es gut und wichtig wäre, über Kriseninterventionsplätze zu verfügen. Es gibt eine Vielzahl von Schicksalen, die ohne diese Plätze kaum lösbar wären. Ich war auch schon vor meiner Zeit als Referent dieser Meinung, ich meine es auch jetzt weiter, daß es den pflegetuenden Familien oder den pflegetuenden Angehörigen wirklich zumutbar sein muß, sich gelegentlich durch Urlaub von den Strapazen zu erholen. Diese Strapazen sind manchmal

unbeschreiblich, wenn man an das Schicksal einzelner Personen denkt. Wir haben darüber, seit ich Referent im APT bin, sehr intensiv diskutiert. Wir haben auch manchmal im betreffenden Ausschuß darüber diskutiert. Wir haben uns letztendlich doch nicht einigen können, daß wir die Dauerpflegebetten aus dem Angebot herauslösen, weil die Not der einzelnen, die auf Dauerpflege waren, so groß, daß es uns nicht als möglich erschienen ist, ohne Nachteil für diejenigen jetzt einmal 6 oder 4 Betten, je nachdem, wie groß die Zimmer sein müßten, leerstehen zu lassen. Derzeit haben wir eine Antrag von 51 Personen in hoffnungsloser Situation. Das wurde durch die Beamten des Hauses herausgefiltert, nicht durch mich. Es kann mir niemand vorwerfen, daß ich hier etwas falsch darstelle oder Bilder durch meine persönliche Brille zeichne. Es gibt 160 Anträge, die in ihrer Dringlichkeit sehr plausibel sind. Entschuldigung, es sind 211 Anträge. Von diesen 211 Anträgen, sind 160 plausibel und evident und 51 Anträge wirklich dringend. Es gibt Personen, die Gott sei Dank, seit November im Krankenhaus sind. Wir sind froh, daß die Krankenhausverwaltung so großzügig ist. Gott sei Dank ist auch das Sozialversicherungssystem noch so offenherzig, daß die Menschen dort bleiben können. Wir könnten sie nur sehr unzulänglich aufnehmen. Vor diesen Druck der Entscheidung haben wir bis jetzt gegen das Wollen noch Interventionbetten. Wir haben bisher gesagt, wir bringen das über den Berg, in einer ständigen „Fortwurschtelei“ was unbedingt notwendig ist. Wir verhandeln laufend mit dem Krankenhaus, über den Behalt von einzelnen Patienten. Hier sieht man die eigentliche Dramatik. Wenn im Krankenhaus eine Sozialarbeiterin damit beschäftigt ist, dem Altenheimen einzureden, daß manche Fälle wirklich dringend sind, und im Altenheim wieder Mitarbeiter damit beschäftigt sind, diese Versuche abzuwehren, dann kann dieses System nicht unendlich weitergeführt werden. Die Arbeitskraft, die im Altenheim zur Verfügung steht um die Aufnahmeansuchen zu bearbeiten, ist $\frac{3}{4}$ von ihrer Zeit damit beschäftigt, den Krankenhäusern einzureden, daß die Patienten dort noch bleiben müssen, weil wir keine Möglichkeit haben, die Leute unterzubringen. Das ist die Wahrheit. Vor dem Hintergrund traue ich mir nicht zu persönlich zu entscheiden, daß ich sage: Gut wir lösen jetzt 4 oder 6 Betten aus dem Gesamtverbund heraus. Lt. Aussagen von anderen Häusern, sind diese Betten bis zu 200 Tage im Jahr besetzt. Somit bleibt uns $\frac{1}{3}$ Jahr, wo die Betten nicht belegt sind, weil wir sie entweder als Polster zur Verfügung haben müssen oder wegen der vorgebuchten Notwendigkeit des Pflegeurlaubes keine Krisenfälle hereinnehmen können. Aus diesen Gründen kommen wir zu dieser Verteilung. Das ist leicht nachvollziehbar. Interessenten können sich darüber informieren, hiezu gibt es Belege. Nicht bei uns, aber in anderen Heimen. Wir konnten letztes Jahr 8 Betreuungsfälle kurzfristig unterbringen. Das steht auch im Bericht der Fachabteilung. Es mußte keine einzige Person abgewiesen werden. Es war eine große "Wurschtlerei", aber es mußte kein einziger abgewiesen werden, weil der Bedarf rechtzeitig angemeldet war. Es ist natürlich unmöglich, bei einem nahezu 100 %ig ausgelastet Haus herzugehen und zu sagen, ich muß morgen auf Urlaub fahren und nehmt mir meinen Vater oder meine Mutter ab. Das ist unmöglich. Wir können auch die Belagszahlen nicht wesentlich überschreiten. Ein Krankenhaus stellt, wenn es den Bedarf hat, zur Not Betten auf den Gang. Das kann ein Pflegeheim nicht, da es nach der Rechtsform ein Wohnheim ist. Es ist für ein Wohnheim nicht zulässig, Betten auf den Gang zu stellen. Damit sind unsere Grenzen sehr reduziert, um Interventionsmöglichkeiten zu schaffen. Meine Damen und Herren, wir haben gelegentlich in ein Einbettzimmer zwei Betten hineingestellt, um helfen zu können. Wir sind somit über die gesetzlichen Grenzen gegangen. Wenn wir alles nach den Paragraphen machen würden, wäre das System schnell zu Ende, weil das Standardbett so und so viele Quadratmeter haben muß. Es muß eine grundsätzliche politische Entscheidung sein, ob man aus dem derzeitigen Andrang heraus dem GR den Auftrag gibt, eine Anzahl der Betten herauszulösen und nicht mehr zur Verfügung zu halten, sondern als Interventions- und Kurzzeitpflegebetten zu reservieren. Das bedeutet, daß min. 4 oder 6 Betten aus dem Bestand und aus dem Antrag von 51 Personen, die ins Heim müssen, nicht wollen herauslösen muß. Bei den 51 Personen ist keiner dabei, der ins Heim will, die müssen ins Heim, weil sie zu Hause nicht mehr zurecht kommen. Ich möchte ihnen noch etwas von meinem gestrigen Sprechtag erzählen. Es kam die Frau Waltraud S. zu mir, und schildert mir den Fall der Familie L. Der Herr L. ist 86 Jahre alt, verwirrt, ständig bettlägrig und bekommt Astronautenkost. Er ist von MOHI betreut worden. Die Frau Waltraud S. ist seine Nachbarin und hilft der Gattin Berta L., die bereits 80 Jahre ist und das alleine nicht mehr konnte. Die Nachbarin macht Rufbereitschaft und hilft wo es geht. Nun ist das Problem passiert. Der Gesundheitszustand des Herrn Andreas L. hat sich stark verschlechtert. Mittlerweile ist er inkontinent und die Nachbarin soll ihn wickeln, da seine Frau

es nicht mehr kann. Hilfe durch MOHI oder Alten- und Hauskrankenpflege wird nicht gewährt, da eine zusätzliche Betreuung bei diesen Systemen nicht möglich ist. Ende und aus. Diese Vereine haben keine Möglichkeit ihre Tätigkeit zu expandieren. Grund dafür ist der Prozentsatz der Haupt- und Nebentätigkeit. Bei diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, sollte man die Überlegung anstellen, wie stehen wir denn im weiteren Umgang mit der Aussage, daß wir ausreichend Betten zur Verfügung haben. Wir erfüllen nämlich eine Bedingung nicht, die in der Statistik des Landes Oberösterreich erwähnt wurde. Es muß nämlich ausreichend betreutes Wohnen und mobile Hilfsdienste geben, damit die Anzahl der Betten, die bereits zur Verfügung stehen, jetzt auch schon als ausreichend bezeichnet werden können. Die Stadt Steyr hat statistisch, wenn diese Bedingungen erfüllt sind, ausreichend Pflegebetten zur Verfügung. Wenn alle Bedingungen erfüllt sind. Wenn wir die 95 Bewohner der Heimabteilung aus dem Altenheim verweisen. Wenn diese Personen in einem Pflegezustand sind, der nicht durch Pflegegelder finanziert wird. Dann könnten wir 95 Personen, die über Pflegegeld finanziert werden, im Altenheim aufnehmen. Dann hätten wir genügend Betten im APT Steyr für den Raum Steyr zur Verfügung. Das sagt ja ansich schon alles. Wenn wir vor dieser Tatsache jetzt noch die 6 oder 4 Betten nach dem Antrag der Freiheitlichen - für den ich viel Wärme empfinde, er ist mir aus dem Herzen geschrieben - beschließen, verhindern wir eine weitere Lösung in 6 weiteren Schicksalen. Wo sonst ist Kurzzeitpflege möglich, wenn wir außerhalb des Bezirkes Steyr-Stadt in den Bezirk Steyr-Land, oder Linz-Land schauen

Es tut mir leid, daß es jetzt so lange dauert. Es ist aber ein Thema, daß die Stadt nicht unberührt lassen darf. Wenn wir außerhalb der Stadt Menschen in Kurzzeitpflegebetten unterbringen, und uns zB eine Caritasheim in Bad Hall sagt, 6 Wochen könnt ihr die Dame oder den Herrn dann bei uns unterbringen, dann müssen wir dafür sorgen, daß wir nach diesen 6 Wochen diese Leute aufnehmen können. Entweder in einem anderen Heim, oder bei uns, wenn die Natur ihr gutes oder schlechtes getan hat und ein Bett frei geworden ist. Wenn wir in einem Interventionsbett 6 Wochen jemanden liegen haben, und es wird dann zufällig ein Bett frei, können wir diesen Menschen nicht des Heimes verweisen. Somit werden diese 6 Betten im Laufe der Zeit wieder dauernd Pflegebetten. Und ich möchte nur in Erinnerung rufen, daß der Versuch mit den Interventionsbetten im Jahre 1987 unternommen wurde, da war noch die Frau StR. Ehrenhuber die Referentin. Und sie mußte innerhalb eines halben Jahres kapitulieren. Es gab keine andere Möglichkeit. Wer würde es denn verantworten, zu sagen ob jemand seinen Angehörigen in das Heim bringen darf, weil er berufstätig ist und jemand anderer nicht, obwohl der auch berufstätig sein müßte. Also ich traue mir nicht zu, diesen Richter über Menschenschicksale zu spielen. Und es ist einfach nicht richtig, wenn der Antrag an den GR gerichtet wird, der in seiner Summe feststellen muß, ob er dafür Mittel bereitstellt. Nehmen wir zur Kenntnis daß der Leerstand - 4 - 6 Betten sind ein Drittel des Jahres nicht besetzt - auch Einnahmefälle bedeutet. Der Leerstand spiegelt sich im Budget wieder. Und wollen wir die politische Verantwortung für jene übernehmen, die jetzt noch weniger eine Chance haben in das Heim aufgenommen zu werden, wenn sie der Dauerpflege bedürftig sind. Und natürlich wird sich auch der GR, ob er will oder nicht, mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie er der Tatsache begegnet, daß wir die Bedingungen die in der Pflegestrategie der Zukunft liegen, die Freiheitliche Fraktion hat das ja zitiert, nicht erfüllen. Es gibt in der Pflege drei Strategien. Das eine ist die traditionelle, stationäre, so wie wir es im Altenheim haben, etwas unterstützt mit Heimhilfe und Hauskrankenpflege bei leichteren Fällen. Dann gibt es den zweiten Weg. Dieser wird in Dänemark angewendet. Dort wird fast jeder mit dauernder Unterstützung zu Hause gepflegt. Dieser Weg ist schwierig zu beschreiten, zumindest aus unserer Sicht. Es würde etwa der zehnfache Personenbedarf der heutigen Gesundheitsversorgung im Pflegebereich benötigt werden. Und dann gibt es die dritte Möglichkeit. Diese scheint uns allen, auch dem Land OÖ, als die richtige Methode. Nämlich die dezentrale Integration, so heißt sie in der Theorie. Wobei mobil-stationär vernetzte Systeme entwickelt werden, also integrierte Sozialzentren die Versorgung statt finden lassen, und zwar mit Hilfe von:

- 1) betreutem Wohnen
- 2) mobiler Hauskrankenpflege und

3) ausreichenden Pflegeplätzen, für diejenigen, bei denen aus Zeitgründen nicht mehr die Möglichkeit besteht, rund um die Uhr gepflegt zu werden.

Und das ist das vernetzte System. Ich warne wirklich sehr davor, nur einen Blickwinkel alleine zu betrachten und zu meinen, weil eine Kondition erfüllt ist, theoretisch erfüllt ist, hätten wir den Bedarf gedeckt. Es müßten in OÖ, das ist eine interessante Zahl, zusätzlich weit über zweitausend Wohnplätze für betreutes Wohnen geschaffen werden. Wir haben in Steyr nicht eine einzige Wohnung, die betreutes Wohnen anbietet. Zum Verständnis, was betreutes Wohnen heißt; dh. eine Wohneinrichtung, die pflegetauglich ist, durch Türöffner usw., die auch mit einem Notrufsystem ausgestattet ist, das der Bewohner der Wohnung anmieten kann. Er kauft sich die Dienstleistung bei Bedarf. Man kann das in Deutschland sehr gut verfolgen, wie das geht. Wenn nichts passiert, dann zahlt er nur eine Vorhaltegebühr für die mögliche Hilfe, und wenn er tatsächlich Hilfe in Anspruch nimmt, dann zahlt er für diese Hilfe. Das bedeutet aber, daß Hilfe in zumindest drei Minuten Entfernung vorhanden sein muß. Das ist der Stützpunkt, der notwendig ist. Den haben wir nicht. Und das ist die Philosophie, die beim Alten- und Pflegeheim Münichholz die tragende ist, daß man sagt, sowohl ein Wohnheim für Schutzbedürftige, weil wir die betreuten Wohnungen noch nicht flächendeckend ausreichend zur Verfügung stellen können, als auch einen Sozialstützpunkt von dem aus betreutes Wohnen in der Nähe möglich ist. Nachdem wir dort ein Aufbauprojekt haben, haben wir uns mit der WAG doch in die Richtung bewegt. In der Nähe dieses geplanten Alten- und Pflegeheimes ist das betreute Wohnen also Sozialstützpunkt aus erledigt wird und ein Pflegeheim, das in der Größe dem entsprechen könnte, was alle als ökonomisch und human richtig schildern, nämlich mindestens 40 und nicht mehr als 120 Bewohner darstellt. Das ist das von manchen hier im Raum angemahnte Konzept, das ich ja heute nicht zum ersten Mal vortrage. Seit ich Referent bin, versuche ich klarzumachen, wenn nichts geschieht, wenn man mir nicht zuhört, soll man bitte nicht mit Fingern auf mich zeigen. Du weißt was ich meine, lieber Dietmar. Sonst werden uns die Bürgerinnen und Bürger irgendwann einmal nicht mehr mit der Realität fertig werden. Es ist also ganz schlimm, wenn man die Menschenschicksale sieht. Wir haben, und das möchte ich wirklich noch einmal sagen, praktisch keine betreuten Wohnungen in ganz OÖ. Und wir haben überhaupt keine betreute Wohnung in Steyr. Wir haben in ganz OÖ 2500 Heimplätze in einem denkbar schlechten Zustand, und wir haben in Steyr 350 Heimplätze in einem Zustand, der nicht mehr zeitgemäß ist. Das sind alle Plätze, die unser Haus anbietet. Das ist die reine Wahrheit, ohne Schminke, ohne allem. Vor diesem Hintergrund möge doch der hohe Gemeinderat entscheiden, ob der Antrag auf irrtümlicherweise Tagespflegeplätze auf Interventions- und Kurzzeitpflegeplätze, so möchte ich in richtiger Weise interpretieren, zielführend ist. Ich weiß, daß die Idee, die dahintersteckt richtig ist. Daß uns aber der vorausgehende Schritt noch fehlt, nämlich daß wir genügend Dauerpflegeplätze haben. Den Mißstand müssen wir ebenso beheben. Ihr könnt in allem von mir über Altenbetreuung Geschriebenen lesen - vielleicht hat das der eine oder andere schon gelesen - daß das Kurzzeitpflegebett und die Entlastung der pflegenden Anghörigen oder Nachbarn ein sehr dringendes Anliegen sein muß, weil sonst die Pflege über kurz oder lang nämlich überhaupt niemand mehr übernehmen wird. Bei dem Druck, der am Arbeitsmarkt derzeit herrscht, ist es nicht zumeßbar, daß Personen zur Pflege zu lange von ihrem Arbeitsplatz wegbleiben, weil man über kurz oder lang ihnen die Frage stellen wird, ob sie vielleicht nicht mehr arbeiten wollen. Gestern war eine Dame aus Schweden bei mir, selbst aus dem Krankenpflegeberuf, die hat ihre Mutter da in Steyr, die sonst keinen Angehörigen hat. Diese Dame hat sich kurzfristig kenzieren lassen und betreut so die Mutter. Die Frau muß irgendwann wieder einmal zurückfahren an ihren Arbeitsplatz, sonst verliert sie ihn. Und was das im so sozialen Schweden heißt, das wissen wir alle. Schweden hat uns vorexerziert, wohin die soziale Großzügigkeit führen kann. Ich möchte wirklich alles was ich kann dazu beitragen, daß Steyr und Österreich nicht in diese Situation kommt, schwedische Zustände jetzt zu bekommen. Dh., daß die Pflege wirklich nicht mehr möglich ist, daß es die Betreuung wirklich nicht mehr gibt, und daß es auch wirklich keine Renten gibt für die, die sie wirklich bräuchten. Ich möchte dem Gemeinderat eine Nachdenkpause geben, und ich möchte auch den Antrag der Freiheitlichen so stehen lassen. Der GR möge sich ein Bild machen, und möge mir selbst eine Weisung geben, wie ich mich zu verhalten habe, weil es eine umfassende Willensbildung aller politischen Gruppen sein muß, vor dem Szenario, die es da mit den 50 Notfällen gibt und nicht die einzelne Entscheidung eines stadträtlichen Referenten, auch nicht die einer einzigen Partei. Ich bitte

jetzt die Debatte zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zum Wort gemeldet hat sich der Kollege Rohrauer, für eine Geschäftsordnungswortmeldung.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Namens der Sozialdemokratischen Fraktion stelle ich den Antrag, den vorliegenden Antrag von der F, von der Tagesordnung abzusetzen und dem zuständigen Ausschuß für Angelegenheiten des APT zuzuweisen, damit dort über die Frage vorberaten werden kann. Die Begründung dafür ist folgende: Wie schon einige Male geschehen, bringt die F Anträge an den GR ohne die zuständigen Ausschüsse damit zu beschäftigen. Hier kann ich also auch wiederum nur ein hintergründig populistisches Verhalten orten. Zum Inhalt will ich verweisen, daß im APT derzeit schon seit Jahren Kurzzeitpflegefälle, wie es der Herr StR Holub schon mitgeteilt hat, aufgenommen wurden, übrigens auch zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Im vergangenen Jahr waren es immerhin 8, wie auch bereits mitgeteilt wurde. Die Errichtung einer Tagesheimstätte ist in unserem APT nicht zielführend da dies zur Verringerung von mind. 2 Pflegebetten führen würde. Ich bin der Meinung, daß diese Fälle anders zu behandeln sind, als vorgeschlagen wurde. Hier sollten der APT-Ausschuß, aber auch die sozialen Einrichtungen unserer Stadt Steyr gefordert sein, Möglichkeiten zu finden den Antrag der F trotzdem Rechnung zu tragen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Zu diesem Antrag hat jede Fraktion eine Wortmeldung. Das ist so.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, über den Antrag zur Geschäftsordnung ist keine Debatte zulässig, dh. das Wort ist ihm zu erteilen. Zum Antrag selbst hat jede Fraktion eine Wortmeldung. Ich möchte mich gleich zum Wort melden und übergebe den Vorsitz.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Hrn. Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR, diese Problematik Pflegeplätze, Möglichkeiten der Unterbringung ist natürlich eine sehr ernst zu nehmende. Das ist überhaupt keine Frage, und wir müssen dieser Angelegenheit natürlich wirklich unser Augenmerk ständig zuwenden. Und es wird das Problem natürlich nicht kleiner, weil die Menschen älter werden. Alle 10 Jahre werden sie älter um 2 Jahre. Steyr hat an und für sich eine Alterspyramide, wo die Menschen an und für sich schon ein bißchen mehr überaltert sind, als dies vielleicht in anderen Kommunen der Fall ist. Ich habe mich auch deshalb zu Wort gemeldet, weil ich vom Kollegen Holub angesprochen wurde, und weil natürlich wieder einmal über Medien das Problem hin und her geschaukelt wurde und wird. Ich bin nicht in die Medien gegangen, sondern ich bin damit konfrontiert worden. Zunächst war also die Geschichte, „Steyr hätte verschlafen und Holub hat gesagt, der Bürgermeister ist am Zug“. So ungefähr. Ich weiß das schon, zum Schluß ist immer der Bürgermeister am Zug. Das ist so. Das ist auch wunderbar, und es ist auch so, daß jeder Stadtsenat natürlich weisungsbefugt sein möchte und auch ist. Und ich habe eigentlich heute schon gesagt, ich falle keinem in den Arm, wenn er etwas Gutes tut. Manche tun natürlich auch etwas Gutes, ich will das gar nicht in Abrede stellen. Aber es ist natürlich nicht eine Sache, die wir aus dem Handgelenk erledigen können. Wir wissen, daß zB. ein zusätzliches Alten- und Pflegeheim rund S 150 Mio. kostet. Rund S 150 Mio. Auch wenn wir eine optimale Förderung erreichen können, wird also hier bei der Stadt eine Summe von etwa S 40 Mio. stehen bleiben. Ich habe also gerade in dieser Angelegenheit wieder einmal, nachdem dieser Artikel erschienen ist, mit dem Herrn Soziallandesrat und Freund „Joschi“ Ackerl das Gespräch geführt, und ich habe ihm auch gesagt, so laß ich mir die Bälle nicht gern zuspieren. Ich habe ihn auch gefragt, wieviel Geld er denn für das nächste Jahr vorsehen würde. Da war ungefähr von S 10 Mio. die Rede. Meine lieben Damen und Herren des GR unserer schönen Stadt, mit S 10 Mio. ist das ein guter Ansatz. Natürlich kann man schon sagen, jetzt brauchen wir auch noch zur selben Zeit von der Wohnbauförderung einen entsprechenden Ansatz. Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, es ist hier wirklich für die Stadt noch ein enormer Betrag zu leisten. Unter den budgetären Problemen, unter denen wir leiden, ist es einfach, jedenfalls in der Budgetsituation 94/95 - 95/96, nicht möglich gewesen. Ich glaube nicht, daß ich mich so falsch an die Beratungen, die wir durchgeführt haben, erinnere. Jetzt kommt noch etwas anderes dazu. Wir haben aber auch auf diesem Gebiet ein Plus. Es ist eine ungeheuer komplexe Materie. Der Kollege Holub hat ja hinter die Kulissen geleuchtet. Ich muß sagen, es ändert sich die Prämisse. Ich erinnere mich, daß im Jahr 1990 etwa noch die Auffassung diskutiert wurde, daß man zum bestehenden Altenheim, irgendwer hat dann gesagt "Pflegesaurier" noch einen Trakt dazubauen sollte. Das ist ernsthaft, auch in der Gegenwart von hohen Funktionären und Beamten der OÖ Landesregierung und der dortigen Sozialabteilung diskutiert worden. Es hat keinen Aufschrei gegeben, daß so etwas undenkbar sei. Mittlerweile sind die Uhren weitergegangen, man hat in anderen Ländern gesehen, wo vielleicht eine etwas fortschrittlichere Gestion herrscht, daß nicht mehr so große Häuser gebaut werden sollen. Wir haben gesagt „okay, müssen wir auch nicht“. Der Wunsch und die Zielvorstellung wäre eigentlich, möglichst in jedem Stadtteil so ein Alten- und Pflegeheim zu haben. Ich bekenne mich noch immer dazu. Da sind natürlich im Hinblick auf die Pflegevoraussetzungen auch im mobilen Bereich die Uhren weiter gegangen. Es gab hier eine Kostenexplosionen aller Orten. Das Land hat sich damit beschäftigt und hat Verordnungen gemacht, unsinnig oder nicht. Aber auch dort gibt es einige Probleme. Ich erinnere mich noch an Zeiten, und das ist sicher nicht länger als zwei Jahre aus, in denen auch aus diesen Pflegevereinen, den mobilen Pflegevereinen, die zwei, die wir haben, hier Werberinnen das Spital aufgesucht haben und ihre Dienste angeboten haben. Die Zahl ist auch gewachsen und natürlich auch die Kosten und die Rechnungen, die wir dann auf den Tisch bekommen haben. Dann sind Schlüsselzahlen ermittelt worden und man hat gesagt, es gibt einen Einwohnerschlüssel für eine Stadt unserer Größenordnung, in dem dann auch festgelegt wurde, wieviel Pflegerinnen oder Pfleger es geben soll. Mittlerweile gibt es auch Pflegeschlüssel für die Heime. In letzter Zeit hat es wieder eine neue Veröffentlichung gegeben, diese kann man den Medien entnehmen. Es gab einen riesigen Aufschrei in allen Gemeinden, die Bürgermeister müßten hier zusätzliches Personal einstellen, welches sie sich nicht leisten können. Nur eine Nebenbemerkung. Wenn man eben diese zuletzt genannte Schlüsselzahl hernimmt, sind wir mit unserem Personal etwas darüber. Wir sind etwas besser, nämlich etwas mehr Personal haben wir, als

das Land im Schlüssel veröffentlicht hat. Die anderen Gemeinden sind offensichtlich darunter, sonst müßten sie sich ja auch nicht darüber aufregen, daß sie Personal einstellen sollen. Jetzt kommt aber dazu, daß das Land eine Untersuchung macht, die noch nicht vorliegt. Ich habe daher aus dieser Untersuchung auch nicht zitiert, wie das irgendwo zu lesen ist. Ich habe nicht aus dieser Untersuchung zitiert, ich habe aber Hr. LR Ackerl zitiert, der mir gesagt hat, nachdem was ihm vorliegt, ist seines Erachtens das Angebot an Betten ausreichend. Seiner Meinung nach müßten eher die mobilen Hilfsdienste verstärkt werden. Originalton LR Ackerl mir gegenüber. Ich halte mich natürlich an das, was mir der Soziallandesrat sagt. Sehen wir uns die Sache, die tatsächliche Situation und die Fakten an. Also, du hast selbst gesagt, daß es um die 50 akute, ganz dringende Fälle geben wird. Da liegt man nicht sehr weit auseinander, das variiert immer ein bißchen. Mir sind da noch vor vielleicht 14 Tagen oder 3 Wochen 45 genannt worden, das wird schon so sein.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ich habe es noch nicht gesehen. Es gibt so viele Meldungen, daß ich das alles nicht aufnehmen kann. Aber ich kann dazu auch Asylierungsfälle sagen. Das Landeskrankenhaus Steyr, das uns auch einen Brief geschrieben hat, nachdem ein Kontakt zwischen dir und den Leuten statt gefunden hat - sie haben mir das ja mündlich mitgeteilt bei einem Vorstellungsgespräch des Herrn Primarius Feichtinger - haben sie das Problem auch angesprochen. Ich muß sagen, wir haben 5 Asylierungsfälle im 2. Halbjahr des vergangenen Jahres gehabt. Wir konnten alle unterbringen. Ich stelle das nur fest, es ist bis jetzt nicht der Fall eingetreten, wo das Krankenhaus sagt, wir behalten euch nicht mehr, und wir jemanden nicht aufnehmen konnten. Wir müßten sonst zahlen, weil die Krankenkassen für den Spitalsaufenthalt nicht mehr bezahlt. Das ist uns also noch nie passiert. Diese Fälle haben wir aufnehmen können und müssen. Jetzt kommt noch etwas dazu, das ist auch so eine Karte, die immer wieder gespielt wird, und auf die wir auch aufpassen müssen.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Du weißt ja überhaupt nicht, was ich sagen will! Laß dir Zeit, höre zuerst, was ich sagen will! Bei uns im Spital in Steyr handelt es sich um ein Landeskrankenhaus, Schwerpunkt-krankenhaus für ca. 100.000 Leute. Dort sind natürlich nicht nur Steyrer Patientinnen und Steyrer Patienten, sondern auch andere logischerweise. Und das ist gut so. Natürlich gibt es dort auch Fälle aus den schönen Umlandgemeinden unserer schönen Stadt Steyr, aus dem Raum Niederösterreich und aus dem Raum Steyr-Land. Und natürlich drängen die auch aufgrund ihres Zustandes in Pflegestationen und Pflegeheime. Bei dieser Gelegenheit stelle ich fest, daß natürlich - ich weiß nicht genau wie es in NÖ ist, aber im Bezirk Steyr-Land ist es so - diese Pflegebetten auch sehr fehlen. Das Problem gibt es nicht nur bei uns. Ich weise, ich glaube, das habe ich schon einmal getan, auf die Situation in Sierning hin. Immerhin ist sie die größte Gemeinde, wenn es dort das Josefsheim nicht gäbe, das dort Pflegedienste dankenswerterweise verrichtet und anbietet, würde es in dieser Gemeinde anders aussehen. Das Altenheim wurde nämlich zugesperrt aufgrund einer Stellungnahme der OÖ Landesregierung und dieser dafür eingerichteten Kommission, daß der Standard nicht entspricht, den man sich neuerdings vorstellt. Mit dem würde ich mich nicht anfreunden wollen in Steyr. Weil da

muß man zunächst einen besseren Standard herstellen können. Nicht das Heim zusperren oder einen Kommentar abgeben, der dazu führt. So ist es nämlich geschehen. Und dann wissen wir nicht, was wir mit unseren älteren Bürgerinnen und Bürger tun sollen. Ich glaube, daß wir uns die Zahlen wirklich genau anschauen müssen. In Steyr haben wir derzeit in unserem APT - meine Zahlen, Karl du wirst wieder andere haben, so ist das Leben eben - 246 Pflegebetten, 92 Altenheimplätze und 338 Personen können wir aufnehmen, 116 in Einbettzimmern, 62 in Zweibettzimmern, 31 in Dreibettzimmern und ein 5-Bett-Zimmer haben wir sogar. In dem Zusammenhang ist der Städtevergleich Linz-Wels-Steyr interessant. Wir liegen mit Linz nahezu gleich auf, wir haben nämlich in Steyr 160 Bewohner auf einem Pflegeplatz. In Linz haben sie 158, also die sind ein bisserl besser. In Wels sind es 272. Das sind die Werte, die ich hier vorliegen habe, vielleicht gibt es auch noch Private.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, mir ist das ja alles klar. Aber so viel älter sind die Steyrer auch wieder nicht, als die Welser. So viel älter sind sie nicht, daß es sich so weit reißen kann. Das ist für mich jedenfalls nicht plausibel. Ich bin auch gerne bereit, mir andere Zahlen sagen zu lassen. Nur, es gibt so viele Einflüsse und Fakten, jeder erzählt einem irgend etwas. Wir müssen uns das also irgendwo anschauen. Ich habe damals jedenfalls, als ich mit dieser Geschichte konfrontiert wurde, gesagt, ich meine, daß wir zunächst unser Altenheim betreffend richtig beraten wären, wenn wir in dem Altenheim nicht ein Altenheim machen, sondern wirklich Pflege.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn mich ein Journalist fragt, weiß er das vielleicht nicht, lieber Karl. Dann wirst du mir doch erlauben, daß ich ihm erkläre, was ich meine. Wenn es auch deine Strategie ist, ist es ja sehr gut. Ja, ich weiß es ja. Ich habe mir ja nur erlaubt zu sagen, einem Bürgermeister kann man das ja nicht vorwerfen wenn er noch dazu für Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist und gefragt wird. Wenn ich das gesagt habe und das die Meinung im Ausschuß ist, dann glaube ich, kann man dagegen nichts aussetzen. Das habe ich gesagt, dh. also, wir haben eigentlich das Problem, daß wir nicht zu wenig Betten hätten sondern die falschen Leute drinnen. Wir haben zum Teil Heimbewohner in diesen Betten. Natürlich ist es richtig, daß man die Personen nicht einfach auswechseln kann. Aber sukzessive müssen wir eben daran arbeiten.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, es wird vielleicht nicht so lange dauern: Es wird so sein müssen, daß wir Pflegefälle aufnehmen und keine Heimbewohner mehr. Das ist noch nicht unbedingt so eingehalten worden, auch nicht in der letzten Zeit, angeblich. Ich will ja nicht mit dir Zwiesprache führen, wir sind nicht so weit auseinander. Wenn man da gerade am Rednerpult ist, soll man das ja auch fertig plaudern können, ich habe auch so aufmerksam zugehört. Ich möchte also bitten, die Zwiesprache im Ausschuß zu führen. Auch dort die Beratungen zu führen, und ich glaube, wir haben das Problem, daß das Land sagt, wir geben jetzt Standards vor, die wir nicht erreichen können. Wir brauchen aber ein zweites oder drittes Altersheim irgendwann deswegen, weil wir sonst die Standards nicht erfüllen können. Es soll bei der Gelegenheit auch gesagt werden, daß wir uns richtig positionieren. Wir sind dabei mit rund 90 % aller Altenheimbetreiber in gleich "schlechter Gesellschaft" auch die anderen haben diese Standards, die das Land jetzt vorgibt noch nicht. Ich muß dazu sagen, es sind nur jene Heime in dem Standard ausgestattet, die wahrscheinlich ganz neu errichtet wurden. Wenn man das macht, dann muß also auch in bezug auf die Finanzierung, wenn es vom Land vorgegeben wird, hier der entsprechende Beitrag geleistet werden. Ich meine, wir sind gut beraten, diese Dinge wirklich intensiv in den zuständigen Ausschüssen zu diskutieren, über die Herstellung von geeigneten Strukturen. Wir sollten solche Dinge nicht über die Medien spielen, weil das wirklich zu einer Beeinträchtigung der Atmosphäre im Haus, bei den Bewohnern und bei den Bediensteten immer wieder führt. Wir haben dort genug um die Ohren. Ich höre, eine Betriebsversammlung jagt die andere, weil dort ja auch Sparmaßnahmen durchsetzen werden müssen. Das hätte ich gerne bei dieser Gelegenheit dazu gesagt. Den Antrag unterstütze ich, den der Herr Kollege Rohrauer vorgebracht hat.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, das war jetzt wichtig. Wir sind, wenn ich in Erinnerung rufen darf, immer noch bei der Geschäftsordnungsdebatte. Ich war der erste Redner. Ich gebe den Vorsitz zurück und möchte mich selber zum Geschäftsordnungsantrag zu Wort melden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie möchten zu dieser Geschäftsordnung etwas sagen? Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Genauso, wie sie gesprochen haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, es ist in Ordnung. Sie haben das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Debatte um das Alten- und Pflegeheim Tabor ist aktualisiert worden. Meines Erachtens durch einen Beitrag vom Herrn

Bürgermeister beim Stadtteilgespräch im Münichholz. Dort wurde dem staunenden Publikum eben gesagt: "Ihr könnt damit rechnen, daß in Münichholz ein zweites Alten- und Pflegeheim oder ein Pflegeheim errichtet wird". Dann kam eine Aussage des Landessozialreferenten Ackerl, dann kam die Stellungnahme vom zuständigen Referenten, und dann kamen die Stellungnahmen vom Bürgermeister. Aber das ist genau der Punkt, wie es in Steyr unkoordiniert zu Lasten und zum Schaden von anderen eben abläuft. Hier sind die Leidtragenden die alten Leute im Alten- und Pflegeheim Tabor. Und wir haben heute ganz klar gesehen, wie offensichtlich die Diskussion nicht in den richtigen Bahnen verläuft, nicht in den richtigen Gremien behandelt wird. Darum bin ich sehr froh - auch deshalb, daß es hier einmal zu einer inhaltlichen Debatte kommt -, diesen Antrag gestellt zu haben. Das ist hier im GR offensichtlich extremen Nachholbedarf gibt, daß man einmal darüber spricht, daß man sich grundsätzlich einmal über eine Vorgangsweise einig ist oder nicht einig ist. Man sollte darüber reden und nicht über die Medien spielen. Zum gegenständlichen Antrag, da bin ich schon dafür; und ich wünsche oder ich bitte, daß der GR unserem Antrag näher tritt, weil ich es schon für sehr wichtig erachte, daß Interventionsbetten, Tagesheimbetten die Pflege außerhalb eines stationären Aufenthaltes erst ermöglichen. Es gibt nicht die Verwandten, die Bekannten, die rund um die Uhr betreuen über das ganze Jahr. Hier muß man eben Abhilfe schaffen und das geht, daß geht nur dadurch, daß man eben Akutbetten in ein, zwei oder drei Interventionsbetten für solche Fälle umwandelt. Darum finde ich den Antrag sehr richtig und wichtig, und ich würde hoffen, daß er die Mehrheit findet, und daß er hier beschlossen wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht weiters das Wort? Bitte?

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war nur der Geschäftsordnungsantrag. Man muß die Grünen fragen, dann sind wir fertig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, die ÖVP könnte zum Geschäftsordnungsantrag das Wort ergreifen. Bitte, Herr Kollege Schloßgangl. Karl Holub hat den Antrag vorgetragen, und ihm steht ein Schlußwort zu.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein zum Antrag. Der Antrag liegt ja noch vor.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben uns sehr intensiv mit diesem Antrag beschäftigt. Und wir sehen auch eine gewisse Notwendigkeit, diese Interventions- und Kurzzeitpflegebetten zu schaffen. Nur auf der anderen Seite, Herr Kollege Holub hat das ja sehr ausführlich dargestellt und beleuchtet, gehen uns Dauerpflegebetten verloren, und das ist das große Dilemma. Und da glauben wir, daß der Vorschlag auch vom Kollegen Rohrauer sicherlich gut ist, dieses Problem im Sozialausschuß noch einmal zu behandeln.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Im APT-Ausschuß war der Antrag.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

APT-Ausschuß, noch einmal behandeln.

ZWISCHENRUF STR. KARL HOLUB: Das ist nicht der APT-Ausschuß, sondern eigentlich der Sozialausschuß. Es ist Sache des Sozialreferenten und nicht des Referenten des APT-Ausschusses.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Im Sozialausschuß?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Na ja, also dann müssen wir schon definieren, welchem Ausschuß man das dann zuweist, bitte.

ZWISCHENRUF: Dem APT-Ausschuß.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Darf ich mich da einmal vermittelnd einschalten. Wenn hier Karl Holub als Vorsitzender des APT-Ausschusses eher meint; dieser Antrag wäre im Ausschuß für Soziales zu behandeln, dann hat es ja deswegen etwas auf sich, weil natürlich die mobilen Hilfsdienste von dieser Materie berührt sind,

und daher ist hier eine breitere Kompetenz im Ausschuß für soziale Angelegenheiten.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Das müssen wir vorher abklären.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ihr könnt das auch gemeinsam abhandeln.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bitte; um das abzuschließen: Wir werden uns dieser Zuweisung an den Sozialausschuß gemeinsam auch mit dem APT-Ausschuß sicherlich zustimmen und glauben, daß man dort eine Lösung finden soll.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Ich halte den letzten Vorschlag für den besten, vielleicht das gemeinsam zu behandeln. Sonst entscheidet vielleicht wieder jemand im Sozialausschuß etwas, das im APT-Ausschuß nicht gutiert wird. Noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Apfelthaler.

GR WALTER GABATH VERLÄSST UM 18.38 UHR DIE SITZUNG.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat. Das Eindrucksvollste, das ich jemals erlebt habe, seit ich in den GR gekommen bin, das war damals die Rede des Herrn Vbgm. Sablik und die Rede des Herrn StR. Holub zu diesem Thema. Das ist mittlerweile jetzt schon, glaube ich, drei Jahre her. Das hat mich so beeindruckt, weil ich diese Problematik einfach - ich habe zwar gewußt, daß es Engpässe im APT gibt, aber in dieser Vehemenz und in dieser Stärke, das habe ich mir nicht vorstellen können. Und in meiner anfänglichen Naivität habe ich gedacht, das ist doch etwas, was letzten Endes jeden betrifft - irgendwann einmal. Und auf der anderen Seite habe ich mir gedacht, wo liegen eigentlich die wahren Defizite, wenn man überhaupt Politik betreibt in dieser Stadt. Und dann sind wir daraufgekommen, daß sie bei der Jugend bestanden haben und beim Alter. Also, da wo alles anscheinend funktioniert oder vorangetrieben wird, das ist so im Mittelalter, alle diejenigen, die noch dynamisch sind oder noch werden wollen, für die wird eigentlich größtenteils Politik

betrieben. Jetzt angefangen von der Verkehrspolitik etc. bis Kulturpolitik. Aber wo es eigentlich am schmerzhaftesten ist, das ist immer dann, wenn man in einen Zustand kommt, wo man sich eigentlich nicht mehr so wehren kann bzw. wenn sich einmal der Lebenskreis zu schließen beginnt, und wenn man froh ist, noch irgendwo sitzen zu dürfen oder wenn man zumindestens irgendwo liegen darf und kann und noch Wahrnehmungen hat. Ich habe mir gedacht, sämtlichen Parteien da herinnen müßte es doch das oberste Ziel sein, gerade für jene auch einzutreten, die unter Umständen ihrer Stimme und ihrer Mitarbeit bedürfen. Wenn ich jetzt höre, diese Diskussion zieht sich ja nicht nur heute mittlerweile schon über eine Dreiviertelstunde oder so, sondern eigentlich laut meiner Wahrnehmung über Jahre. Und in Wahrheit ist eigentlich fast nichts passiert. In Wahrheit, da nehme ich mich selber auch nicht aus, wie gesagt, wir sind nur eine Zweimannfraktion, aber ich nehme mich nicht aus - prolongieren wir ständig dieses Problem. Man braucht ja nur die Anwesenheit hier herinnen sehen, wie die diversen Verdrängungsmechanismen plötzlich zu wirken anfangen, was uns eigentlich "weh" tut und was uns vielleicht in unserem "ideologischen Überschwang" - wollen wir es einmal so unter Anführungszeichen bezeichnen - leicht fällt, und bei dem wir uns irgendwie profilieren können, das machen wir ohnehin. Nur, wenn die Geschichte ein bißchen schwierig wird, wenn es uns Schwierigkeiten bereitet, für diesen oder jenen Teil Geld aufzutreiben, da anscheinend ist die Dynamik oder die Vehemenz nicht mehr so spürbar. Ich will jetzt nicht die einzelnen Redner kritisieren, ich will sie auch nicht besonders hervorheben oder so. Aber es ist einfach so, daß es meiner Ansicht nach wieder genau auf die gleiche Situation hinweist. Da gibt es einen Antrag der F, der wenn man ihn genau betrachtet, in sich schlüssig ist. Dort nehmen wir die Betten weg, die dann vielleicht nur teilweise - wollen wir sagen vielleicht hochgradig, besetzt sind, und auf der anderen Seite gehen uns diese Plätze für das Altersheim wieder ab. In Wahrheit geht es eigentlich darum, daß wir zusätzlich Plätze brauchen. Wir brauchen sie zusätzlich! Wir können nicht ein Loch aufreißen, das anscheinend symptomatisch ist für das APT und mit dem Material wieder anderswo zustopfen. In Wahrheit ist das ja auch nichts anderes als eine Verdrängung. In Wahrheit ist das ja nicht zielführend, sondern ich glaube, wir müssen ja froh sein - oder vielleicht nicht so froh. Vielleicht wäre es wirklich gescheiter, denen, um die es sich wirklich handelt, nämlich unsere Senioren und Seniorinnen, wenn es ihnen noch möglich ist, auch ein politisches Gewicht zu geben. Daß sie nämlich hier herinnen sagen können: "So könnt ihr mit uns nicht verfahren! Wir haben jahrzehntelang für diese Stadt gearbeitet! Wir sind jahrzehntelang im Vertrauen darauf, daß der Arbeitsplatz Steyr-Werke gehalten wird, hier in Steyr geblieben." Wir haben darum auch eine erhöhte Seniorenrate hier in Steyr. Der Arbeitsplatz Steyr-Werke hat über Jahrzehnte gehalten, und die Leute sind deshalb auch hier geblieben. Jetzt aber sind sie da und haben sozusagen keine Lobby mehr. Und es ist anscheinend nicht so opportun, daß man sagt: "OK, wir alle verzichten hier in der Stadt auf etwas zu Gunsten jener, die unserer Hilfe sehr dringend bedürfen. Wenn ich nun lese - ich habe dein Schreiben lieber StR Holub zu den Budgetverhandlungen bekommen, leider zu spät, aber es ist nicht früher gekommen. Es ist das Schreiben des Landeskrankenhauses, in dem auf diese Fälle extra noch einmal hingewiesen wird. Und wenn ich heute wieder höre, daß 51 Personen zuviel sind, daß 51 Personen brauchen dringend einen Platz, dann kann ich mir einfach nicht vorstellen, daß wir da hinausgehen und sagen: "Vertagen wir das in eine Ausschußsitzung, oder geben wir dort zwei Plätze weg!" Und im Prinzip sind wir eigentlich zufrieden, weil wir irgendetwas in Gang gebracht haben. Nur in Wahrheit haben wir nichts Wesentliches in Gang gebracht. Wir sollten uns dazu durchringen, zu sagen: "Verzichten wir auf Projekte!" - ich will sie jetzt im speziellen nicht nennen - "Verzichten wir lieber auf ein paar Projekte zugunsten unserer Senioren!" Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte, eine weitere Wortmeldung, Herr Kollege Fürweger.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, die Rednerliste ist erschöpft.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jetzt kommt der Geschäftsordnungsantrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt wird über den Geschäftsordnungsantrag abgestimmt. Wer für diesen Antrag stimmt „Zuweisung in den Ausschuß für soziale Angelegenheiten“ und APT, um hier das Problem zu beraten, den ersuche ich um ein Zeichen.

ZWISCHENRUF STR. KARL HOLUB:

Es liegt an uns, ob wir uns an die GO gebunden fühlen, oder nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das liegt eigentlich nicht unbedingt an uns. An die Geschäftsordnung müssen wir uns schon halten. Er hat einen Antrag gestellt, alle Fraktionen sind dazu zu Wort gekommen. Ich lasse jetzt abstimmen über diesen Antrag. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (GAL). Wer ist gegen diesen Antrag? 6 Gegenstimmen (F). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ja, der Kollege Holub hat ausführlich berichtet, daß dies nicht einfach zu machen ist. Das muß man bitte schön auch akzeptieren, wenn man zuhört. Ich danke dem Kollegen Holub. Nächster Berichterstatter ist Hr. StR. Ing. Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. In meinem ersten Antrag geht es um die Baustelle Kommunalzentrum - Auftragsvergabe und Mittelfreigabe. Mein Antrag lautet:

17) Bau 5 - 201/93 Baustelle Kommunalzentrum Auftragsvergaben und Mittelfreigabe;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 16. 1. 1996 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten wie folgt zugestimmt:

1. Lieferung und Montage von Brandschutztüren, Stahltürelementen, Brandschutzfenstern - Fa. Fratu, Steyr, netto S 481.013,78

2. Eigenleistungen des GB VII netto S 4.000.000,--

3. Elektroinstallationsarbeiten - Bietergemeinschaft Berger-Mitterhuemer-EBG, Steyr, netto S 272.000,--

4. Heizungs- und Sanitärinstallationsarbeiten, Regelungstechnik

Heizungsinstallationen Fa. Rieder, Bad Hall, netto S 109.000,--

Sanitärinstallationen - Stadtwerke Steyr, netto S 105.000,--

Regelungstechnik - Fa Enerco Steyr, netto S 31.820,--

Bei der Fa. Enerco, Steyr, Regelungstechnik möchte ich gleich vorab eine Anmerkung machen. Die Fa. Enerco hat ja mittlerweile bekanntlich den Konkurs angemeldet. Hier müßte man schauen, ob über den Masseverwalter dieser Auftrag überhaupt noch zu realisieren ist oder die Vergabe noch auszusetzen ist, damit nicht an Enerco das vergeben wird und diese Firma dann nicht liefern kann, weil sie Konkurs angemeldet hat. Bitte zu diesem Punkt - Vergabe Fa. Enerco mit S 31.820,--, das ist vor Vergabe wirklich zu prüfen, ob der die Leistung über die Masse überhaupt noch erfüllen kann oder nicht.

= gesamt netto S 4.998.833,78

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von netto S 5.000.000,-- bei der VAST. 5/0290/010100.2 freigegeben. Aufgrund der Dringlichkeit wird gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. Ich bitte sie, dem Antrag, die Dringlichkeit zuzuerkennen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr Kollege Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nachdem die Aufmerksamkeit schon sehr nachläßt und auch mehrere Mandatäre bereits den Saal verlassen haben, werde ich mich bemühen, sehr kurz zu sein, aber ich halte es einfach für wichtig, dazu einige Anmerkungen zu machen, Hr. Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Treffende!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich werden mich bemühen, auch treffende Anmerkungen zu machen. Meine Damen und Herren des GR, werter Hr. Bürgermeister. Ich möchte diesen Antrag doch zum Anlaß nehmen, um einmal mehr auf die differenzierte und distanzierte Haltung der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion hinzuweisen, was die Erstellung eines Gutachtens betrifft vor Kauf dieses Areals durch die Stadtgemeinde. Was die vorläufige Kostenschätzung betrifft für die Adaptierung dieser Möglichkeiten, die dort geschaffen werden sollen, oder bereits geschaffen worden sind. Jene Stadtsenatsmitglieder, die damals bei der Budgetklausurtagung für 1995 dagewesen sind, haben sicher noch die Hiobsbotschaft im Ohr, die gelaftet hat, daß eben diese Adaptierungs- und Sanierungsmaßnahmen ein Vielfaches von dem ausmachen werden, was damals auch vom Hrn. Bürgermeister bekanntgegeben wurde, weil offensichtlich auch hier in dieser Sache nicht richtig informiert wurde. Hier geht es nicht um die Journalisten, sondern es ist mir wirklich ein Bedürfnis, ein paar Anmerkungen dazu zu machen. Ich darf ihnen jetzt trotz meiner kritischen Anmerkungen sagen, daß ich diesem Antrag die Zustimmung gebe. Das habe ich auch immer wieder betont, weil es schlußendlich darum geht, daß dort in diesem Bereich die Installierung der Busgarage, der Werkstätte, der Umkleideräume für Busfahrer und Werkstättenpersonal und auch die Kfz-Waschanlage gemacht werden soll, und weil damit ein wirklich unzulänglicher Umstand, um das vorsichtigst auszudrücken, beendet wird, ein Zustand beendet wird. Nämlich die derzeitigen Verhältnisse in der Busgarage in Münichholz sind ihnen ja alle bekannt. Die sind zum Teil eher schon unmenschlich, was die Arbeitsbedingungen dort betrifft. Ich möchte jetzt gar nicht näher darauf eingehen, aber ich glaube auch, daß das Personal der Verkehrsbetriebe ein Anrecht darauf hat, ordentliche Arbeitsplätze vorzufinden, denn sie stehen ja auch im Dienst der Bevölkerung unserer Stadt. Nochmals, diesem Antrag werde ich die Zustimmung geben, und ich hoffe auch der Rest der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Hr. Kollege Fürweger. Bitte jetzt wird es möglich. Jetzt haben wir keinen Geschäftsordnungsantrag. Beliebig viele Redner können sich melden.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Hr. Bürgermeister, werter GR. Ich möchte hier nicht nur über das Bauliche sprechen, sondern ich muß sagen, es ist dringend auch notwendig, daß wir uns die Organisationsstruktur einmal anschauen und, daß der Auftrag des Magistratsdirektors an die Stb. für Organisation ergeht. Ist schon ergangen oder wurde kurz angeschnitten. Derzeit ist die Lage dort oben so, jetzt sind die Stadtwerke momentan dort oben. Aber in kürzerer Zeit kommt auch der Wirtschaftshof hinauf als ein eigener Geschäftsbereich. Ich habe auch bei der Liegenschaftsabteilung nachgefragt. Die hat dort oben sich überhaupt noch nichts angeschaut oder ist dort oben überhaupt noch nicht in irgendeiner Form beauftragt worden. Es ist momentan noch so, daß es keinen Hausmeister gibt. Es sind aber doch, glaube ich, Werte oben vorhanden, die, glaube ich, schon einer Aufmerksamkeit bedürfen. Der alte Garagenmeister muß seine Wohnung, soviel ich weiß, aufgeben unten bei der Autobusgarage. Ich habe auch von Hrn. Anibas gehört, er ist neulich von der Polizei geholt worden, weil eine Tür offen war am Abend. Ich glaube, es ist dringend notwendig, daß man dort oben etwas tut. Ich glaube auch, daß es notwendig ist, hier von der Organisationsstruktur im personellen Bereich sofort etwas zu machen. Es ist der Hr. DI Kremsmayr der Ranghöchste. Ich finde, der sollte oben stehen und darunter sollen dann die verschiedenen Fachabteilungen sein. Wir haben ja heute von den zwei Direktoren schon oft etwas gehört. Ich glaube, die gehören vielleicht einmal jemandem unterstellt. Ich weiß, das ist ganz schwierig, es geht auch von der Betriebsstruktur her gar nicht. Aber wir

müssen uns das anschauen. Sie, Hr. Bürgermeister haben ja gesagt, daß wir das vereinfachen wollen. Wir wollen alle verschiedenen Betriebe unter ein Dach bringen, aber da müssen wir schauen, daß das nicht nur im baulichen Bereich passiert, sondern auch im personellen. Denn nur so läßt sich das, glaube ich, ordentlich führen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Das ist auf jeden Fall zutreffend, daß man hier schauen muß. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Schlußwort der Referent bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Ich verzichte auf das Schlußwort!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Er verzichtet auf das Schlußwort. Daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall! Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen. Ein Wort möchte ich dazu noch sagen. Es wird die Adaptierung rund S 60 Mio. kosten, S 100 Mio. war der Kaufpreis. Wenn man das bei dieser Größenordnung betrachtet, sagen die Fachleute, daß es natürlich noch wesentlich billiger ist - das darf man auch nicht aus dem Auge verlieren - als wenn wir woanders dieses Kommunalzentrum in dieser "Massivbauweise" neu errichtet hätten.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich möchte bitte eine Zwischenfrage stellen. Was wird bitte aus dem KFZ-Prüfzentrum. Wie wir alle wissen, ist die Überprüfung zur Landesregierung ausgelagert worden. Man hat darauf aufmerksam gemacht, und hat trotzdem weitergebaut. So geht es dahin.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also ich bin überrascht, daß man "es" nicht mehr braucht. Ich möchte nur feststellen, also das habe ich auch bis jetzt noch nicht gehört. Ich habe gehört, daß eine Privatisierung überlegt wurde, und daß diese Privatisierung vom Tisch ist. Ja, wenn ihr das alles besser wißt, ist es gut. Aber Hr. Prof. Beidl, der sehr in seiner Existenz bedroht war und bei mir vorgesprochen hat, und auch beim Hrn. Landeshauptmann und auch beim zuständigen Hrn. Landesrat usw. war, hat mir vor ca. einer Woche berichtet, daß diese Privatisierungsüberlegungen vom Tisch sind. Das ist mir auch berichtet worden von Hrn. Dr. Fraiss, Klubobmann der Sozialdemokratischen Fraktion, und es sei auch so abgestimmt, daß diese Privatisierung nicht durchgeführt wird. Daß möglicherweise eine Ausgliederung erfolgt, was du gesagt hast, will ich nicht in Abrede stellen, daß das anders in irgendeiner Form gemacht wird. Das ist ja so, wie wir die GWG ausgegliedert haben. Deswegen gibt es sie auch und sie brauchen die Räumlichkeiten. Ich möchte nur sagen, mir ist nicht bekannt, daß wir dort für das Prüfzentrum Einrichtungen gebaut haben, die nicht mehr benötigt werden. Ich weiß nicht, ob du das

aufrecht hältst, Karl Holub. Aber dann müßten wir uns sofort damit beschäftigen.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich muß nur sagen, ich möchte das nicht so nebenbei erfahren, wenn das wirklich der Fall ist. Aber Prüfeinrichtungen wird man wahrscheinlich in unserer Bezirksstadt brauchen. Wenn es dort wegkommt, wo es jetzt ist, halte ich es für gut. Das war Stand der Dinge. Wenn die das Sparpaket beim Land machen und dann Ausgliedern oder Privatisieren, das ist etwas, was wirklich auch der beste Planer der Stadt nicht wissen konnte. Und daher verteidige ich diese Leute auch, die sich bemüht haben, dies in die Reihe zu bringen. Das Schlußwort ist bereits gefallen bzw. darauf wurde verzichtet. Daher stimmen wir jetzt ab.

ZWISCHENRUF:

Wir können ja einen Prüfungsauftrag erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Haben wir schon abgestimmt? Also dein Beitrag war nach der Abstimmung?

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich bitte dich, nimm ihn zur Kenntnis.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Die Sitzungskultur, ich muß schon sagen, diese Sitzungskultur!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn es jemand weiß, dann erwarte ich - steht nämlich im Statut drinnen, daß jeder von uns für die Stadt Steyr und ihr Wohl verantwortlich ist -,daß er sich sofort meldet. Das erwarte ich. Also ich muß euch sagen, es hat eine Debatte gegeben. Offensichtlich ist das wieder nicht mehr so aktuell. Wir werden uns aber noch einmal damit auseinandersetzen. Den nächster Antrag bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Wenn sich die Herrschaften wieder beruhigt haben, werde ich meinen zweiten Antrag vorbringen. Hier geht es um die Aufschließung der "Knogler-Gründe" - Einreihung der Aufschließungsstraßen als Ortschaftswege. Mein Antrag lautet:

18) Bau STR - 6/95 Aufschließung "Knogler-Gründe" Einreihung der Aufschließungsstraßen als Ortschaftswege:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, betreffend die Einreihung der Aufschließungsstraßen im Bereich der "Knogler-Gründe" als Ortschaftswege, wird genehmigt. Ich bitte um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Antrag, Herr Kollege Spanring.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. In meinem ersten Antrag geht es um die Gemeindebediensteten-Schutzkommission - Berichterstattung an den Gemeinderat über das Jahr 1995. Entsprechend § 24 des OÖ. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz ergeht folgender Tätigkeitsbericht:

1) Überprüfung Deponiegasreinigungsanlage samt Nebenanlagen: Dabei handelt es sich um eine Glasscheibe zwischen Bedienungsraum und Gasraum, wo das entsprechende Schiebefenster verschlossen wurde.

2) Offene TBC, das nach einem Krankenhausaufenthalt entsprechend auskuriert und abgeschlossen wurde.

3) Rutschgefahr in den Bädern des Alten- und Pflegeheimes Tabor, wobei die Fliesen mit "Stone-Grip" Rutschsicherheitsbehandlungen behandelt wurden und eben dadurch die Sicherheit für die Bewohner gegeben wurde. Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

19) Pers-434/1985, Pers-1020/1985 Gemeindebediensteten-Schutzkommission; - Berichterstattung an den Gemeinderat über das Jahr 1995;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Gemeindebediensteten-Schutzkommission beim Magistrat der Stadt Steyr vom 11. 1. 1996 wird der Tätigkeitsbericht dieser Schutzkommission für das Jahr 1995 zur Kenntnis genommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diesen Antrag. Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Wer im Sinne des Antrages abstimmen möchte, möge dies tun. Danke. Ist jemand dagegen? Niemand. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem zweiten Antrag geht es um die Übernahme einer Haftung für ein Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für den Bauabschnitt 15, das ist das Regenüberlaufbecken Sandmayr. Mein Antrag an den GR lautet:

20) Fin-5/95 Übernahme einer Haftung für ein Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für den Bauabschnitt 15;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 15.1.1996 wird der Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von S 8.000.000,-- bei der RAIKA Garsten-Steyr GesmbH, Stadtplatz 46, 4400 Steyr, durch den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung gemäß beiliegendem Schuldschein und der Übernahme der Ausfallhaftung durch die Stadt Steyr gemäß § 1356 ABGB für dieses Darlehen bis zu einem Betrag von S 8.000.000,-- - vorbehaltlich der hiezu erforderlichen aufsichtsratsbehördlichen Genehmigung - zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diesen Antrag. Ich darf fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird? Nicht der Fall. Abstimmung: Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß das notwendige Quorum vorhanden war.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem dritten Antrag geht es um den Mitgliedsbeitrag für den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 1996; Akontozahlung.

Mein Antrag an den GR lautet:

21) Fin-26/96 Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 1996; Akontozahlungen;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 5. 2. 1996 wird den vierteljährlichen Akontozahlungen in Höhe von S 3.233.000,--, also insgesamt S 12.932.000,--, an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für den Mitgliedsbeitrag 1996 zugestimmt. Zu diesem Zweck ist die Freigabe eines Betrages in Höhe von S 12.932.000,-- bei der VASSt. 1/8110/754000.5

für das Rechnungsjahr 1996 genehmigt. Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegen den Antrag erhebt sich keine Stimme. Stimmenthaltung ist nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Herr Kollege Tatzreiter bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem ersten Antrag geht es, meine Damen und Herren, wertees Präsidium, um die Freiwillige Feuerwehr. Die entgeltliche Einsatzleistungen bzw. entgeltliche Bereitstellung von Geräten, wie im Schreiben der OÖ. Landesregierung festgestellt wurde bzw. vorgegeben wird, und ich bitte, so wie aufgelistet und jetzt schon seit 4 Jahren nicht mehr geändert, diese Liste zu beschließen. Das ist natürlich zum Teil mit erheblichen Erhöhungen, die aber wir nicht korrigieren können, weil es alle Gemeinden bzw. alle Feuerwehren, durch den Landesbeschluß festgelegt, betrifft. Das Landesfeuerwehrkommando hat das festgelegt, und ich bitte dem die Zustimmung zu geben. Mein Antrag lautet:

22) Gem - 47/95 Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; entgeltliche Einsatzleistungen und entgeltliche Bereitstellung von Geräten;

TARIFORDNUNG 1995;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 15. 1. 1996 wird der Tarifordnung 1995 für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Daher Abstimmung! Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe! Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Es geht hier um die Zugehörigkeit 15 Jahre bei der Freiwilligen Feuerwehr und natürlich in der verdienstvollen Auszeichnung um die Verleihung dieser Medaille. Ich beantrage, für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr, den Amtswalter Helmut Bergmayr, Amtswalter Christoph Moser, Amtswalter Roman Ritt, Amtswalter Ing. Peter Schrottenholzer, Brandmeister Franz Forsthuber, Brandmeister Johann Haslhofer, Brandmeister Horst Hummer, Hauptlöschmeister Robert Egelmayr, Hauptlöschmeister Roland Wallergraber, Oberlöschmeister Michael Lumesberger sowie Oberfeuerwehrmann Rainer

Fröhlich. Für die Betriebsfeuerwehr SKF Österreich AG: Feuerwehrmann Franz Schweiger und Feuerwehrmann Josef Streif Für die Betriebsfeuerwehr der BMW-Motoren Steyr: Amtswalter Karl Puntschuh sowie Löschmeister Franz Starkmann. Ich bitte dem die Zustimmung zu geben, um die Auszeichnung auch rechtzeitig vornehmen zu können. Mein Antrag an den GR lautet:

23) FW - 1/96 Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an Angehörige der Betriebsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 16.1.1996 genannten Personen wird zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Lohnecker, eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Keine Wortmeldung? Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Die Feuerwehr-Medaillen sind einstimmig zuerkannt.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im letzten Antrag geht es um das Grundstück 1920/1, KG Steyr, welches an Hrn. Walter Halbartschlager, Steyr, Wolfenstraße 23b verkauft werden soll. Ich bitte, so wie im Amtsbericht festgeschrieben, dem Gartengestaltungsbetrieb Halbartschlager entsprechend der positiven Weiterentwicklung diesen Standort auszubauen bzw. zu verbessern um hier zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Beim ggstl. Grundstück geht es um 2.301 m² zum Preis von S 840,-, und ich bitte diesen Beschluß herbeizuführen und den Kaufpreis von S 1.932.840,- zu beschließen. Mein Antrag an den GR lautet:

24) ÖAG-52/94 Verkauf des Grundstückes 1920/1, KG Steyr, an Herrn Walter Halbartschlager, Steyr, Wolfenstraße 23b;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 16.2.1996 wird dem Verkauf des Grundstückes 1920/1, KG Steyr, im Ausmaß von 2.301 m² an Walter Halbartschlager, Steyr, Wolfenstraße 23b, oder einer von ihm geführten Firma zu den nachfolgend angeführten Bedingungen zugestimmt: Der Kaufpreis beträgt S 840,- je Quadratmeter, demnach insgesamt S 1.932.840,-. Dieser kann in drei gleichen Jahresraten unverzinst, jedoch gegen Berechnung einer Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex 1986 entrichtet werden. Als Basis für die Berechnung der Wertsteigerung dient der für den Monat des Vertragsabschlusses verlautbarte Indexwert. Der Käufer hat die Verpflichtung zu übernehmen, das Kaufgrundstück im Rahmen der Halbartschlager Gartenservice GesmbH zu verwerten und zu bebauen. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt an der Liegenschaft das grundbücherlich einzutragende Vor- und Wiederverkaufsrecht vor. Ich ersuche um Zustimmung bzw. um Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zum Wort gemeldet der Kollege Dr. Tilman Schwager. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrter Bürgermeister, werte Damen und Herren und Kollegen des GR. Ansich gibt es gegen diesen Grundverkauf im Prinzip keinerlei Einwendungen. Was mir nicht gefällt ist der Terminus, daß es heißt, es ergeht an Hrn. Walter Halbartschlager oder an eine seiner Gesellschaften. Ich kann einer derartigen Beschlußfassung nicht beitreten. Ich könnte mir vorstellen, daß man sagt, dem „Hrn. Walter Halbartschlager“. Aber der soll dann bitte machen was er will. Ob er das dann einer seiner Gesellschaften vermietet, verpachtet oder sonst etwas, das ist dann sein Problem. Wir müssen als Gemeinde, glaube ich, schon eine physische Person als Vertragspartner vorziehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Müssen wir das wirklich? Was ist, wenn wir es einer Gesellschaft verkaufen.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Ja, aber so alternativ, glaube ich, kann man es nicht beschließen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es geht ja um den Grund, und das wir es verkaufen wollen und zu welchem Zweck. Ich habe auch nichts dagegen, wenn - aber wenn wir jetzt sagen, dem Walter, und der kann es dann weitergeben. Ist dir das Recht? Karl Holub zum Wort. Machen wir eine kleine juristische Girlande; Kameraden. Ich bin dafür, daß man das richtig macht.

ZWISCHENRUF:

Wie geht den das mit dem Wieder verkaufsrecht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte um Aufmerksamkeit für die Ausführungen des Kollegen Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich würde schon vorschlagen, daß man hier den Vertragsausfertigungen letztendlich den Spielraum gibt, den sie noch brauchen, weil das der ökonomischere Vorgang sein dürfte. Es sind die angeführten Personen alle rechtsgeschäftsfähig, und von da her stellt man im wesentlichen nichts an, wenn wir den Beschluß so fassen, wie er beantragt wird. Im Gegenteil. Ich finde es sehr wichtig, daß man zunächst einmal einen Grundsatz im GR faßt, zu welchen Bedingungen an welche Zielperson, oder wenn es mehrere sind mit der gleichen Absicht, an welche Zielgruppe, weil es eben im Verbund ist, ein Grundstück verkauft werden soll. Wir sagen ja, macht das, oder wir sagen nein, macht das nicht. Letztendlich soll es dann noch ausverhandelt werden können, wer der Käufer aus der Interessentengruppe Halbartschlager im ggstl. Fall ist. Ich befinde den Vorgang für gut. Leider Gottes nicht sehr üblich, weil man damit etwas flexibler wäre, wenn die Darstellung der Unternehmen so komplex wäre, wie hier. Bei manch anderen Dingen hätte ich es mir gewünscht. In Summe würde ich den GR bitten, den Antrag so zu beschließen, wie er vorgelegt wird, weil er sinnig ist.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Kann er damit leben unter diesem Aspekten, Hr. Doktor?

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Unterhaltet euch bei Gelegenheit noch ein bisschen darüber, du als richtiger Jurist und der Karl Holub als Hobbyjurist. Wir stimmen über den Antrag in der vorliegenden Form ab, wobei hier die Erläuterungen bitte zu bedenken sind. Wir wollen letzten Endes zu dem betreffenden Zweck verkaufen, und wir werden dann bei der endgültigen Vertragsformulierung eine richtige Form wählen. Ist das recht so? Einverstanden? Gut! Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. 1 Enthaltung (F). Danke vielmals. Ich darf noch berichten, damit sich keine neue Legende bildet, es gibt auch "schnelle Gschichtln" beim Magistrat Steyr. Gott sei Dank. Es wird, was dieses Prüfzentrum anbelangt, die Übersiedlung am 28. 3. 1996 stattfinden. Es wird im April bereits 6 Prüfungstage geben. Der erste dieser Prüfungstage wird am 10. 4. 1996 sein, und das ganze erfolgt über Auftrag und Bestellschein der OÖ. Landesregierung. Aber jedesmal doch kein Skandal, Gott sei Dank. Haben wir nicht um sonst wieder gearbeitet.

Jetzt schlage ich 10 Minuten Pause vor. Es tut mir außerordentlich Leid, ich habe ein persönliches Bedürfnis zu erfüllen, aber nicht rauchen. Nachdem es keinen anderen Vorsitzenden gibt, bitte ich um die Gunst. Wir haben noch 2 Anträge zu behandeln und da wird noch ausführlich diskutiert werden. Die Sitzung ist unterbrochen.

PAUSE VON 19.15 UHR BIS 19.25 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Der Dringlichkeitsantrag I steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Hr. Kollege Ing. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Zu dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag der F-Fraktion möchte ich festhalten, daß die Begründung dafür stichhaltig und sinnvoll erscheint. Anlaß zu einer dbzgl. Diskussion im Stadtsenat war die Aufnahme einer Sozialarbeiterin als Ersatz für eine Karenzurlauberin - hier sollte grundsätzlich der Beschluß für die Aufnahme herbeigeführt werden, obwohl sie die Prüfung noch nicht hat, aber mit dem Zusatz, wenn sie die Prüfung bestanden hat, dann wird sie aufgenommen. Es wurde hier dann angeschnitten, daß ein einstimmiger Stadtsenatsbeschluß zuvor noch notwendig sei. Daraufhin wurde uns vom Hrn. Bürgermeister erklärt, das wäre eine einmalige Angelegenheit beim Budget 95 gewesen in Form dieses Zusatzantrages, und hätte für dieses Jahr und auch für das Budget 96 keine Gültigkeit. Ich muß dazu sagen, ich war und bin persönlich auch der Meinung, daß es eigentlich schon auch weiter gilt. Und daß, wenn wir Einsparungen treffen wollen, wir die Aufnahmen eben nicht gar so leichtfertig machen sollen und wirklich einen einstimmigen Beschluß durchführen sollten. Im konkreten Fall waren wir auch dafür, weil wir die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit eingesehen haben. Überhaupt keine Frage. Aber grundsätzlich glaube ich, wäre es wirklich gut und sinnvoll, diesen Beschluß der Einstellung mit einstimmigen Stadtsenatsbeschluß weiterhin durchzuführen, und wir werden daher diesem Antrag unsere Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldung? Herr Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des GR. Es wäre erfreulich, wenn alle hier im Gemeinderat sich dem Antrag anschließen. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß das keine Lippenbekenntnisse bleiben sollen, nämlich dann über Hintertüren auf Umwegen diesen Beschluß zu umgehen, wie es in der Vergangenheit auch geschehen ist. Auch mit Hilfe jener Fraktion, die jetzt gerade groß diesem Antrag die Zustimmung erteilt hat. Der Kollege StR. Schloßgangl hat ja angedeutet, daß er dem auch zustimmen wird, nämlich zB der Finanzierung von Streetworkern, die über Umwegen auch eine Personalaufnahme ist, die aber aus unserer Sicht außerdem noch vollkommen sinnlos ist und nämlich nichts anderes bedeutet, als eine Art „Gesinnungsspitzelei“ im Hinblick auf die Freiheitlichliche Gemeinderatsfraktion, wie uns daher Kollege Holub ja bereits seinerzeit im Festsaal sehr eindrucksvoll vor Augen geführt hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldung? Herr Kollege Ing. Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Es hat fast den Anschein, als ob hier im Magistrat Steyr nur aus lauter Jux und Gaudi Personal aufgenommen wird. Ich denke, daß der Stadtsenat sich sehr wohl ernsthaft mit jeder Aufnahme, soweit sie überhaupt stattfindet, und das ist ja äußerst selten bis gar nicht mehr, auseinander setzt und nicht einfach aus Jux heraus jemanden aufnimmt, sondern nur dann, wenn tatsächlich aufgrund der Abteilungsgegebenheiten, und ich denke zB auch an die Gegebenheiten im Denkmalamt in der Vergangenheit, daß man wirklich aus Überzeugung dann Aufnahmen tätigt. Und nicht einfach, weil es uns jetzt gerade einfällt, den Personalstand zu erhöhen, vielmehr mit dem Beschluß des Budgets 1996 eindeutig auch der Auftrag, mit einer ÖRVE eine S 20 Mio. Einsparung seitens des Personals beschlossen wurde. Daher ist an sich dieser Antrag, eine Bestimmung des Stadtsenates oder eine Vorschreibung des Stadtsenates zu tätigen, glaube ich, nicht notwendig und daher wird die Sozialdemokratische Fraktion diesem Antrag nicht die Zustimmung erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldung, Hr. Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im GR. Wenn man im Budget beschließt, daß man sozusagen eine Aufnahmesperre durchführt, dann habe ich ja seinerzeit bei den Budgetverhandlungen schon gesagt: Ich finde es ja relativ realitätsfremd, daß man jetzt sagt: "So, jetzt nehmen wir überhaupt keine Leute mehr auf". Ich zitiere hier ein Beispiel. Wenn beim Haus oben irgendwo ein Ziegel fehlt und es hereinregnet - und ich glaube, daß es gerade im "Sozialbereich" jetzt kräftig hereinregnet - sagt man ja, wann macht ihr das endlich zu, und dann heißt es "nein, kommt gar nicht in Frage, wir dürfen kein Geld ausgeben". Dann regnet es eben weiter herein. Gerade in diesem sensiblen Bereich "Soziales" denke ich, wäre mir natürlich weitaus lieber, wenn man noch mehr Einfluß nehmen könnte. Ich sehe in diesem Punkt wirklich einen Handlungsbedarf, und den können wir nicht einfach damit abtun, daß wir sagen "es gibt keine Aufnahmen mehr".

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren. Es wäre halt schön und beglückend, wenn wir eine Kultur entwickeln könnten, wo man nicht unentwegt aneinander vorbeiredet. Das war jetzt wieder ein Musterbeispiel dafür. Die antragstellende FPÖ, so habe es ich verstanden, will damit die Restriktion aus dem Jahr 1995 fortsetzen. Das heißt, wenn wir von der ÖVP dem Antrag beitreten werden - das nehme ich an, daß das so sein wird - heißt es nicht, daß wir gegen jede Personalaufnahme sind, aber das wir grundsätzlich diskutieren wollen, ob die Aufnahme notwendig ist. Wenn wir dieses "Nein" strikt und restriktiv, wie es jetzt zitiert wurde oder angedeutet wurde, durchleben wollten, da wären wir geisteskrank. Das gibt es nicht. Das ist undenkbar. Man hat es im vergangenen Jahr ein wenig im inneren Dienst gespielt, als das Alten- und Pflegeheim Tabor seinen Maler gesucht hat. Man hat es gespielt, und im Haus haben wir den Hausarbeiter fast ein halbes Jahr nicht gehabt. Weil der innere Dienstweg dort am leichtesten beschritten wird, wo es einer kleinen Minderheit weh tut und nicht einer großen Mehrheit. Man hat das geschafft, und das war ein schreiendes Unrecht. Das wäre ein schreiendes Unrecht in dem Fall gewesen, diese Sozialarbeiterin nicht zu besetzen, weil das Programm wichtig ist.

Hans, deine „Ausflüge“ zu den Streetworkern tun schön langsam weh, in der Sinnhaftigkeit. So tief sind diese unten. Aber es ist deine persönliche Äußerung. Es ist dir unbenommen, jeder blamiert sich auf seine Art. Du findest deinen Weg, und da will ich dir überhaupt nicht dreinreden. Das muß du selber durchstehen. Du wirst es auch durchstehen in aufrechter Haltung. Zum Antrag selber möchte ich die Sozialdemokratische Fraktion einladen, dem beizutreten, weil ich glaube, daß er wirklich sinnvoll ist. Er zeigt auch den Beamten im Hause die Ernsthaftigkeit der Situation, und ich lege Wert darauf, daß er da auch so interpretiert wird. Ich bitte auch den Herrn Magistratsdirektor und die anwesenden Beamten, das im inneren Dienst auch so weiterzugeben. Daß das nicht justament "nein" und "nichts neues" mehr heißt, sondern, daß das heißen muß: "Sparsamkeit" und dort wo es sinnvoll ist, sehr wohl "Neues". So hätte ich den Antrag der FPÖ sehr gern verstanden. Ich hoffe, wenn wir ihn richtig verstanden haben, diesem auch zustimmen können, ohne daß da irgend etwas getürkt wurde. Die Sache, daß wir eigentlich irgendwann einmal gesagt haben, den Antrag stellen wir miteinander, möchte ich nur nebenbei in Erinnerung rufen. Doch der Mensch wird alt und das Gedächtnis immer kürzer.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Nicht mehr. Ich möchte nur eines feststellen. Dieser Fall "Aufnahme Sozialarbeiterin", den wir hier im Stadtsenat diskutiert haben, der war nämlich genau das Beispiel dafür, wie so etwas gespielt werden kann. Das heißt, wir haben alle gewußt, wir haben in der Budgetklausur uns einvernehmlich dazu bekannt, dieses familienbegleitende Beratungsprojekt fortzusetzen. Wir waren einvernehmlich dafür, als es darum gegangen ist, hier eine Ersatzbestellung vorzunehmen. Im ganzen Haus haben wir niemanden mit dieser Qualifikation gehabt. Es hat hier zunächst, glaube ich, im Personalbeirat der Kollege Fürweger ein "Nein" gesagt und im Stadtsenat der Hr. Dr. Pfeil ein "Nein" gesagt. Das heißt also, ein Einzelner kann das blockieren, wofür zunächst alle waren, jedenfalls bis auf einen, alle waren. Oder hast du auch da mitgestimmt, wie war den das, lieber Freund Eichhübl? Ihr 2 seit also dagegen gewesen. Könnten wir hier keine Ersatzbeschaffung vornehmen - so ist es noch der Haken, daß diese die Prüfung besteht, die Qualifikation muß ja da sein, gar keine Frage - würde dieses Projekt fallen. Ich frage euch wirklich, ob das sinnvoll ist. Ich persönlich bin der Meinung, daß man diese äußerst restriktive Position bei Nachbesetzungen, wie im vergangenen Jahr, beibehalten sollten. Die S 20 Mio., die im Budget drinnen stehen, werden wir ja auch sonst nicht erreichen. Jedes einzelnes Mitglied des Stadtsenates kann alles blockieren und kann in Wirklichkeit sich dadurch alles Mögliche abkaufen lassen dadurch. Das halte ich nicht für richtig. Ich möchte noch etwas dazu sagen. Ich halte es auch demokratiepolitisch für bedenklich, wenn hier im Stadtsenat keine Mehrheitsfindung mehr möglich sein soll, weil wir das mit Gemeinderatsbeschluß hier verordnen wollen. Das kann ich mir nicht vorstellen. Voriges Jahr war das eine völlig andere Sache. Da haben wir uns dazu bekannt. Alle im Stadtsenat befindlichen Fraktionen haben sich dazu bekannt, daß das ein integrierender Bestandteil der Budgetbeschlußfassung ist und alle haben sich moralisch daran gehalten. Ich bezweifle ohnehin, ob das rechtlich hält, wenn der Gemeinderat sagt, wie ich im Stadtsenat abstimmen darf oder nicht. Das bezweifle ich. Das wollte ich dazu gesagt haben, ein bisserl um den Hintergrund auszuleuchten. Holub, die Zweite!

STADTRATKARL HOLUB:

Gott sei Lob und Dank gibt es hilfsbereite Kollegen auch von der FPÖ, die mir einen Antrag, der ja hier eigentlich zur Debatte steht, geliehen haben, obwohl er den Mitgliedern des GR ja gar nicht ausgehändigt wurde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es das?

STADTRAT KARL HOLUB:

Das ist also eine Kultur, die auch nicht in Ordnung ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Schuld. Wir haben es nämlich extra abziehen lassen. Wir haben ihn aber nur einmal, und der liegt hier.

STADTRAT KARL HOLUB:

Wenn wir den nämlich früher gehabt hätte, hätte man ernsthaft zwischen den Fraktionen darüber diskutieren können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist meine Schuld!

STADTRAT KARL HOLUB:

Darf ich wieder? Wenn man ernsthaft darüber diskutieren hätte können, hätte man diesen Anlaß, von dem der Hr. Bürgermeister geraden gesprochen hat, in Erwägung ziehen können, ob es nicht klüger wäre, eine Dreiviertelmehrheit im Stadtsenat vorzugeben. Denn das wäre dem Sinn nach durchaus auch noch praktikabel. Wenn jemand aus Jux und Tollerei zu etwas "Nein" sagen will, dann soll er nicht aus Jux und Tollerei sinnvolle Anträge verhindern können. Aber es soll schwieriger sein, wie mit der einfachen Mehrheit, also eine qualifizierte Mehrheit - Dreiviertelmehrheit wäre also durchaus angebracht, nach dem Statut zulässig und letztendlich der Ausweg aus dem Dilemma, welches jetzt vor uns liegt. Einen Abänderungsantrag habe ich nicht schriftlich formulieren können, weil mir dieses Zeug erst jetzt in die Hände gegeben wurde. Es müßte also der 4. Absatz heißen: "Unerläßliche Ausnahmen können nur mit Dreiviertelmehrheit im Stadtsenat bewilligt werden." Das wäre ein Abänderungsantrag, den ich sie bitte, zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Wortmeldung? Bitte sehr.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Wertes Präsidium. Durchs Reden kommen eben die Leute zusammen. Ich halte es auch für viel vernünftiger, wenn man eine qualifizierte Mehrheit beschließen läßt, als daß man mit einer einzigen Stimme eine sicher zu debattierende Entscheidung verhindern kann. Ich habe mir daher im Einvernehmen mit meinem Nachbarkollegen von der ÖVP-Fraktion erlaubt, den Abänderungsantrag schriftlich insofern zu formulieren, als es eben im letzten Absatz zu heißen hat: "Unerläßliche Ausnahmen können nur mit einem mit Dreiviertelmehrheit zu fassenden Beschluß des Stadtsenates bewilligt werden."

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag steht nunmehr in der Form des Abänderungsantrages zur Debatte. Wünscht noch jemand das Wort dazu? Nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Antrag in der Form des "Abänderungsantrages" ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen. 13 (1 GAL, 5 VP, 7 F). Wer ist gegen den Antrag? 16 (15 SP, 1 F). Der Antrag ist somit abgelehnt. Ich lasse nunmehr über den "Hauptantrag" abstimmen. Wer für den Hauptantrag ist, bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. 13 (8 F, 5 VP). Wer ist gegen diesen Antrag? 16 (15 SP, 1 GAL). Der Antrag ist abgelehnt. Beide Anträge sind also jetzt abgelehnt! Ich nehme nunmehr den nächsten Dringlichkeitsantrag in Behandlung. Dieser betrifft eine Resolution, die der GR beschließen soll: Der Gemeinderat von Steyr spricht sich dagegen aus, Strom und Gas durch eine zusätzliche Steuer zu verteuern. Die Preise für diese Energieträger liegen in Österreich im Spitzenfeld. So hat Österreich im Vergleich weltweit den dritthöchsten Strompreis. Eine weitere Belastung der Bürger bei diesen Grundkosten der Lebensführung ist insbesondere im Hinblick auf die Belastung durch die Maßnahmen der Bundesregierung nicht mehr zu vertreten. Insbesondere für Pensionisten, die zum Großteil nicht einmal die Inflation abgegolten erhalten werden, wäre diese zusätzliche Belastung sozial nicht vertretbar. Ich darf fragen, wer dazu das Wort wünscht? Zu Wort gemeldet Dr. Tilman Schwager. Er befindet sich im Sichtschaten des Magistratsdirektors, daher habe ich seinen Begehren nicht gleich erkannt.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren Kollegen des GR. Wie man sieht, man kann gar nicht genug zunehmen, um nicht doch in den Sichtschaten des Herrn Magistratsdirektors irgendwo scheinbar zu verschwinden. Aber das ist, wie gesagt, das scheinbare Verschwinden. Man macht sich dann schon bemerkbar, auch wenn man momentan etwas lauter zuhört. Aber das ist eben so.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ein versteckter Hinweis darauf, daß ich meine Vorsitzenspflicht nicht ordentlich wahrnehme. Das werde ich hiermit tun.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Ich danke! Ihnen liegt dieser Dringlichkeitsantrag der F-Fraktion vor. Es handelt sich hier um eine Resolution, die wir in ähnlicher Form schon einmal einstimmig beschlossen haben, als es vor ca. 2 Jahren um den Strompreis gegangen ist. Der Resolutionsantrag geht vor allem, und das ist an sich ja richtig, von sozialen Erwägungen deshalb aus, weil wir in Österreich einerseits ohnehin schon - das sind die eigenen Leute, die kennen den Antrag schon und können nicht zuhören. Die natürlich schwächste soziale Gruppe in unserem Staat wird durch die sicherlich notwendigen Sparmaßnahmen, die unsere Republik durchzustehen haben wird, hier am ärgsten getroffen. Wir haben nicht nur hier, sondern eben auch auf Bundesebene immer den Standpunkt vertreten, daß die Sparmaßnahmen als solche, möglichst wörtlich auszulegen sind, und man daher vor allem von der Ausgabenseite das Budget möglichst sanieren soll und nicht zu sehr von der Einnahmenseite. Hier ist es eine Verschiebung nicht nur im Sozialbereich, als eben, wie schon erwähnt, vor allem kleinere Verdienner und Pensionisten hart getroffen werden, sondern auch ein Moment hineinspielt, daß die wirtschaftliche Glaubwürdigkeit Österreichs als Republik als Wirtschaftspartner auch angeht. Es ist blamabel, wenn man in der Welt herumkommt und dort aus einer Sondernummer, die aus Anlaß dieser Asienkonferenz in Bangkok erschienen ist, und zwar mit einem wunderhübschen Bild vom Hrn. Bundeskanzler "Franz", erfahren muß, daß man mit den einzelnen europäischen Staaten vielleicht ganz gut verhandeln kann, aber besser nicht abschließen möge. Denn, wenn man zwar mit einem Staat zurande kommt, dann kann man damit rechnen und muß damit rechnen, daß irgendwelche Eifersüchteleien im Rahmen der EU auftreten, und daß deswegen aus dem Auftrag nichts wird. So die Auffassung eines dort sehr angesehenen Wirtschaftsblattes. Nun genau in das hinein paßt aber leider auch der Vorschlag bzw. dieser Teil des sogenannten Sparpaketes, das ja wie gesagt eben vor allem auch insbesondere für die hier Betroffenen ein Belastungspaket darstellt. Dh., wenn heute ein Investor, insbesondere aus dem Ausland, gewisse Energiekosten in Anschlag bringt, dann kann er sich nicht mehr auf das verlassen, was in der Rep. Österreich vielleicht zum Jahresende 1995 - Jahresende 1996 gegolten hat, daß nämlich hier bestimmte Energieformen sogar mehr oder weniger begünstigt waren, weil umweltfreundlich usw., wie zB der Gaspreis. Der wird sich denken, "na bitte, ich investiere wo anders, wo ich wahrscheinlich das Öl auch billiger bekomme, und werde mir ersparen, in Österreich zu investieren". Es ist meines Erachtens blamabel für uns als Österreicher, so eine Politik mitmachen zu müssen. Wir können uns deswegen nicht wehren, weil wir es ja fast möchte ich sagen selbst verdient haben in Form von "unheimlich notwendig gewesenen Neuwahlen". Dieser Resolutionsantrag, den kann ich ihnen hier wirklich nur ans Herz legen, und sie bitten, daß sie bei aller Kenntnis und bei allem Verständnis für die Notwendigkeit eines Sparpaketes, doch den Willen unserer hier kommunalen Vertretung dokumentieren, daß wir auf diese Weise, Wirtschaft nicht betreiben wollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Abstimmung! Wer für diesen Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. 8 (F). Wer ist gegen diesen Antrag? 21 (15 SP, 5 VP, GAL). Das ist die Mehrheit, daher ist der Antrag abgelehnt. Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR Stimmhaltung habe ich nicht gefragt? Übt noch jemand Stimmhaltung? Damit wir ja keinen Formfehler machen.

Wir haben in der heutigen Sitzung des Gemeinderates S 39.743.900,-- ausgegeben, also den Beschluß dafür gefaßt. Wie gut, daß wir ein Budget haben.

AKTUELLE STUNDE:

SPÖ? - Kein Thema. FPÖ? - Kein Thema. ÖVP? - Kein Thema. GAL? - Auch nicht. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich bedanke mich für ihre Mitwirkung und schließe sie.

ENDE DER SITZUNG: 19.51 UHR

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr eh.

PROTOKOLLPRÜFERIN:

Felicitas Bauer eh.

PROTOKOLLFÜHRER:

Anton Obrist eh.

PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Werner Zöchling eh.

PROTOKOLLPRÜFER:

Mag. Harald Philipps eh.